Heft 10 Oktober 1992 6,80 DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Rostock und Bonner Zugaben: Sieg im völkischen Krieg
- US-Wahlen: Pest oder Clinton?
- Eduardo Galeano: 500 Jahre Raub und Mord
- Köhler: Prof. h.c. J. C. Fest

in konkret Oktober 1992

von Konkret

an konkret

Es war einmal von Hermann L. Gremliza

Das Programm zum Pogrom von Joachim Bruhn

»Antiziganismus«: Mit der Erfindung dieses Slogans hat der »Spiegel« nicht nur den Volksaufstand von Rostock-Lichtenhagen auf einen honorig klingenden Begriff gebracht, sondern den Deutschen ein Haßobjekt präsentiert, das ihnen die Möglichkeit bietet, ihren Rassismus glaubhaft vor sich selbst in Notwehr umzulügen: die Sinti und Roma

Ohne Fleiß kein Preis von Wolfgang Pohrt

Zur Lösung ihrer Probleme fehlt den Deutschen nur noch der Führer und die Siegeszuversicht

»Jeder ist uns der Nächste«IX von Archiv für Sozialpolitik

Neunter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Die Drahtzieher von K. Walden, H. Abel

Wer organisierte den faschistischenTerror in Rostock-Lichtenhagen? Ein Versuch, das Dunkel um die braunen Hintermänner auszuleuchten

»Wir schlagen jetzt die Türken tot« von Oliver Tolmein

Mit größter Rücksicht hat ein Hamburger Gericht jene drei Skinheads behandelt, die im letzten Jahr einen Türken in Bergedorf beinahe totgetreten hätten

Haiders Europa von Jürgen Elsässer

Am 7. September trat der rechtsradikale Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jörg Haider, zum ersten Mal bei einer FDP-Veranstaltung auf, in Stuttgart-Bad Cannstatt. Unser Autor hat sich das »Bündnis von Elite und Mob« (Hannah Arendt) aus der Nähe betrachtet

Bismarck in LichtenhagenNot macht erfinderisch von André Brie

In Erwiderung auf einen Beitrag des Chefredakteurs des »Neuen Deutschland«, Wolfgang Spickermann, der die Gründung der ostdeutschen »Komitees für Gerechtigkeit« als einen Versuch gelobt hatte, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in KONKRET8/92 der Protestbewegung in der ehemaligen DDR eine »Deutschland-zuerst«-Brutalität attestiert und vermutet, sie könne »nur extrem rechte Konturen haben«. KONKRET setzt diese Debatte mit einem Beitrag des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden André Brie fort, auf den wiederum Ebermann und Trampert antworten

Bismarck in LichtenhagenFür uns unerreichbar von Thomas Ebermann, Rainer Trampert

In Erwiderung auf einen Beitrag des Chefredakteurs des »Neuen Deutschland«, Wolfgang Spickermann, der die Gründung der ostdeutschen »Komitees für Gerechtigkeit« als einen Versuch gelobt hatte, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in KONKRET8/92 der Protestbewegung in der ehemaligen DDR eine »Deutschland-zuerst«-Brutalität attestiert und vermutet, sie könne »nur extrem rechte Konturen haben«. KONKRET setzt diese Debatte mit einem Beitrag des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden André Brie fort, auf den wiederum Ebermann und Trampert

antworten

Ein neues Element von Jan Philipp Reemtsma

In einem Beitrag für die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung (»Politik ist kriminalisierbar«, »Mittelweg 36« Nr. 3/92) hat Jan Philipp Reemtsma angeregt, über Möglichkeiten einer weltweiten Verfolgung von »Regierungskriminalität« nachzudenken. In KONKRET 9/92 hat Hermann L. Gremliza diese Überlegungen als Plädoyer für ein Weltstrafgericht der historischen Sieger kritisiert. Reemtsma antwortet Gremliza

»Nix, oder wie's war« von Wolfhard Klein

Auf der Grundlage zweifelhafter Gutachten ist Inge Viett, ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und der RAF, am 26. August vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Koblenz zu 13 Jahren verurteilt worden. Ein Prozeßbericht

»Jetzt sind wir dran« von Michael Hahn

»It's our turn«: Die Yuppie-Generation um den demokratischen Kandidaten Bill Clinton drängt an die Fleischtöpfe in Washington. Die Demokraten haben für die US-Präsidentschaftswahlen am 3. November ein Programm verabschiedet, das sich innenpolitisch kaum noch von der republikanischen Regierungspraxis unterscheidet, außenpolitisch aber auf eine noch rigidere Durchsetzung der New World Order zielt

»Russen raus!« von Claudia Fregiehn

Im Jahr Eins nach der Anerkennung der baltischen Unabhängigkeit durch das postsowjetische Rußland soll am 25. Oktober das litauische Parlament neu gewählt werden. In durchaus veränderten Umständen

Nach Art des Hauses von Oliver Kozlarek

In seinem mexikanischen Zweigwerk hat der VW-Konzern demonstriert, wie die Multis zukünftig mit unbotmäßigen Belegschaften in der »Dritten Welt« umspringen wollen

Fünfhundert Jahre Raub und Mord von Eduardo Galeano

Seit mit der »Entdeckung Amerikas« durch Christoph Columbus am 12. Oktober 1492 die Europäer zum größten Raubzug der Weltgeschichte aufbrachen, werden seine Opfer, die Indianer, massakriert oder gewaltsam assimiliert. Zunächst im Namen des Christen-Gottes, heute im Namen der Aufklärung und des Fortschritts

»Alles bewegt sich bloß« von Thomas M. Scheerer

»Und würde jetzt ein König oder ein Feldhauptmann das Zeichen geben, so würden sie wieder zusammenlaufen, zu Krieg, zu Abenteuer, zu Raub und Mord und sich in Schiffe werfen, um zu vernichten und vernichtet zu werden.« – Alfred Döblins großer Roman über die Eroberung des südamerikanischen Kontinents (»Das Land ohne Tod«) liegt nun in einer mustergültigen Edition vor

Prof. h.c. J. C. Fest von Otto Köhler

Während in Deutsch-Ost die eingeborenen Professoren reihenweise geköpft werden, wo immer sie beim großen Beutezug den Lehrstuhlwünschen westdeutscher Dozenten im Weg stehen, verhält es sich in der Altbundesrepublik ganz anders. Hier können die wunderlichsten einheimischen Akademiker gedeihen

Die Weisen von Zion. Neue Folge von Klaus Holz

»Eine russische Jüdin bricht ein Tabu«, verspricht der Klappentext des jüngst im W. J. Siedler-Verlag erschienenen Buches »Das Ende derLügen. Die russischen Juden – Täter und Opfer zugleich – sind in die Geschichte ihres Landes auf tragische Weise verwickelt« von Sonja Margolina. Verlag und Autorin haben Wort gehalten

Mit Gott und den Faschisten III von Karlheinz Deschner

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/92, S. 4

von Konkret

Gleichzeitig mit dieser KONKRET-Ausgabe erscheint das 17. LITERATUR KONKRET, wie gewohnt pünktlich zur Frankfurter Buchmesse. Die Abonnenten von KONKRET erhalten die diesjährige Ausgabe wieder zusammen mit diesem Heft, ohne Aufpreis, allen anderen Leserinnen und Lesern wird LITERATUR KONKRET zum Preis von 4,50 Mark im Buch- und Zeitschriftenhandel angeboten.

Auch in dieser Ausgabe von LITERATUR KONKRET erscheint ein Stück neuer Literatur: »Die Gräfin Pappel«, eine Erzählung von Peter Hacks. Außerdem: Hermann L. Gremliza über den Tagesbefehl der Unterschriftsteller, politisch-biographische Knockouts und Punktsiege, ausgewählt und kommentiert von acht KONKRET-Autorinnen und -Autoren, sowie 22 Rezensionen wichtiger Bücher.

Ein Brief an die Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«:

Sehr geehrte Herren,

vor einigen Monaten erhielten wir ein Manuskript zum Thema Fremdenfeindlichkeit, das wir dem Verfasser mit der Bemerkung zurückgeschickt haben, er solle es mit seinem völkischen Käse statt bei KONKRET doch bei der »Frankfurter Allgemeinen« versuchen. Was als polemische Pointe gemeint war, muß der Autor als guten Rat verstanden haben, denn am 1. September erschien in Ihrer Zeitung unter dem Titel »Alte Fragen, alte Antworten« die Besprechung eines Sammelbandes über Fremdenfeindlichkeit, als dessen Rezensent tatsächlich der von uns unfreiwillig beratene Wolfgang Kowalsky ausgewiesen war. Dieser Rezensent hatte in dem von Alex Demirovic verfaßten Kapitel des besprochenen Buches etwas entdeckt, das uns und die Leser von KONKRET verblüffen mußte:

Interessant ist der Hinweis, daß die Berichterstattung über rechtsextreme Aktionen (wie in KONKRET) »regelrecht organisierend« wirkt.

Wir haben in dem rezensierten Aufsatz nachgesehen. Wir haben uns nicht damit zufrieden gegeben, daß KONKRET dort weder als »regelrecht organisierend« noch überhaupt genannt wird, sondern wir haben den Verfasser Demirovic gefragt, ob er vielleicht bei seiner These, »daß die Berichterstattung über rechtsextremistische Aktionen regelrecht organisierend wirkt«, ganz besonders oder wenigstens ganz entfernt an KONKRET gedacht habe. Demirovic hatte weder noch, und also hat Herr Kowalsky den Hinweis auf KONKRET aus persönlicher Ranküne in das rezensierte Buch und in die »Frankfurter Allgemeine« hineingefälscht.

Wir erweisen Ihnen, sehr geehrte Herren, den Gefallen, Sie über die Arbeitsweise Ihres neuen Autors zu informieren, weil das Erscheinen des Wolfgang Kowalsky in der Welt der Zeitungen und Zeitschriften den raren Fall hat eintreten lassen, daß mit der Maßnahme, die Ihnen zur Vermeidung künftiger presserechtlicher Unannehmlichkeiten dienlich wäre, Sie auch uns einen Gefallen erweisen würden.

Mit freundlichen Grüßen

KONKRET Redaktion

Neue Bücher von KONKRET-Autoren: Oliver Tolmein (»Stammheim vergessen«, Konkret Literatur Verlag, 184 Seiten, 24 Mark) setzt sich mit der überraschenden Erklärung der RAF, ihren bewaffneten Kampf gerade jetzt zu beenden, auseinander. Gerhard Henschel (»Menschlich viel Fieses«, Edition Tiamat, 120 Seiten, 20 Mark) hat der Ostpastorenopposition in die Bücher geguckt und erkundet, welches geistige Potential aus den fünf neuen Imbißbudenaufstellplätzen in den Westen schwappt. Und in Erwin Riess' Zeitschrift »Der Streit«, Nr. 43/44, erscheint eine Sammlung seiner Essays, Polemiken und Geschichten, welche u.a. in KONKRET erschienen sind (»Habsburgs Rache oder Die große Revolution der kleinen Leute ist tot«, 206 Seiten, 15 Mark).

Vom 30. September bis 5. Oktober trifft sich in Frankfurt der Literaturbetrieb zur 44. Buchmesse. Der Konkret Literatur Verlag ist am Stand 6.0 G 162 zu finden, der KleinVerlag am Stand 6.0 G 160.

Während KONKRET sich im Verkauf ansonsten knapp bei den Vorjahresergebnissen hält, ist der Verkauf im Zeitschriftenhandel Ostdeutschland deutlich zurückgegangen. Deswegen sucht der Vertrieb jetzt verstärkt Hand- und Wiederverkäufer in Leipzig, Dresden, Jena und Frankfurt (Oder). Außerdem wäre KONKRET für Hinweise auf

Zeitschriftenhändler und Bahnhofsbuchhandlungen in Ostdeutschland dankbar, die gerne Hefte hätten, aber nicht vom Großhandel beliefert werden.

Anfragen aus Berlin direkt an Pit Göbel, Tel. 030/2824517, alle übrigen bitte per Postkarte mit möglichst detaillierten Angaben an den KONKRET-Vertrieb, Postfach 306139, W-2000 Hamburg 36.

Konkret 10/92, S. 6

an konkret

Lebenslüge

KONKRET 9/92: »Stumpfe Waffe der Kritik?« von Gerhard Bolte

Es ist die überaus lausige Leistung eines klügelnden Dr. phil., in einem Aufsatz, der die Aktualität Horkheimers zum Inhalt hat, diesem bezüglich der USA eine ›politische Romantik‹ vorzuwerfen. Insofern stellen Boltes Ausführungen ungewollt, aber präzise die Lebenslüge der deutschen Linken in den letzten 25 Jahren dar.

Warum stand Horkheimer speziell der deutschen Studentenbewegung so überaus skeptisch gegenüber? Eine Notiz Horkheimers aus dem Jahr 1967: »Amerika hat, aus welchen Motiven auch immer, – Europa von völliger Versklavung gerettet. Die Antwort ist heute überall, nicht bloß in Deutschland, eine weitverbreitete und tiefgehende Amerika-Feindlichkeit. (...) Überraschend ist der Umstand, daß überall dort, wo der Anti-Amerikanismus sich findet, auch der Antisemitismus sich breit macht. Die durch den Niedergang der Kultur bedingte allgemeine Malaise sucht nach einem Schuldigen, und aus den oben angedeuteten und anderen Gründen findet sie die Amerikaner und in Amerika selbst die Juden, die angeblich Amerika beherrschen. (...) Grotesk ist die Verwirrung unter den linken Studenten. Die Einheit von Theorie und Praxis, die sie früher gefordert haben, wird zu einer kruden anti-amerikanischen Praxis, ohne daß eine echte Theorie dahinterstände.« (›Anti-Amerikanismus, Antisemitismus und Demagogie und die Lage der Jugend heute‹)

Diese Sätze Horkheimers sind deshalb so wichtig, weil Horkheimer hellsichtig erkannt hat, daß es das Opus Magnum der deutschen StudentInnen war, die deutsche Schuld zu verdrängen oder auf andere Nationen zu projizieren (›USA – SA – SS‹).

Eine Kultfigur der deutschen Linken, Ulrike Meinhof, teilte beispielsweise 1972 anläßlich einer Gerichtsverhandlung mit: »Ohne daß wir das deutsche Volk vom Faschismus freisprechen – denn die Leute haben ja wirklich nicht gewußt, was in den Konzentrationslagern vorging – , können wir es nicht für unseren revolutionären Kampf mobilisieren.« Der Antisemitismus sei seinem Wesen nach antikapitalistisch: »Auschwitz heißt, daß sechs Millionen Juden ermordet und auf die Müllkippen Europas gekarrt wurden als das, als was man sie ausgab – als Geldjuden.« »Der harte Kern des Systems«, das Finanzkapital und die Banken nämlich hätten den Haß der Menschen auf das Geld und die Ausbeutung von sich ab und auf die Juden gelenkt. Anschließend begrüßte Meinhof den Anschlag auf die israelischen Sportler in München während der Olympiade. (»FAZ« 15.12.72)

In diesem verquasten Gedankenbrei finden sich so ungefähr alle Zutaten, auf die Horkheimer aufmerksam gemacht hat: die Leugnung der deutschen Schuld, der Haß auf Israel, der romantisch inspirierte Antikapitalismus und der für Teile der deutschen Linken so typische antiimperialistische Pathos, der sich in der Regel an den USA abgearbeitet hat.

In der fanatisierten Atmosphäre der späten 60er Jahre war Horkheimer einer der wenigen Intellektuellen, der aus seinen Erfahrungen mit den Deutschen die richtigen Schlüsse gezogen hat. Gerade der abstrakte ›Antiimperialismus‹ der kulturkritischen Alternativbewegung stellt das geeignete Scharnier zu rechtsextremen Parteien dar, die vorgeben, Deutschland von allen Übeln der Welt ›befreien‹ zu können. Daß Horkheimers Haltung zu Amerika, zu den USA, keine unkritische war, belegt nicht nur seine dezidierte Kritik am dortigen Medienbetrieb. Adorno jedenfalls schrieb am 31.5.1967 bezüglich eines geplanten Antwortbriefes an die Adresse Herbert Marcuses an Horkheimer: »Unmißverständlich werde ich ihm zu verstehen geben, was unterdessen auch (Ludwig von) Friedeburg mit bestätigte: daß die Behauptung, du hättest gesagt, die Amerikaner kämpften in Vietnam für die Demokratie, eine Fälschung ist. Es gehört zu den unangenehmsten Seiten der Strategie der angeblichen neuen Linken, daß sie unablässig solche Stilisierungen betreiben (...) Schließlich müsse er (Marcuse) doch zu uns mehr Vertrauen haben als zu dieen Menschen, die eine bestimmte Konzeption so verstehen, daß sie die Einheit der Praxis mit einer nicht nicht vorhandenen Theorie, kurz den puren begriffslosen Praktizismus betreiben.«

Das für die Linke hierzulande Typische an den Ausführungen Boltes ist es, daß man sich aus Kritischer Theorie die schmackhaften Rosinen rauspickt und die unangenehmen Wahrheiten als reaktionäre Regression an die Seite legt.

Es ist langsam an der Zeit, sich der Reserviertheit des ›Großbürgers‹ (Bolte) Horkheimer gegenüber einer deutschen Linken zu erinnern, die den Boden für ihre ›nationalrevolutionären‹ und mit Baseballschlägern bewaffneten Nachfolger bestens bestellt hat.

Michael Spöttel

Langwedel

Abschlägig beschieden

KONKRET 9/92: »Hoch der Verrat« von Hermann L. Gremliza

Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß Majestätsbeleidigung ein schwerwiegendes Vergehen ist, das kompromißlos bekämpft werden muß. Ich kann sie nur darin bestärken, jeden Kritiker auch weiterhin unter Verwendung faschistischer Begrifflichkeit bloßzustellen. Daher bitte ich demütig lediglich um folgende kurze Richtigstellung.

Ich bin in meinem Leben schon vielem hinterhergelaufen, marschiert bin ich nie. Eine Fahne (gelb) habe ich, wenn mich meine Erinnerung nicht im Stich läßt, das letzte Mal im Herbst 1982 geschwenkt, als Linienrichter des Fußballspiels der Landesliga Niedersachsen (Ost) TuS Bodenteich gegen Vorwerk Celle. Doch schon damals neigte ich zum Denunziantentum. Auf meinen Hinweis wurde ein Spieler vom Platz gestellt.

Welches »meine stärkste der Parteien« war, könnte der recherchierende Redakteur mit etwas Geschick schon herausbekommen. Mitglied der SED, ihrer westdeutschen Bruderpartei oder der PDS, dies möchte ich – auch wenn mir bewußt ist, daß ich den Arsch der Bourgeoisie so zum Wohnzimmer meines Weltbildes mache – fairnesshalber doch noch korrigieren wollen, war ich, aus Gründe, die irgendwo zwischen historischem Zufall und meiner Abneigung für päpstliche Bullen liegen, nie.

Ich habe die Redaktion des Neuen Deutschland um die Ernennung zum Redakteur von Gremlizas Gnaden gebeten. Da dies abschlägig entschieden wurde, bitte ich um die Überweisung des für freie Journalisten festgelegten Zweitdruckhonorars auf das oben genannte Konto.

Christoph Seils

Berlin

Jalta, bzw. Potsdam

KONKRET 9/92: »Honecker in Jerusalem?« von Hermann L. Gremliza

Vermutlich ist es auch Ihnen inzwischen aufgefallen, daß das Bild auf Seite 9 keineswegs Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta, Februar 1945 zeigt, sondern vielmehr Churchill, Truman und Stalin in Potsdam, Juli 1945.

Johannes Kockel

Hamburg

KONKRET-Leser Kockel hat recht und wir bitten um Entschuldigung- Red. -

Männerblatt

KONKRET 9/92: Kahl macht ernst: Aus dem Tagebuch eines Sexisten

Es ist eigentlich schade, daß die Redakteure (-Innen gibt’s wohl nicht – bzw. sie müssen eine geistige Geschlechtsumwandlung mitgemacht haben) einer sonst ja ganz brauchbaren Zeitschrift meinen, auch auf diesem Gebiet »fortschrittlich« sein zu müssen, und dabei (wie leider zu viele sog. Linke) übersehen, daß das Überschreiten von Tabus in einer sexistischen Gesellschaft oft keine avantgardistische Tat ist, sondern nur zum offenen Ausleben derart deformierter »Bedürfnisse« führen wird, worum es ja – bei genauem Hinsehen – auch zu gehen scheint. Ihr seid halt auch nur »ein Männerblatt«!

Monika Stephan

Neuried

In Sachen Hoet

KONKRET 8/92: »Am Ende der Fahnenstange?« – Beiträge zur documenta IX von Verena Krieger und Peter O. Chotjewitz

Auf fünf Seiten wird in der KONKRET über die »documenta IX« berichtet und die wichtigsten Informationen über den Macher Jan Hoet werden den LeserInnen vorenthalten.

Im Februar stellte Jan Hoet in den Räumlichkeiten der Industrie- und Handelskammer sein documenta-Rahmenprogramm vor. Dabei kam er auch auf den US-Boxstar Tyson zu sprechen, der kurz vorher wegen Vergewaltigung zu sechs Jahren

Haft verurteilt worden war. Er kommentierte dies mit dem Satz »Das kann doch jedem Mann passieren«.

Jürgen Mümken

Kassel

Konkret 10/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

Es war einmal

Wer erinnert sich in diesem deutschen Herbst nicht an jenen anderen, der dem Anschlag auf Schleyer folgte? Wie damals nur ein Thema die Reden aller Politiker und die Kommentare aller Journalisten beherrschte: wann endlich die im Grundgesetz garantierte Freiheit des Privateigentums abgeschafft oder doch so eingeschränkt werde, daß nicht länger sensible, aber verunsicherte junge Deutsche durch Kapitalistenwillkür, durch Entlassungen und Aussperrungen, durch die Wahl von SS-Männern zu Arbeitgeberpräsidenten und andere Erniedrigungen zu gewalttätigen Aktionen herausgefordert würden? Wer denkt nicht zurück an die »Zugabe«-Rufe, mit denen Kölner Passanten die Schüsse der RAF begleitet haben, und an das Gericht, das einen der Täter zu zwei Jahren Jugendstrafe mit Bewährung verurteilt hat? An die Polizei, die die Suche nach den Tätern wegen Einbruchs der Dunkelheit eingestellt hat? An den Krisenstab, der sich einig war, daß der Staat den Forderungen der Gewalttäter nachgeben müsse?

Darf man, weil gegen die Verstocktheit der Landsleute anders als mit gröbsten Provokationen nicht anzukommen ist, die unzähligen versuchten und elf gelungenen Mordanschläge auf die ohnmächtigen, schuldlos gehetzten Flüchtlinge in einen Vergleich setzen mit dem Attentat auf einen mit schwerbewaffneten Bodygards reisenden Repräsentanten der herrschenden Klasse, der seine Karriere als der ranghöchste SS-Führer im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren begonnen hatte? Und wie muß eine Lage beschaffen sein, in der man es dennoch tut? So:

Seit den Pogromnächten von Rostock und den Reaktionen der anständigen deutschen Bürger, der Polizei, der Regierung, der Opposition, der Medien und der Intellektuellen darauf ist Deutschland in der Wirklichkeit, als was Kritiker es nicht zuletzt darum beschrieben haben, weil *selfdenying prophecy* die Realisierung des Erkannten bannen sollte. Nicht obwohl, sondern weil brave mecklenburger Kleinbürger und Proleten beim Einschlag von Brandflaschen »Zugabe« gerufen haben, ist der Vorstand der sozialdemokratischen Partei jetzt bereit, das Grundgesetz zu Lasten der Flüchtlinge zu ändern. Nicht obwohl, sondern weil sie im Fernsehen die vietnamesischen Familien auf der Flucht vor dem Tod in Rauch und Flammen gesehen und um Hilfe schreien gehört haben, stimmen 51 Prozent der Deutschen dem ersten Teil des Nazi-Schlachtrufs zu, 26 Prozent dem zweiten: »Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!« Nicht obwohl, sondern weil die Parole den Abschied von der Demokratie markiert, wurde ihr Inhalt im Herbst 1992 zu einer Gemeinsamkeit der Demokraten.

Der Chef des Hamburger Amts für Verfassungsschutz hat dieser Tage entdeckt, »wie sich die innere Ausrichtung von großen Teilen der Gesellschaft umkehrt... Die Visionen, die in den vergangenen 20 Jahren unsere Gesellschaft geprägt haben – Integration von Minderheiten, mehr Partizipation, mehr Bürgerrechte, mehr Europa , all das wird von einer rückwärtsgewandten, nach innen gerichteten Bewegung zur Disposition gestellt. Die Themen der neunziger Jahre werden Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit,Nationalismus und Rückkehr in die Innerlichkeit sein... Mehr als 20 Prozent der Jugendlichen (sympathisieren) mit den rechtsextremistischen Parteien. Wenn die sich erst einmal etabliert haben, werden sie die Gesellschaft mit umgekehrtem Vorzeichen mehr verändern, als es die Linken nach 1968 getan haben.«

Der Verfassungsschützer irrt berufsbedingt, wenn er meint, die Nazis gäbe es in der BRD erst, seit er sie bemerkt hat. Schon im ersten Bonner Bundestag waren die ehemaligen Mitglieder der NSDAP die stärkste Fraktion, und wenn dreiunddreißig Jahre danach die CDU zum ersten Mal einen Kanzler wählen konnte, der sich nicht schon bei Göring oder Goebbels beliebt gemacht hatte, verdankte sie das nicht einer Revolution ihrer Werte, sondern den verläßlichen Gesetzen der Biologie. Nur der Mißverstand von Verfassungsschützern und der Größenwahn von Achtundsechzigern hat es als als einen Demokratisierungs- bzw. Zivilisierungsprozeß aufgefaßt, daß sogar deutsche Mittelständler und Kleinbürger aller Art einen bürgerlichen Staat, der ihre materielle Gier befriedigt, eine Zeitlang gewähren lassen, ja daß sie, reelle Aussicht auf Zweitwagen und Dritturlaub vorausgesetzt, sogar das Geschwätz von Partizipation und Multikultur ein Weilchen anhören können, ohne gleich das Messer zu ziehen.

Denn lange vor Rostock waren 32 Prozent der Deutschen der Ansicht, an den Judenverfolgungen seien auch die Juden schuld. Und wenn die deutsche Intelligenz nach Rostock jammert, dann nicht um die knapp dem Tode entronnenen Vietnamesen oder die elf anderen, die bei den Deutschen nicht so viel Glück hatten, sondern um sich und die eigenen: Entgegen ersten Eindrücken sind nämlich nicht Menschen gejagt, angezündet oder totgeschlagen worden – »gefährdet«, »beschädigt« und »verletzt« wurden »der Rechtsstaat«, »Deutschlands Ansehen im Ausland« und anderes empfindliches Volkseigentum. Die Schlagzeile der vom früheren Bundeskanzler Schmidt verlegten Wochenzeitung »Zeit« zu den Pogromen lautete demgemäß »Anschlag auf die Republik«, der Titel des »Spiegel« hieß »Wut auf den Staat«.

Und doch hat der Hamburger Verfassungsschützer auch recht: Nichts ist mehr, wie es war, seit die Deutschen ihre Meinung über Integration von Minderheiten, mehr Partizipation und mehr Bürgerrechte nicht mehr für ein Linsengericht bzw. einen Frontspoiler verkaufen können und, weil sie mangels Nachfrage auf ihr sitzengeblieben sind, mit ihr hausieren gehen müssen. Es stellt sich dabei heraus, daß sie die Visionen, die in den vergangenen 20 Jahren unsere Gesellschaft geprägt

haben sollen, immer mit einem stillen Haß betrachtet hatten, der sich jetzt, da man ihr gutmütiges Schweigen nicht mehr honorieren will, in laute Gewalt erbricht. Wen sie bis gestern im Freundeskreis einen Kanaken nur genannt haben, den »klatschen« sie heute in Gemeinschaft von Kameraden »auf«, oder sie stehen den Tätern Schmiere.

Und wie die Gesellschaft so ihr Staat: Die politische Polizei, die mühelos tausende Demonstranten von einem Treffen der Waffen-SS fernhalten oder wegtreiben konnte, steht ganz hilflos da, wenn zweihundert Glatzköpfe mit ihren Baseballschlägern stundenlang Leute durch eine Stadt jagen, die es gewagt haben, Asylbewerberzu beschützen.

Die Justiz, die gegen einen linken Attentäter lieber fünf- als nur viermal lebenslänglich verhängt hat, entdeckt, wenn die Mörder eines Afrikaners vor ihr stehen, die resozialisierende Wirkung kurzer Bewährungsstrafen. Wer Plakate gegen die Isolation inhaftierter RAF-Mitglieder geklebt hatte, kam wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vor Gericht und ins Gefängnis, wer vor Fernsehkameras den Angriff der Nazibanden auf Ausländer anfeuert, kann leider nicht belangt werden, weil die Vereinigungen nazistischer Terroristen keine terroristischen Vereinigungen nach Paragraph 129a bilden. Unbehelligt bleibt auch, wer vor Kameras und einer Hundertschaft Polizei die Hand zum Hitlergruß hebt und »Heil« brüllt, obwohl das Gesetz dies unter Strafe stellt (Paragraph 96a StGB: »Wer... Kennzeichen... einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation verwendet, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft... Kennzeichen sind insbesondere Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen«).

Man muß nicht der Meinung sein, daß es gut wäre, möglichst viele Nazis möglichst lange einzusperren. Ich wäre zwar, wenn mich einer fragte, sehr dafür, aber auf was es hier ankommt, ist der Kontrast, der es niemandem zu leugnen erlaubt, daß Polizei und Justiz Morde und andere Straftaten von rechts genau so sehr begünstigen, wie sie das auf dem Weg der Weimarer Republik ins Dritten Reich getan haben.

Die instinktiv gleichgestimmte Reaktion der ganzen deutschen Gesellschaft, ihrer Politiker, ihres Apparats und ihrer Intelligenz auf die brennenden Unterkünfte von Asylbewerbern markiert den Anfang vom Ende der zweiten deutschen Republik. »Bei aller Verneinung der Gewalt – die wahren Schuldigen sitzen in Bonn«, sagt Schönhuber, den sich seit Rostock 39 Prozent der »Bild«-Leser als Bundeskanzler wünschen, und findet sich damit in der guten Gesellschaft des Chefredakteurs der »Zeit«, der die selbe Meinung für seine Studienräte formuliert: »So notwendig es ist, daß Gewalt ohne Rücksicht auf ihre vorgeschobenen Motive rigoros unterbunden werden muß, so sehr trifft auch dies zu: Wer vorbeugen will, muß die Vorwände begrenzen.«

Sie sind *ein* Volk. Noch, da sie nur nicht mehr so schnell reicher werden wie zuvor, sind bloß 37 Prozent der Meinung, daß »die Deutschen sich im eigenen Land gegen die Ausländer wehren müssen«. Sich vorzustellen, welcher Meinung wieviele von ihnen sein werden, wenn das Volk ein Volk in Not ist, weil das Sozialprodukt nur um ein Prozent statt um zwei steigt, ist nicht schwer. Was daraus folgen wird, wo die Entwicklung vom Autoritären zum Faschistischen halten wird, ist offen. Daß sich dagegen noch weniger Widerstand regen wird als beim letzten Mal, ist seit dem deutschen Herbst 1992 gewiß.

Konkret 10/92, S. 10

Joachim Bruhn

Das Programm zum Pogrom

»Antiziganismus«: Mit der Erfindung dieses Slogans hat der »Spiegel« nicht nur den Volksaufstand von Rostock-Lichtenhagen auf einen honorig klingenden Begriff gebracht, sondern den Deutschen ein Haßobjekt präsentiert, das ihnen die Möglichkeit bietet, ihren Rassismus glaubhaft vor sich selbst in Notwehr umzulügen: die Sinti und Roma

Dialog in Cottbus: »›Es ist eine Frechheit von den Medien, zu behaupten, daß wir ausländerfeindlich sind. Es geht um die Zigeuner, die dreckig sind.‹ Stolpe: ›Ein klares Wort und ein genaues Benennen der Situation sind wichtig.‹« »Frankfurter Rundschau«, 5.9.92

»Die haben hingemacht, wo sie gingen und standen«: So kolportiert der »Spiegel« vom 7. September den Abscheu eines Rostockers, der keinesfalls ausländerfeindlich ist, sondern für Hygiene. Daß Sinti und Roma mit Vorliebe »in Warenregale urinieren«, das ist nicht nur die ebenso unappetitliche wie lüsterne Botschaft der »Deutschen National-Zeitung« (4.9.), sondern entspricht ganz dem Gusto auch der anderen völkischen Beobachter. Und daß Menschen, die nur gekommen seien, weil Nepper, Schlepper, Bauernfänger ihnen »eine westliche Glimmerwelt vorgegaukelt« (»Frankfurter Allgemeine«, 26.8.) hätten, angeblich auf den Reichtum scheißen – das befriedigt den Voyeurismus einer Gesellschaft, die, unfähig, das mühsam Ergatterte zu genießen, »den Dunkelhäutigen« (»Spiegel«) noch Wasser und Brot neidet. Aber das öffentliche Interesse daran, wie die Flüchtlinge ihr »Geschäft erledigen überall« (»taz«, 1.9.) kontrastiert seltsam mit dem Bild, das der »Spiegel« mit dem Aufmacher »Wut auf den Staat« am 31. 8. veröffentlichte: Es zeigt ein Mitglied des Pöbels im Dreß der Fußball-Nationalmannschaft, das sich sichtlich in die Hose gemacht hat und dabei selbstbewußt den Hitler-Gruß entbietet. Trocken kommentierte die Schweizer »Wochenzeitung« (»WoZ«): »Zwischen Hoffnung (siehe oben) und Angst (siehe unten)« (5. 9.). Ob es wirklich Angst war und wovor eigentlich, die dem Mann das Schamgefühl austrieb, ob es an seiner hilflosen »Wut auf den Staat« lag, wie der »Spiegel« suggerierte, oder ob es nicht vielmehr aus hemmungsloser Vorlust unterlief, bald nicht mehr »antideutschen Politikern« (»National-Zeitung«) gehorchen zu müssen, ist allerdings keineswegs ausgemacht.

Denn am 17. August, eine Woche vor dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, sah »Der Spiegel« die Zukunft noch rabenschwarz, und seine Prognose hieß »Deutsche gegen Deutsche«. Die Krise griff rasant um sich, alle Feindschaften schienen durchprobiert, keine vermochte auf Dauer vom wütenden Selbsthaß der Landsleute im Osten abzulenken. Die zehn Leichen, die den Weg zur nationalen Identität bislang schon pflasterten, hatten zwar für einiges Aufsehen gesorgt, aber den erwünschten Erfolg nicht erbracht. Noch immer schwankte die öffentliche Meinung einigermaßen unentschieden zwischen der (eher linken) Verteidigung des Gewaltmonopols, d.h. dem Pochen darauf, daß Rassismus Sache des Staates zu sein hat, und der (eher rechten) Liebkosung des Pöbels mit sozialpsychologischen und caritativen, d.h. infantilisierenden Komplimenten. Trotz aller Selbstverleugnung der »Ossis«, die dazu führte, daß sie sich selbst bekämpften und dabei »Mossis« und »Fidschis« totschlugen, trotz der bewußtlosen Selbstaggression, die sie auf die »Polacken« und »Russkis« einprügeln ließ, schien das Ende der Fahnenstange erreicht und die Erkenntnis nahe, daß die asoziale Raffgier und der Futterneid der Volksgenossen nur im Kampf Mann gegen Mann enden konnten.1

Aber der Volksgeist ist erfinderisch, auch wenn ihm nur Wiederholungen einfallen. Vom Gezänk um die eleganteste Liquidierung des Asylrechts genervt, von der multikulturellen Forderung nach einem Einwanderungsgesetz verunsichert, das die nützlichen Handlanger fürs Grobe von den absolut Überflüssigen zu unterscheiden verspricht, und an dem Widerspruch zwischen der Begeisterung für staatliche Autorität bei gleichzeitigem Abscheu vor den regierenden Spesenrittern allmählich irre geworden, ging die Perspektive nach und nach flöten. Die Dinge schienen erneut ihren natürlichen Lauf zu nehmen, und die Zeitungen wußten wieder von Selbstmorden im Plattenbau zu berichten. Zwischen den Deutschen und der Erkenntnis ihrer eigenen kollektiven Asozialität schien wenig mehr zu stehen als die Zeit, die keine Wunden heilt.

Mitten hinein in diese Trostlosigkeit platzte das völkische Wunder von Rostock-Lichtenhagen – die Erkenntnis, daß man die Liste der zu hassenden Ausländer noch gar nicht durchbuchstabiert hatte. Mit den Sinti und Roma war endlich ein Feind für den »Volksaufstand« (Kronawitter, »Spiegel« v. 7.9.) aufgetreten, der die eigene Asozialität zu verkörpern schien wie kaum ein zweiter – ein Haßobjekt, das nicht nur den Vorteil bot, die 1945 unterbrochene Arbeit fortsetzen zu können, sondern überdies die Chance, die »Ossis« mit den »Wessis« doch noch glücklich wiederzuvereinigen. Im Angesicht der »Zigeuner-Invasion« (»National-Zeitung«, 28.8.) wurde die Schlagzeile »Wie Deutsche leiden müssen« (ebd.) doch noch wahr. Denn »mit Sinti und Roma wird keine Kommune fertig«, erklärte der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Rostock (»Frankfurter Rundschau«, 28.8.), und die »Frankfurter Allgemeine« sekundierte: »Europa hat noch nie gewußt, wie es seiner Zigeuner Herr werden soll« (31.8.). Parteiübergreifend herrschte die eine Meinung, die die »Badische Zeitung« in Rostock zu Protokoll nahm: »Die reinste Seuche, diese Zigeuner« (28.8.).

Die Euphorie der Deutschen über die Entdeckung der Sinti und Roma speiste sich aus dem erregenden Gefühl, jetzt den definitiven Trick gefunden zu haben, ihren Rassismus glaubhaft zur Notwehr umlügen zu können. Die therapeutische Wirkung war durchschlagend, die alten Feindschaften schienen vergeben und vergessen, und so konnte die »Frankfurter Allgemeine« unter der Überschrift »Zigeunerhaß in Eisenhüttenstadt« berichten: »Über die ›Fidschis‹ – die Asiaten – redet man fast respektvoll. ›Die arbeiten wenigstens, verkaufen Obst oder Zigaretten und wußten immer als erste, wo's was gab‹« (7.9.). In den Vietnamesen erkannte man für einen Moment die eigene kleinkrämerische Abgefeimtheit wieder und die Fähigkeit, alles zu versilbern; ihre zuvor als unlauterer Wettbewerb, Dummenfang und Steuerbetrug denunzierten Überlebenstechniken galten jetzt, obwohl ökonomisch immer noch genauso unproduktiv wie ganz Ostelbien, als Zeichen von Arbeitswillen und Fleiß und daher als das einzige Eigenkapital, das man drüben zur Existenzgründung beibringen konnte. Wer ökonomisch überflüssig ist und daher nichts zu melden hat, der kann doch immerhin verlangen, so die neue Botschaft, für seinen blanken Arbeitswillen, seinen deutschen Anstand und seinen Fleiß bezahlt zu werden.

Als den Ostdeutschen zu Bewußtsein kam, wie sie sich selbst zu nützlichen Ausländern ernennen konnten, als ihnen aufging, wie sie im nachhinein die Wiedervereinigung in den Augen ihrer westlichen Sponsoren rechtfertigen könnten – nämlich als Individuen, die zweifellos unter das Cohn-Benditsche Einwanderungsgesetz fallen würden – , da war der Bann gebrochen. Jetzt erst, durch die Erfindung von Menschen, die keine Ausländer mehr sind, sondern »Scheinasylanten, Wirtschaftsschmarotzer und Kriminelle aus aller Herren Länder« (»National-Zeitung«, 4.9.), vermochten sie sich als die antifaschistischen Nazis zu fühlen, die über die »Bild«-Schlagzeile »Ausland schimpft: Ihr Deutschen seid Nazis« (28.8.) nur noch müde lächeln können. Denn, wie der Kanzler sagt, die Deutschen sind alles andere als ausländerfeindlich, aber Hygiene muß sein, und Schmutz hat kein Asylrecht.

Wie schon so oft war es der »Spiegel«, der das Programm zum Pogrom schrieb und ein Wort erfand, das in keinem Geschichtsbuch steht und schon gar nicht in Dudens »Deutschem Universalwörterbuch«. Getreu der Maxime, daß alles, was auf *-ismus* endet, so wissenschaftlich honorig und also moralisch legitim sein muß wie Antisemitismus, kreierte Augsteins Blatt wenige Tage nach dem Pogrom einen neuen Slogan, den »Antiziganismus«: »Roma und Sinti, meist aus Rumänien, sind in Deutschland zur Zeit die meistgehaßten Ausländer. Wohin sie auch kommen, flackert Antiziganismus auf, klagen Bürger über Diebstähle, Belästigung, Radau, Bettelei, Chaos« (31.8.). Und ein Mensch, der auf der »taz«-Leserbriefseite eingestand, er »schäme sich als Mecklenburger«, präzisierte, was damit gemeint war: »Seit Monaten kampieren die Sinti und Roma im Freien, und es ist nun einmal wahr, daß es unter diesen nicht nur die berühmten Ausnahmen sind, die sich danebenbenehmen« (1.9.).

Die »Deutsche National-Zeitung« vom 4. September schließlich faßte Volkesstimme und amtliche Auffassung unter der Schlagzeile »Das Fanal von Rostock. Die wahren Schuldigen« zusammen. Das Zentralorgan von Dr. Freys Deutscher Volksunion verfaßte zugleich die Ausführungen zum Stichwort »Antiziganismus« für die nächste Auflage des Wörterbuchs des Herrenmenschen: »Dem mit 200 Personen bereits überbelegten Aufnahmeheim wurden täglich neue Asylbewerber, hauptsächlich Zigeunersippen aus Osteuropa, zugewiesen. Angebotene Zelte wurden von dem fahrenden Volk abgelehnt, sie campierten lieber im Freien. Solche Zigeunerlager muß man selbst erlebt haben, um sich die Wut der deutschen Anwohner erklären zu können. Überall Müll und Unrat. Die Gärten der Bürger umfunktioniert zu Scheißhäusern. Niemand wagt mehr, Garagen, Haus- oder Kellertüren unverschlossen zu lassen. Zigeuner betteln aggressiv, klauen Handtaschen, lassen in den Geschäften alles mitgehen. Entsetzte deutsche Hausfrauen werden beim Einkaufen mit Zigeunern konfrontiert, die in Warenregale urinieren. Minderjährige deutsche Mädchen wagen sich nachts nicht mehr auf die Straße. Zigeuner bedrängen sie mit einer in Deutschland unbekannten Heftigkeit.« Eine Gesellschaft, in der Arbeit weder frei macht noch glücklich und die deshalb den grausigen Sinnspruch »Armut schändet nicht« auf Deckchen stickt, hatte den Grundwiderspruch zur ehrbaren Armut entdeckt – den offensiven Bettel, der nicht verschämt um Almosen flüstert, sondern sein Recht wahrnimmt.

Nach dem Pogrom erschien kaum eine Zeitung, die nicht in irgendeiner Form über die triebhafte Asozialität der »Zigeuner« ins Schwärmen geraten wäre, und es gab kein Blatt, das seine Leser nicht mindestens durch Kolportage sogenannter Augenzeugenberichte in wohliges Schaudern darüber versetzt hätte, daß sie, wie Adine Ulbricht aus Lichtenhagen erzählte, »meine Katze gegrillt, überall hingemacht und geklaut haben« (»Wochenpost«, 3.9.). Immer deutlicher wurde es den Deutschen, daß nicht Not und Elend diese »dunkelhäutige Sippe« ins Land gebracht und der »Asylnotstand« vielmehr Methode hatte. Ein Plan mußte dahinterstecken – »die Besudelung deutschen Saubersinns und Ehrgefühls durch die öffentliche Fäkalpraxis der Fremdländischen« (»Spiegel«, 7.9.). Und ausgerechnet die »Frankfurter Allgemeine« fragte sich in einem folgenlos lichten Moment, ob diese Rufmordkampagne nicht in Wahrheit der Ausdruck eines »kollektiven Phantasmas« sei (26.8.).

Ihre Vorläufer im Reichspropagandaministerium verfuhren nach der Maxime, daß Lügen am leichtesten dann geglaubt werden, wenn sie so ungeheuerlich sind und dem bürgerlichen Alltagsverstand so drastisch über den Horizont gehen, daß sie unmittelbar mit den geheimsten Neigungen und Trieben zusammenfallen. Der Kurzschluß zwischen Propaganda und Trieb entfesselt die ungebremste Aggression; er nährt eine Wut, die darüber in Rage gerät, daß man ihr Objekt tatsächlich so zugerichtet hat, daß die intimsten Wünsche wahr werden. Vordergründig betrachtet könnte man annehmen, daß die

Deutschen mit ihrem Enthusiasmus für »öffentliche Fäkalpraxis« nur vergessen machen wollten, wie es damals in den überfüllten Zügen der Reichsbahn roch, als man die Brüder und Schwestern aus Prag über Dresden zur Vereinigung transportierte. Aber die Begeisterung fürs Anale gründet tiefer als nur im nachträglichen Schamgefühl, und ihre Gründe erhellen sich, nimmt man die volkstümliche Polemik gegen die »Einverleibung« oder »Verdauung« des Ostens durch den Westen genauer unter die Lupe. Denn daß der Staat die Sinti und Roma zum Aggressionsobjekt des Pöbels zurichtete, an denen dieser sich wiederum als urinseliger Toilettenfetischist und fäkalphober Saubermann ausagieren konnte, deutet auf eine tiefe Störung hin, die Führer und Geführte eint – auf eine kollektive Regression der Persönlichkeitsentwicklung auf die analsadistische Stufe. Darin »hat der Objektbezug Bedeutungen, die an die Defäkationsfunktion (Ausstoßen – Zurückhalten) und an den symbolischen Wert der Fäces gebunden sind«2. Aus der Analerotik des Kindes entstehen die Charakterzüge, die nach Oskar Lafontaine zu den typisch deutschen Tugenden zählen: Ordnung, Anstand, Sparsamkeit.

Eigenschaften also, die gemeinhin als Antwort auf die Terrorfrage: Was ist deutsch? genannt werden. Allerdings gibt die Definition dessen, was deutsch ist, in erster Linie nicht über den natürlichen Charakter des so beschriebenen und neu zusammengefaßten Kollektivs Aufschluß, sondern sie verweist auf die Anforderungen, die der Staat als »ideeller Gesamtkapitalist« an dieses Kollektiv stellt: Deutsch ist, wer kapitalproduktiv arbeitet und politisch bis in den Tod loyal ist. Selbstaufopferung und Selbstverwertung – darin besteht das Deutsche, darin liegt die Botschaft der Nationalfolklore. Wer zur Selbstverwertung bereit ist, dazu jedoch keine Gelegenheit erhält, der versucht, seine unbedingte Treue zum Staat zuerst zu demonstrieren und danach zu kapitalisieren. Er wird sich so lange ostentativ ordentlich, anständig und sauber aufführen, bis der Staat ein Einsehen hat und ihm seine Verantwortungsethik in bar vergütet. Das ist der soziale wie sozialpsychologische Inhalt der staatstragenden Rebellion in Ost und West.

»Weder Rad, noch Galgen, noch Schwert, weder Rute noch Brandmarkung, weder Verschubung noch Landesverweisung, weder Zucht- noch Arbeitshäuser, weder Kinderheime noch Erziehungsanstalten, weder Kirche noch Schule haben diesen Menschenschlag zu ändern vermocht«, so diagnostizierte 1937 ein Nazi-Psychiater die Sinti und Roma, was nur heißen konnte, »die Zigeuner- und überhaupt die Asozialenfrage« auf dem Wege »der restlosen Ausmerzung und Unschädlichmachung« zu lösen.3 Im Bild des Asozialen setzen der Staat und seine Öffentlichkeit das Schreckbild des nutzlosen und des weder kapitalproduktiven noch staatsloyalen Essers in Szene, das unmittelbar an das kollektiv beschwiegene Bewußtsein der Überflüssigkeit des je einzelnen für den Fortgang der Akkumulation appelliert. Die »antiziganistische« und erst recht die antisemitische Projektion erläßt ex negativo den Befehl, sich nützlich zu machen, vorauseilenden Gehorsam zu beweisen, dem Kapital und seinem Staat die geheimsten Wünsche von den Lippen abzulesen; der staatsfanatische Gesetzesbruch, der Anschlag auf Leib und Leben der »Asozialen« demonstriert dem Staat, daß er sich auf sein Volk verlassen kann. Volksgemeinschaft soll die höchsteigene Asozialität überdröhnen. Kein Wunder daher, daß die »taz« eine Teilnehmerin der Rostocker Antirassismus-Demonstration mit den Sätzen zu Wort kommen läßt: »Ein israelischer Journalist meinte neulich, die Deutschen müßten ihre Selbstachtung finden. Er ist am Kern des Problems« (2.9.).

Aber das Kalkül der konformistischen Revolte und insbesondere das des ostdeutschen Pöbels wird je länger, desto drastischer seiner Haltlosigkeit überführt. Der Analcharakter droht Konkurs zu gehen; der noch so resolute Wille zur Sparsamkeit allein vermag die »Investitionsneigung« nicht zu stimulieren. So erscheint der »Antiziganismus« als das vorletzte Signal vor der Schlacht »Deutsche gegen Deutsche«, d.h. als das Schreckbild dessen, wie die Deutschen sich aufzuführen gedenken, wenn ihnen nicht bald Genugtuung widerfährt. Indiz dessen ist die Nachricht, daß das jüdische Denkmal in Berlin im April, Wochen vor dem Sprengstoffanschlag vom 1. September, »mit Fäkalien besudelt« wurde (»Junge Welt«, 1.9.). Zwar werden Mord und Totschlag weiterhin jeden treffen, der sich des »Asylantenterrors gegen Deutsche« (»National-Zeitung«, 4.9.) schuldig macht, gleichwohl bildet der »Antiziganismus«, logisch betrachtet, die letzte Stufe vor dem offenen Ausbruch des Antisemitismus.

Die gleiche Selbstermächtigung zur Barbarei, die in den Fäkalphantasien sich ausagiert, spricht auch aus der deutschen Faszination fürs öffentliche Urinieren. Das Gerücht, Roma hätten in den Supermärkten ihre Notdurft verrichtet und in die Regale uriniert, verbreitete sich wie ein Lauffeuer, so schnell wie im April in Mannheim-Schönau das Phantasma, ein Schwarzer habe eine Deutsche vergewaltigt. Obwohl der »Spiegel« mittlerweile nur noch von einem einzigen beweisbaren Fall spricht, der zudem eine bloße Kriegslist zur Ablenkung der Wachsamkeit des Ladenpersonals zum Zwecke des Mundraubs darstellte (7.9.), steht damit der Charakter der Roma als der eines Anti-Volkes fest. Aber auf Fakten kommt es dabei nicht an. Denn wie in der Analerotik dem Stuhlgang, so kommt in der Harnerotik des Kindes dem Urin eine besondere Bedeutung zu. »Ich lernte in den Phantasien von Kindern und Erwachsenen«, schrieb die Psychoanalytikerin Melanie Klein, »immer wieder Phantasien kennen, in denen der Urin als eine *brennende, zersetzende, vergiftende* Flüssigkeit, als schleichendes und geheimes Gift phantasiert wurde. Die urethralsadistischen Phantasien haben einen grundlegenden Anteil an der unbewußten Bedeutung des Penis als eines Werkzeuges des Sadismus und auch an den durch diese sadistischen Phantasien bedingten *Potenz*störungen des Mannes«4.

Die »in Deutschland unbekannte sexuelle Heftigkeit«, von der die »Deutsche National-Zeitung« in der gleichen Ausgabe vom 4. September faselt, in der die Schlagzeile »Der sexuelle Holocaust von 1945« zu lesen ist – und zwar über einer

Rezension des Buches »BeFreier und Befreite« von Helke Sander und Barbara Johr – , ist das Alibi des eigenen Wunsches nach öffentlicher Triebhaftigkeit und hemmungslosem Verlust jeder Scham. Die »Vergiftung des öffentlichen Klimas durch die Sinti und Roma«, über die sich Herbert Reul, der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, unisono mit Hermann Heinemann, dem Sozialminister von NRW, empört (»Spiegel«, 7.9.), ist das Eingeständnis der Impotenz zur Wiedervereinigung und zugleich ein Zeugnis der Entschlossenheit zur Fahndung nach den verborgenen Giftmischern.

Der »Antiziganismus« ist das Präludium zu einem Antisemitismus, der sich frank und freißler als solcher bekennen wird. Der geheime und anonyme Saboteur der Einheit zeigt schon viele Züge der altbekannten »jüdischen Weltverschwörung«. Noch darf gemutmaßt werden: steht der Feind *links* und ist daher, wie ein Prof. Dr. Koschwitz aus Göttingen spekuliert, die »ungesteuerte Einwanderung ein Instrument der Linken« (»Frankfurter Allgemeine«, 7.9.)? Oder steht der Feind *oben* und sind es die »antideutschen Politiker«, die in Wahrheit an der Misere schuld sind (»National-Zeitung«, 4.9.)? Oder steht der Feind *draußen*, und ist der rumänische Romaführer Ion Ciobaba sein Agent? Von ihm berichtete die »Frankfurter Allgemeine« am 29. August, daß dieser »König von eigenen Gnaden die in ihn gesetzten Erwartungen seiner ›Untertanen‹ insofern nicht enttäuschte, als er in diesem Sommer energisch Wiedergutmachung für die etwa 35.000 Roma verlangte, die im Zweiten Weltkrieg in Konzentrationslagern in Transnistrien und der Ukraine umgekommen waren. Reagiere Bonn nicht, werde er mehr als eine Million Roma auf ›nur ihnen bekannten Wegen‹ nach Deutschland schicken, wo sie ihre Forderungen einklagen würden.«

Die deutsche Frage wird damit beantwortet werden, daß der Feind überall zugleich ist und daß er nur ein Interesse hat: Rache für Auschwitz.

Anmerkungen

1 Siehe Wolfgang Pohrt, Das Jahr danach. Ein Bericht über die Vorkriegszeit, Berlin 1992, S. 166 ff.

2 J. Laplanche/J.-B. Pontalis, Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt 1973, S. 63

3 Zitiert nach Johannes Meister, Die »Zigeunerkinder« von der St. Josefspflege in Mulfingen, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, April 1987, S. 20 und 17

4 Zitiert nach Laplanche/Pontalis, S. 572

Joachim Bruhn ist Mitglied der Initiative Sozialistisches Forum (Freiburg) und Mitarbeiter der Zeitschrift »Kritik & Krise«

Konkret 10/92, S. 14

Wolfgang Pohrt

Ohne Fleiß kein Preis

Zur Lösung ihrer Probleme fehlt den Deutschen nur noch der Führer und die Siegeszuversicht

Beinahe rührend wirkte der Hetzartikel in der »FAZ« vom 25. August, denn er klang nach der Nacht von Rostock wie das Pfeifen im Walde. Umständlich und pedantisch listete der Verfasser tausend Bedingungen auf, die erfüllt sein müssen, bevor die Landsleute die Mordlust packt: »Wird ein Anteil von fremdartigen, sich an die Sitten des Landes nicht einmal ansatzweise anpassenden Zuwanderern erreicht, die zudem in ihrer großen Mehrheit den Namen Asylbewerber nicht verdienen, und schafft es der Staat nicht, solche Leute nach kurzer Zeit abzuschieben oder besser gar nicht erst ins Land zu lassen, gibt es Eruptionen bei einer Bevölkerung, die selbst innerlich Asyl suchen möchte auf einer sozialstaatlichen Insel der seligen Sicherheit.« Selige Sicherheit für die eigene Person und fürs eigene Land war es wohl, was der Rassist sich vom Anschwärzen der Artfremden erhoffte. Zufrieden wäre man schon, die Deutschen schlügen nur die anderen tot, hieß die ängstliche Botschaft, und solches Bangen war begründet.

»Det is mir ein innerer Reichsparteitag«, hatte der Volksmund Ostern 1991 die Ermordung Rohwedders kommentiert. »Was für ein Land, dieses Deutschland: Ort aller Chancen und Abgründe. Vereint und zugleich tief gespalten. Gemäßigt und mörderisch. Wer löst das Rätsel?«, gab ahnungsvoll damals »Bild« zu bedenken. Nie klang eine Meldung von jenseits der Elbe so froh wie die Schlagzeile »Angeber-Wessi mit Bierflasche erschlagen. Ganz Bernau glücklich, daß er tot ist«. Als in der Nacht vom 24. auf den 25. August 1992 dann die Rostock-Lichtenhagener vor dem brennenden Ausländerwohnheim »O Tannenbaum« sangen, war dies der bislang heftigste Ausbruch des gleichen Glücksgefühls, des einzigen vielleicht, das man hier seit der Einheit kennt.

Die Vorgeschichte: Als Schiffe der Bundesmarine Kurs auf die adriatischen Küstengewässer nahmen und die Luftwaffe den Anflug auf Sarajevo übte, sah es für einen Augenblick danach aus, als wäre Kinkel mit der Forderung, »Serbien in die Knie zu zwingen«, das Kunststück geglückt, die irrationale Sehnsucht aller nach dem Niedermachen, Fertigmachen, »zum Aussätzigen machen« (Rühe) in zielstrebige Außenpolitik umzumünzen. Dann aber fiel den Deutschen ein, daß Serbien verwüsten Krieg bedeutet, und friedliebend, wie sie ohne den Glauben an einen ihre Allmacht verbürgenden Führer sind, entschieden sie sich für die andere Möglichkeit. Allein das Zahlenverhältnis von insgesamt 80 Millionen zu 500.000 oder 160:1 bot bei den Asylbewerbern ausreichend Gewähr dafür, daß der Spaß weder teuer noch gefährlich würde. Hinzu kam, daß sie die einzige Personengruppe sind, deren Verfolgung keine diplomatischen Proteste des Herkunftslandes provoziert. Natürlich griffen die Landsleute, die nie gegen einen wirklichen Machthaber gewalttätig geworden sind, auch diesmal nur mit Genehmigung höchster Stellen zu. Zum »Volksaufstand«, wie Münchens Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) das staatlich konzessionierte Pogrom später nannte, fanden die den Mut, als ihnen die Polizei durch ihre Unterlassungen bewies, daß sie nicht nur Verständnis, sondern Protektion genossen.

Erst hatte das Wort vom berechtigten Unmut der Bevölkerung die Schläger zu Freiheitshelden stilisiert, die sich stellvertretend für die Nation fremder Tyrannei erwehren. Dann konnte man in der Nacht zum 25. August zwei Stunden lang die Standfestigkeit einer politischen Führung bewundern, die selbst um den Preis der offenkundigen Komplizenschaft bei einem schweren Gewaltverbrechen zu ihren Handlangern hielt. Bewunderung verdiente ferner die Disziplin einer Polizei, die sich auf Anweisung der Einsatzleitung geduldig verprügeln, mißhandeln und in die Flucht schlagen ließ. Beeindruckender noch aber war, daß keiner der Beamten, die tatenlos zuschauen sollten, wie Menschen verbrennen würden, dabei die Nerven verlor, die Knarre zog und einen der rechtsradikalen Menschenschinder in die Beine schoß, wozu er in Abwendung einer Gefahr für Leib und Leben berechtigt und verpflichtet ist. Der Ausgelassenheit des Mobs entsprach die Seelenruhe, mit welcher die Polizei die Aktiven gewähren ließ, so daß es am Ende schwer zu sagen war, vor welcher Personengruppe man sich mehr gruseln sollte. Nicht nur den Asylbewerbern und der Welt, sondern auch einander hatten die Landsleute gezeigt, daß unter ihresgleichen keiner seines Lebens sicher ist. Aus dem vagen Gefühl von Gefährdung und Bedrohung, dessen kontinuierliches Anwachsen seit Jahresbeginn von Monat zu Monat bei jeder neuen Umfrage bestätigt wird, wurde für einen Augenblick der begründete Verdacht, in einer Gesellschaft potentieller Mörder zu leben. Schon bislang waren die Nachbarn und die Menschen auf der Straße einander nicht geheuer, jetzt hatten sie voreinander Angst.

Selbst unter den Tätern gab es welche, denen der Schreck im Nacken saß. Fassungslos fragten manche anderntags, warum sie an der Begehung eines Kapitalverbrechens nicht gehindert, sondern vielmehr dazu angespornt und dabei begünstigt worden waren. Denn in der Tat hatten Bürger und Polizei nicht nur den Tod der Menschen im brennenden Haus bejubelt oder billigend in Kauf genommen. Bejubelt oder billigend in Kauf genommen hatten sie auch, daß dabei zu Mördern 15jährige wurden, die eigentlich ein Recht darauf hätten, daß man sie im eigenen Interesse mit aller Gewalt daran hindert, weil auch drei Wochen Krankenhaus noch humaner sind als ein Mord auf dem Gewissen.

So wurde in jener Nacht, wo unter dem Beifall der Erwachsenen ein Haufen vorgeschobener Kinder und Halbwüchsiger drauf und dran war, das eigene Leben unwiderruflich zu verpfuschen, allmählich sogar den Beteiligten klar, daß die

Beseitigung der Asylbewerber bestenfalls ein Appetithappen sein konnte. Schwer auszumachen, was die feixenden Alten auf den Balkonen und am Straßenrand mehr beglückte, die Vorfreude auf tote Zigeuner oder die Zuversicht, die herumzigeunernden Jugendlichen bald hinter Gittern zu wissen. Sicher ist nur, daß nicht bloß die Gier nach Westautos und Bananen die lebenshungrigen Alten im Herbst 1989 dazu trieb, die Zukunft der eigenen Kinder zu gefährden, sondern ein gegen die Jugend als Sinnbild alles Lebendigen gerichteter Vernichtungswunsch. Fast mochte man schon Mitleid mit den Skins empfinden, deren vorsätzliche Häßlichkeit dem begreiflichen Wunsch entspricht, die ihnen grundlos seitens der Eltern widerfahrende Lieblosigkeit als selbst verursachte erscheinen zu lassen und damit erklärbar zu machen. Fast war man geneigt, es als einen Akt der Notwehr zu begreifen, daß zeitgleich mit dem Rostocker Pogrom ein amoklaufender Skinhead in Koblenz aus »allgemeinem Haß« auf eine Passantengruppe schoß – ein Toter, fünf Verletzte – und nachher erklärte: »Ich bin in die Stadt, um zu töten.«

Wenn es der wahre Grund aller Kriege ist, daß die Frauen ihre Männer und die Eltern ihre Kinder hassen, dann zeigte sich in jener Nacht, daß den Deutschen zur Lösung ihrer Probleme nur noch der Führer und die Siegeszuversicht fehlt, und daß es eine andere als die kriegerische Lösung für sie nicht mehr gibt. Da sie in Wahrheit vor allem einander, nicht ›nur‹ die Ausländer, beseitigt wissen wollen, nützen ihnen selbst ein paar tote Asylbewerber nichts. Sie müssen aufs Ganze gehen – ohne Fleiß kein Preis.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 9/92 über den weltweiten Sieg des Bandenwesens

Konkret 10/92, S. 15

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste«IX

Neunter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Mittwoch, 12.8. –

Die Generalbundesanwaltschaft bestätigt, daß Mitglieder des rechtsradikalen Ku-Klux-Klan auch in Elmshorn bei Hamburg aktiv sind. In der Vergangenheit wurden bereits mehrere Häuser mutmaßlicher Mitglieder durchsucht. Es bestehe der Verdacht, daß Brandanschläge gegen Ausländer- und Asylbewerberunterkünfte vorbereitet werden.

Samstag/Sonntag, 15.8/16.8. –

In Griesheim/Kreis Darmstadt-Dieburg überfallen mehrere junge Männer einen Wohnheimkomplex für Asylbewerber und bewerfen diesen mit Steinen und leeren Flaschen. Es entsteht Sachschaden; die Polizei nimmt fünf Tatverdächtige fest. –

Auf der Autobahnraststätte Dollenberg/Lahn-Dill-Kreis kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen fünfzig meist jugendlichen Rechtsradikalen und etwa dreißig Türken. Zwei Türken und ein 28jähriger Kölner werden schwer verletzt. –

In Oelixdorf/Schleswig-Holstein »patrouillieren« nachts mit Gaspistolen bewaffnete Bürger in der Nähe eines Asylbewerberheimes. Sie gehören einer Bürgerinitiative gegen die Aufnahmestelle für Asylbewerber an. Die Patrouillengänge werden in den folgenden Nächten fortgesetzt.

Dienstag, 18.8. –

Überfall auf ein Asylbewerberheim in Köckte/Kreis Stendal.

Mittwoch, 19.8. –

In Spremberg bei Cottbus schießen drei Jugendliche mehrmals auf ein Asylbewerberheim. –

In Elsterwerda bei Cottbus bewerfen Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen und rufen ausländerfeindliche Parolen.

Freitag, 21.8. –

Auf das Asylbewerberheim in Spremberg bei Cottbus wird erneut mehrmals geschossen. –

In Rostocker Zeitungen erscheinen Ankündigungen, nach denen es am Wochenende zu Protesten vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber kommen soll.

Samstag, 22.8. –

In Rostock greifen 150-200 Jugendliche die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber im Stadtteil Lichtenhagen mit Steinen, Molotow-Cocktails und Feuerwerkskörpern an. Die Polizei kann ein Eindringen in das Heim verhindern. Es kommt zu einer 13stündigen Straßenschlacht, bei der die Jugendlichen immer wieder von etwa 1000 Anwohnern, die ausländerfeindliche Parolen rufen, angefeuert werden. Die Polizei vermutet eine überregionale Planung und Steuerung des Angriffs.

Sonntag, 23.8. –

In Köckte/Kreis Stendal greifen etwa 30 Jugendliche ein Asylbewerberheim an. –

In Lichtenhagen/Rostock greifen etwa 200 Jugendliche erneut mit Steinen und Molotow-Cocktails die Zentrale Aufnahmestelle an und versuchen, sie zu stürmen.

Montag, 24.8. –

In Lichtenhagen werden am späten Nachmittag die dort untergebrachten Flüchtlinge evakuiert und unter starkem Polizeischutz in andere Heime verlegt. Am späten Abend stürmen faschistische Banden das Heim, nachdem sich die Polizei zurückgezogen hat, und setzen das Erdgeschoß eines Gebäudes in Brand. Die Feuerwehr wird am Löschen gehindert. In den oberen Geschossen befinden sich mehr als 100 Personen, überwiegend Vietnamesen, die sich über das Dach in Sicherheit bringen können. –

In Dresden rufen Jugendliche vor einem Wohnheim polnischer Gastarbeiter ausländerfeindliche Parolen. –

Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts äußern 14 Prozent der Bundesbürger Verständnis für die Rassisten. (19 Prozent in West-, 12 Prozent in Ostdeutschland) –

Der in Hamburg ansässige »Chaos Computer Club« hat bei den Rechtsradikalenein modernes Informationssystem mit Datenbanken und elektronischen Mail-boxen ausgemacht, mit dessen Hilfe sie zu schnellen und überraschenden Aktionen fähig seien.

Dienstag, 25.8. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Dresden. –

Die Polizei verhindert in Schwanewede bei Osterholz einen Brandanschlag auf einen Wohncontainer für Flüchtlinge. –

In Lichtenhagen kommt es nach Polizeiangaben zu den bisher schwersten gewalttätigen Auseinandersetzungen vor dem Asylbewerberheim. –

Brandanschlag in Geldern/Niedersachsen auf ein Asylbewerberheim. –

Bei der Oranienburger Feuerwehr geht eine Meldung ein, in allen Asylbewerberheimen des Landkreises seien Brandbomben versteckt. Nach einer sofort eingeleiteten Untersuchung der Gebäude kann die Feuerwehr Entwarnung geben.

Mittwoch, 26.8. –

Weitere gewalttätige Auseinandersetzungen in Lichtenhagen/Rostock. –

Aus Angst vor Überfällen fliehen etwa 40 Ausländer aus einer Gemeinschaftsunterkunft bei Rostock, mehrere Kilometer von Lichtenhagen entfernt. Die Zurückgebliebenen werden angewiesen, die Unterkünfte ab 21 Uhr nicht zu verlassen und sie zu verdunkeln. –

In Eberswalde kommt es zu einer rechtsradikalen ausländerfeindlichen Demonstration, die von der Polizei auseinandergetrieben wird.

Donnerstag, 27.8. –

Weitere gewalttätige Auseinandersetzungen in Lichtenhagen/Rostock. –

Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Dresden. –

Versuch eines Angriffs von 40 Rechtsradikalen auf ein Asylbewerberheim in Stendal/Sachsen-Anhalt. –

In Jena wirbt eine Diskothek mit rassistischen Parolen. Der Magistrat der Stadt verfügt sofort die Schließung und die Entziehung der Lizenz. Wegen formaljuristischer Fehler muß die Verfügung wieder aufgehoben werden. –

Nach Erkenntnissen des BKA waren die Krawalle in Rostock organisiert und gesteuert. –

Die Polizei teilt mit, daß im Zusammenhang mit den ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock rund 260 Personen festgenommen worden sind. Gegen 32 wurde Haftbefehl erlassen. Weitere 300 Ermittlungsverfahren sind anhängig. –

In Schwanefeld (Sachsen-Anhalt) überfallen Rechtsradikale mit Steinen und Leuchtraketen ein Asylbewerberheim. Sie brüllen »Sieg Heil«.

Freitag, 28.8. –

In Hinrichshagen bei Rostock wird ein Asylbewerberheim angegriffen. –

In Greifswald wird vor einem Asylbewerberheim ein Auto angezündet. –

Ebenfalls in Greifswald verhindert die Polizei den Überfall von etwa 30 rechtsextremen Jugendlichen mit Steinen und Brandflaschen auf das Asylbewerberheim Ladebow. Vier der Neonazis werden festgenommen. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Wolfsburg. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Oschersleben/Sachsen-Anhalt. –

In Lübbenau werden Asylbewerberheime mit Flaschen und Steinen angegriffen. –

Vor dem leeren und teilweise ausgebrannten Asylbewerberheim in Lichtenhagen versammeln sich erneut etwa 60 Jugendliche. Größere Auseinandersetzungen mit der Polizei bleiben aus; es kommt zu vereinzelten Steinwürfen. –

Am späten Abend ziehen etwa 50 Jugendliche mit Baseballschlägern und Brandflaschen erneut zur Asylbewerberunterkunft von Stendal (Sachsen-Anhalt). 17 »Störer« werden festgenommen.

Samstag, 29.9. –

In Cottbus greifen etwa 200 Rechtsradikale ein Asylbewerberheim an. Auf dem Weg dorthin zerschlagen sie Scheiben und setzen drei Autos in Brand. –

In der Nacht zum Samstag verhindern Polizeikräfte in Sömmerda und in Eisenach (beides Thüringen) den Angriff von mit Zaunlatten und Molotow-Cocktails bewaffneten Neonazis auf Asylbewerberheime. Einige der Brandsätze explodieren. –

Skinheads überfallen einen Wohncontainer polnischer Arbeiter in Wunsiedel/Bayern. Einer der Arbeiter wird schwer verletzt. –

In Oschersleben/Sachsen-Anhalt randalieren mehr als 100 Personen vor einem Asylaufnahmeheim. –

In Stendal wird das Asylbewerberheim erneut mit Brandsätzen angegriffen. –

In Greifswald wird ein Angriff von etwa 25 Jugendlichen mit Steinen und Brandflaschen auf ein Asylbewerberheim von der Polizei verhindert. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Bad Lauterberg/Niedersachsen. –

In Spremberg greifen etwa 20 Jugendliche ein Asylbewerberheim an und versuchen, es zu stürmen.

Sonntag, 30.8. –

In Spremberg schlagen 20 Jugendliche die Scheiben eines China-Restaurants ein. –

In Pöttmes bei Augsburg wird aus einem fahrenden Auto auf ein Asylbewerberheim geschossen. –

Etwa 60 Personen greifen in Schwerin ein Asylbewerberheim mit Steinen an. Die Polizei schlägt den Angriff zurück. –

In Henningen/Sachsen-Anhalt überfallen zwölf Skinheads ein Asylbewerberheim und werfen Steine. –

In Potsdam-Babelsberg/Brandenburg greifen Jugendliche einen Asylbewerber aus Ghana an, beschimpfen, schlagen und berauben ihn. –

In Dessau/Sachsen-Anhalt nimmt die Polizei Jugendliche fest, die ausländerfeindliche Parolen rufen und zu einem Flüchtlingsheim ziehen wollen. –

In Wismar greifen mehrere Jugendliche zwei Asylbewerber an und verletzen sie. –

Etwa 80 Jugendliche zünden in Eisenhüttenstadt ein Gebäude der Zentralen Asylbewerberstelle an. –

Brandanschlag in Hanau auf ein Asylbewerberheim. –

In Henningen/Kreis Salzwedel greift eine Gruppe ein Asylbewerberheim mit Steinen an und ruft rechtsradikale Parolen. –

In Cottbus wird das Asylbewerberheim erneut angegriffen. –

Brandanschlag auf ein Zeltlager für Asylbewerber in Holzhausen bei Leipzig, das völlig abbrennt. Verletzt wird dabei niemand. –

Brandanschlag auf eine Unterkunft von Sinti und Roma in Markkleeberg bei Leipzig. –

In Zielitz/Sachsen-Anhalt wird eine Unterkunft für Asylbewerber mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen. –

In Dresden wird eine Wohnbaracke polnischer Gastarbeiter in Brand gesetzt. –

In Groß-Bieberau/Kreis Darmstadt-Dieburg werden etwa 15 Schüsse auf ein Asylbewerberheim abgegeben. –

In Saarlouis wird ein Asylbewerberheim mit Brandsätzen angegriffen. –

Mitglieder der rechtsradikalen Szene bezeichnen die tagelangen Krawalle nur als Auftakt einer ganzen Serie ähnlicher Gewaltaktionen in Ostdeutschland.

Montag, 31.8. –

Das Landratsamt in Kehlheim/Bayern genehmigt einen Aufmarsch der Partei Nationale Front für Samstag den 12.9.; die Veranstaltung steht unter dem Motto: »Asylanten raus«. –

In Cottbus wird das Asylbewerberheim erneut von etwa 150 Rechtsradikalen mit Steinen und Brandflaschen angegriffen. –

In Eisenhüttenstadt versammeln sich etwa 60 Personen vor einem Asylbewerberheim. Die Polizei kann Ausschreitungen verhindern. –

Der brandenburgische Verfassungsschutz hat seinen Verdacht präzisiert, daß die rechtsradikale »Deutsche Alternative« die Krawalle der vergangenen vier Nächte in Cottbus gesteuert hat. –

In Hamburg verurteilt eine Jugendkammer drei Skinheads, die einen 26jährigen Türken schwer mißhandelt hatten, zu drei sowie zwei Jahren Haft auf Bewährung. –

Der Berliner Innensenator und der Polizeivizepräsident versichern, daß rechtsradikale Ausschreitungen wie in Rostock in Berlin nicht möglich seien. Die Polizei verfüge über spezielle Einsatzpläne sowie über ein »informelles Sicherheitssystem«, das Überraschungsangriffe erschwere.

Dienstag, 1.9. –

In Spremberg bei Cottbus werfen drei Rechtsradikale eine Rauchbombe aus einem fahrenden Auto gegen ein Asylbewerberheim. Sie werden festgenommen. –

In Vetschau bei Cottbus bewerfen zehn Rechtsradikale ein Asylbewerberheim mit Steinen und zerschlagen Fensterscheiben. –

Die Polizei verhindert den Angriff von 20 »gewaltbereiten Jugendlichen« auf ein Asylbewerberheim in Greifswald-Ladebow. –

In Lindenthal/Sachsen werfen Rechtsradikale Steine gegen die Eingangstür und durch ein Fenster eines Asylbewerberheimes. Das Auto eines rumänischen Asylbewerbers wird in Brand gesetzt. –

In Lüdz/Mecklenburg-Vorpommern wird ein Asylbewerberheim mit Steinen und Brandflaschen angegriffen. –

Japanische Geschäftsleute befürchten, in Ostdeutschland mit Asylbewerbern verwechselt zu werden. Mitarbeiter von Berliner Vertretungen werden belehrt, wie sie sich kleiden und wo sie sich aufhalten sollen.

Mittwoch, 2.9. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Spremberg bei Cottbus. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Markersdorf/Kreis Gera. –

In Neuholland/Kreis Oranienburg durchsucht die Polizei in einem Großeinsatz ein Asylbewerberheim und stellt mehrere Waffen und waffenähnliche Gegenstände sicher. Auslöser für diesen Einsatz war eine anonyme Drohung, daß das Heim angezündet werde. –

In Frankfurt/Oder werden drei Polen in ihren Autos mit Steinen angegriffen. Einer von ihnen wird dabei verletzt. –

In Flöha/Sachsen werden ein Ausländerheim und eine Diskothek von 200 Jugendlichen mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen. –

In Cottbus versammeln sich etwa 100 »gewaltbereite Jugendliche« vor einem Asylbewerberheim. Starke Polizeikräfte verhindern Krawalle. –

Ein Jugendschöffengericht in Ratingen verurteilt vier Jugendliche, die einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Ratingen verübt hatten, zu Jugendstrafen zwischen acht und 16 Monaten auf Bewährung.

Donnerstag, 3.9. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ketzin/Brandenburg. Das Gebäude brennt völlig aus; zwei Tatverdächtige werden festgenommen. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Oschersleben/Sachsen-Anhalt. –

Brandanschlag auf eine Aussiedlerunterkunft in Bonn. –

Brandanschlag auf eine Aussiedlerunterkunft in Düsseldorf. –

Brandanschlag in Hohenschönhausen/Berlin auf ein Vietnamesen-Wohnheim. Zwei Tatverdächtige werden festgenommen. –

In Nörten-Hardenberg bei Göttingen werden mit Flaschen die Fenster der Wohnung einer Türkin eingeworfen. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Bad Krozingen/Südbaden. –

In Berndshof/Mecklenburg-Vorpommern werden die Fensterscheiben eines Asylbewerberheimes eingeworfen. –

In Erfurt wird ein von Vietnamesen bewohntes Wohnheim mit Steinen und Leuchtgeschossen angegriffen. –

In Blankenburg/Harz werden vor einem Asylbewerberheim Autos angezündet und demoliert. –

In Northeim/Niedersachsen werden zwei Unterkünfte von Asylbewerbern und die Wohnung einer türkischen Familie angegriffen.

Freitag, 4.9. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Biesenthal bei Berlin. –

Brandanschlag in Leverkusen auf eine Container-Siedlung, in der Aussiedler aus Polen und der GUS untergebracht sind. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Lübben bei Cottbus. –

Etwa 40 bis 60 Jugendliche versuchen, das Zentrale Aufnahmelager für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt zu stürmen. Es kommt zu einer mehrstündigen Straßenschlacht mit der Polizei. –

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt erwartet eine neue Welle von Anschlägen auf Asylbewerberheime. Nach Angaben des Innenministeriums gibt es Hinweise auf geplante Anschläge in Marienborn, in Halberstadt und in Oschersleben. –

Nach Angaben des leitenden Oberstaatsanwalts Neumann wurden während der Ausschreitungen in Rostock insgesamt 209 Personen festgenommen, es ergingen 32 Haftbefehle.

Samstag, 5.9. –

In Lübbenau/Brandenburg greifen etwa 100 rechtsradikale Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen und Brandflaschen an. –

Bei Übergriffen von Skinheads werden in Hamminkeln/Niederrhein zwei Flüchtlinge verletzt, einer davon schwer. –

In Gandow-Lenzen/Brandenburg, Kremmen/Brandenburg, Hettstedt/Sachsen-Anhalt und in Wernigerode/Sachsen-Anhalt werden Steine gegen Asylbewerberunterkünfte geworfen. –

In Prenzlau verhindern 50 Personen die Unterbringung von Asylbewerbern in einer Schule. Ein Bus, in dem die Asylbewerber transportiert werden, wird dabei mit Steinen beworfen. –

Brandanschlag auf die Zentrale Ausländerbehörde in Chemnitz. –

Ausländerfeindliche Anschläge und Aktionen in Mansfeld/Sachsen-Anhalt, in Wansleben/Sachsen-Anhalt, in Singen/Baden-Württemberg und in Bevern/Niedersachsen. –

In Ringenberg bei Wesel werden bei einem Überfall von etwa zwei Dutzend Skinheads auf eine Asylbewerberunterkunft zwei Ausländer verletzt. –

Brandanschlag auf eine mit Vietnamesen belegte Unterkunft in Koblenz/Sachsen. In der darauffolgenden Panik unter den Bewohnern wird eine Frau verletzt. –

In Werdau/Kreis Zwickau verhindert die Polizei einen Überfall von etwa 60 Jugendlichen auf ein Ausländerwohnheim. –

In Gelnhausen/Hessen verhindert die Polizei einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft. –

Brandanschlag auf einen Kindergarten in Greifswald, der als Asylbewerberheim vorgesehen war. –

Brandanschläge auf Asylbewerberheime in Ecklingrode/Kreis Worbis und in Bad Langensalza. –

In der Nacht zum Samstag greifen unbekannte Täter das Asylbewerberheim in Ebsdorfergrund-Hachborn, Landkreis Marburg-Biedenkopf, an.

Sonntag, 6.9. –

Versuchter Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Bretten bei Karlsruhe. –

Bei Kontrollen im Umfeld von fünf Ausländerwohnheimen in Berlin stellte die Polizei Brandflaschen, Messer, Schreckschußpistolen und Schlagstöcke sicher. –

Versuchter Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Essen durch einen in Deutschland geborenen Türken und einen Deutschen. Beide werden festgenommen. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Engelsberg/Kreis Traunstein. Drei Heimbewohner werden verletzt. –

In Eisenhüttenstadt wird die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber durch 150 Rechtsradikale mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen. –

In Alfter bei Bonn wird ein Schuß in den Wohnraum eines Asylbewerberheimes abgegeben. –

In Guben, Lychen, Ueckermünde und in Prenzlau werden Asylbewerberheime mit Steinen angegriffen. –

In Trassenheide bei Wolgast versammeln sich etwa 40 »gewaltbereite Jugendliche«; 15 Personen werden festgenommen. –

In Pritzier/Kreis Hagenow schießen etwa 30 mit Knüppeln bewaffnete Jugendliche vor einem Flüchtlingsheim Feuerwerkskörper ab, werfen Molotow-Cocktails und rufen ausländerfeindliche Parolen. Die Bewohner des Heims waren vorsorglich evakuiert worden. –

Brandanschlag auf eine Unterkunft polnischer Arbeiter in Brahlstorf bei Schwerin. –

In Neustadt/Sachsen randalieren 40 Jugendliche gegen dort lebende Vietnamesen.

Montag, 7.9. –

Brandanschläge auf zwei Wohnungen von Vietnamesen in Halle. Zwei Vietnamesinnen und sieben Kinder werden mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert. –

In Fritschdorf/Kreis Neubrandenburg werfen Jugendliche Steine gegen eine Asylbewerberunterkunft. –

Versuchter Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Boizenburg-Bahlen/Mecklenburg.

Dienstag, 8.9. –

Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Rosrath bei Köln. –

Brandanschlag auf ein Containerdorf für Asylbewerber in Hamburg. –

Versuchter Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Anklam/Vorpommern. –

Im Bezirk Pankow in Ostberlin setzen Unbekannte Autos von Asylbewerbern in Brand. –

In Mühlheim/Ruhr wird eine Übungshandgranate in ein Asylbewerberheim geworfen. –

In Quedlinburg/Sachsen-Anhalt greifen etwa fünfzig Rechtsradikale eine Asylbewerberunterkunft mit Steinen und Molotow-Cocktails an. –

In Schulzendorf/Kreis Königs Wusterhausen werden Autos von Asylbewerbern angezündet. –

In Waren/Neubrandenburg wird ein Asylbewerberheim angegriffen. –

In Düsseldorf nimmt die Polizei 6 Skinheads fest, nachdem zuvor eine im Bau befindliche Unterkunft für Asylbewerber attackiert worden war. –

Im Kreis Sebnitz in Sachsen wird das Auto eines Asylbewerbers angezündet. –

Die Staatsanwaltschaft in Schwerin hat gegen den Kreisvorsitzenden der NPD in Hagenow Haftbefehl erlassen. Er soll 40 Jugendliche aufgehetzt haben, das Asylbewerberheim in Boizenburg/Mecklenburg-Vorpommern anzugreifen.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember'91

Konkret 10/92, S. 18

K. Walden, H. Abel

Die Drahtzieher

Wer organisierte den faschistischenTerror in Rostock-Lichtenhagen? Ein Versuch, das Dunkel um die braunen Hintermänner auszuleuchten

Nicht erst seit den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock stellt sich die Frage, inwieweit hierzulande die Angriffe auf Flüchtlinge sowie Arbeitsmigrantinnen und -migranten von organisierten Neonazis vorbereitet, gesteuert und angeheizt werden. Nachweise über deren Aktivitäten und Anwesenheit sind oft schwer zu erbringen. Im Fall von Rostock liegen inzwischen aber mehr als nur einige Indizien dafür vor, daß die Pogrome zum einen durch Mitglieder der Deutschen Volksunion (DVU) seit längerem propagandistisch und organisatorisch vorbereitet wurden und daß sich zum anderen seit Sonntag, dem 23. August, führende Vertreter der in der Kaderorganisation *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* (GdNF) zusammengeschlossenen neofaschistischen Gruppierungen wie die *Nationale Liste* (NL) aus Hamburg, die *Deutsche Alternative* (DA) aus Cottbus u.a. in Rostock-Lichtenhagen aufhielten und in die Angriffe des Bürgermobs steuernd eingriffen.

Hier sollen weder Verschwörungstheorien entwickelt noch die Gespenster einer omnipotenten neofaschistischen Organisierung an die Wohnzimmerwand gemalt werden. Genauso wenig kann es darum gehen, die politisch Verantwortlichen für die Pogrome – vom Mecklenburgischen Innenminister Kupfer über CDU/CSU, FDP und SPD – sowie die deutschnationalen Vertreter bei den Grünen und den Beifall klatschenden Bürgermob aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Aber angesichts der auch unter Linken weitverbreiteten Tendenz, den organisierten Neofaschismus zu verharmlosen, scheint es angebracht – und im Fall von Rostock-Lichtenhagen dringend notwendig – ein wenig Licht in das Dunkel um die braunen Drahtzieher der Biedermänner und Brandstifter zu bringen.

Die *Gesinnungsgemeinschaft* versteht sich als Nachfolgeorganisation der 1978 von Michael Kühnen gegründeten und 1984 verbotenen *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten* (ANS/NA). Ihre politische Zielsetzung besteht in der Aufhebung des NSDAP-Verbots und deren Neugründung sowie in der Errichtung eines »4. Reichs«. Um diese Ziele zu erreichen, haben Kader der *Gesinnungsgemeinschaft*, wie z.B. Christian Worch aus Hamburg oder der seit kurzem inhaftierte Österreicher Gottfried Küssel, eine Vielzahl von neofaschistischen Organisationen aufgebaut, die in den bürgerlichen Medien oft nur als untereinander zerstrittene und miteinander konkurrierende Splittergruppen dargestellt werden. Tatsächlich aber ist es vor allem durch die Koordinierungsarbeit der *Gesinnungsgemeinschaft* gelungen, die jeweiligen regionalen und überregionalen neofaschistischen Organisationen und Gruppen zu gemeinsamen Großaktionen wie den »Rudolf-Heß-Gedenkmärschen« in Wunsiedel 1991 und Rudolstadt 1992 mit mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern zusammenzubringen.

Die *Gesinnungsgemeinschaft* koordiniert allerdings nicht nur die öffentliche neofaschistische Propagandaarbeit, sondern über die *Deutsche Alternative* auch den Aufbau neofaschistischer Strukturen in der ehemaligen DDR sowie die paramilitärische Ausbildung ausgewählter neofaschistischer Kader und den Vertrieb nationalsozialistischer Publikationen. Genau diese Strukturen und Verbindungen ermöglichten es den organisierten Neofaschisten, in Rostock-Lichtenhagen eine entscheidende Rolle zu spielen. Darüber hinaus sind die rassistischen Angriffe in Rostock-Lichtenhagen ein Beispiel dafür, daß es kleinen Kernen von organisierten neofaschistischen Kadern immer besser gelingt, rassistische Bürgermassen zu steuern.

Daß die organisierten Neofaschisten in Rostock-Lichtenhagen leichtes Spiel hatten, verdanken sie u.a. einem bewährten Brandstifter des sog. »national-freiheitlichen« Spektrums, dem Münchener Verleger und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey. Schon zwei Monate vor den Pogromen hatte die *Deutsche Volksunion* (DVU) bei einer Veranstaltung am 22. Juni mit dem Herausgeber der »Nationalzeitung« die propagandistischen und organisatorischen Brandsätze für die Pogrome vorbereitet. Während Frey ungehindert vor mehreren hundert Zuhörerinnen und Zuhörern gegen die »Asylantenflut« hetzen konnte, ließ Rostocks stellvertretender Polizeidirektor Deckert 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die versucht hatten, den Eingang zum Veranstaltungsort zu blockieren, von 500 seiner durchaus nicht zimperlichen Polizeikräfte zusammenknüppeln. Und so verwundert es dann in Rostock niemanden mehr, daß Deckert am Tag nach dem Brand des vietnamesischen Wohnheims im Fernsehen offenherzig verkündete, daß die Polizei in Rostock in diesen Tagen ihr Einsatzziel voll erreicht habe.

Als dann Ende August die *Bürgerinitiative Lichtenhagen* per »Ostsee-Zeitung« die Rostocker Bürger dazu aufforderte, »das Asylantenproblem selbst in die Hand zu nehmen« und zu einer öffentlichen Kundgebung vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Rostock-Lichtenhagen am Samstag, dem 22. August, aufrief, waren lokale DVU-Mitglieder diejenigen, die die Logistik für die Kundgebung bereitstellten und schon am Samstagfrüh auf dem Platz vor der Zentralen Aufnahmestelle auftauchten. Tatkräftige Hilfe erhielten sie dabei u.a. von lokalen neofaschistischen Aktivisten wie Michael Büttner von der *Deutschen Alternative,* der Kontakte zu rechtsradikalen Skinheads unterhält.

Nachdem der erste Tag des Bürgerprotestes offenbar zufriedenstellend verlaufen war, traf am Sonntagabend der bekannte Hamburger Neofaschist Christian Worch in Rostock-Lichtenhagen ein. Der enge Kühnen-Vertraute gilt nicht erst seit der Organisierung der »Rudolf-Heß-Gedenkmärsche« durch seine Hamburger *Nationale Liste* als der organisatorische Kopf und Koordinator der *Gesinnungsgemeinschaft*. Ebenso wie Worch hielten sich in Rostock auch der politische Kopf der *Gesinnungsgemeinschaft*, Ewald Bela Althans, sowie ihr »Sicherheitsbeauftragter«, das Mitglied der österreichischen *Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition* (VAPO), Gerhard Endress, auf. Althans hatte als Vorsitzender des *Deutschen Jugendbildungswerks* einen entscheidenden Anteil an der Organisierung und PR-Arbeit für die internationale Revisionistenveranstaltung, die unter dem Motto »Wahrheit macht frei«, am 21. April 1990 mit 800 Teilnehmern aus dem internationalen neofaschistischen und rechtsextremen Umfeld im Münchener Löwenbräukeller stattfand. Zusammen mit Endress wirbt Althans seit mehreren Monaten für die Aufstellung internationaler Söldner-Einheiten, die als »zur Verteidigung bewaffnetes Sanitätskorps« (O-Ton Endress) in Kroatien an der Seite von faschistischen kroatischen Spezialeinheiten wie der HOS operieren sollen. Endress organisiert zusammen mit dem inhaftierten VAPO-Vorsitzenden Gottfried Küssel paramilitärische Wehrsportübungen in Österreich und war 1991 der Leiter des Ordnungsdienstes beim »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« in Wunsiedel. Es ist wohl eher dem Zufall als gezielten polizeilichen Fahndungsmaßnahmen zuzuschreiben, daß Endress in Rostock-Lichtenhagen festgenommen wurde.

Während Christian Worch in Rostock-Lichtenhagen laut »Berliner Zeitung« vom 25. August am Sonntag aus seinem Auto heraus per Funk und Funktelefon Anweisungen an die neofaschistischen Aktivisten gab, sorgten hochrangige Vertreter der *Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene* (HNG) vor Ort für den rechtlichen Beistand ihrer inhaftierten Gesinnungsgenossen sowie die Rekrutierung unorganisierter Lichtenhagener Jugendlicher nach deren Verhaftung, u.a. über die Einschleusung von HNG-Mitgliedern in einen Polizeikessel, in dem in der Nacht von Mittwoch, dem 26. August, ca. 70 rechtsradikale Lichtenhagener Jugendliche verhaftet wurden. Mitglieder der HNG verteilten in Rostock ein Flugblatt, das sich auf den ersten Blick kaum von Flugblättern aus der antifaschistischen Szene unterscheidet. Unter der Überschrift »Verhaftet und kriminalisiert – Was nun?« werden »den Kameraden aus dem nationalen Widerstand« Ratschläge bei Festnahmen, zu Aussage-Verweigerung und Prozeß-Führung erteilt. Darüber hinaus verspricht die HNG rechtliche und finanzielle Hilfe bei Ermittlungsverfahren und Prozessen und nennt in dem Flugblatt eine Kontaktadresse sowie ein Spendenkonto für einen »Rechtshilfe-Ermittlungsausschuß«. Christian Malcoci, ein beim Polizei-Kessel anwesendes HNG-Vorstandsmitglied, erklärte gegenüber einer US-amerikanischen Journalistin: »Die Leute, die hier (in Rostock-Lichtenhagen) sind, und die die Speerspitze dieser Angriffe waren, das sind mehr Leute aus dem nationalen Widerstand, das sind eher militantere Leute. Und diese Leute brauchen eine Stimme und brauchen auch Rechtsanwälte, die ihnen helfen. Für diese Leute sind wir da.«

Wenn Malcoci von Rechtsanwälten redet, dann meint er nach eigenen Angaben z.B. den bekannten neofaschistischen Hamburger Anwalt Jürgen Rieger. Rieger gilt als Intimfreund vieler prominenter Neonazis, die er vor Gericht verteidigt hat. Er ist der Hauptanwalt der elf angeklagten Neonazis im laufenden Stuttgarter ANS/NA-Nachfolgeprozeß, einem der größten Neonazi-Gerichtsverfahren in der Geschichte der BRD. Darüber hinaus tritt er öffentlich bei neofaschistischen Propagandaveranstaltungen wie dem »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« 1991 in Wunsiedel auf. Auf Nachfragen nach in Rostock an den Angriffen beteiligten neofaschistischen Organisationen nennt Malcoci u.a. die *Nationale Liste* von Christian Worch, die *Nationale Offensive* und die *Deutsche Alternative* – Organisationen, deren Führungskader allesamt in der *Gesinnungsgemeinschaft* zusammengeschlossen sind. Malcoci weiß, wovon er redet; schließlich ist eines der Ziele der *Hilfsgemeinschaft,* die seit 1979 in Frankfurt a.M. als gemeinnütziger Verein eingetragen ist, die Förderung des Zusammenhalts der unterschiedlichen neofaschistischen Gruppierungen. Die HNG arbeitet als Sammlungsorganisation mit »alten« und »neuen« rechtsextremen und neofaschistischen Organisationen zusammen und koordiniert deren Aktivitäten. Die derzeitige Vorsitzende der HNG, Ursula Müller, betreibt zusammen mit ihrem Ehemann Curt Müller eine Gärtnerei in Mainz-Gonsenheim, in der regelmäßig überregionale Neonazi-Treffen – sog. »Führerthings« – stattfinden, in denen strategische Absprachen getroffen werden. Die Publikation der HNG, die sog. »Nachrichten der HNG«, die bundesweit auch an inhaftierte Neonazis verschickt werden, wurde zeitweise von Christian Worch redaktionell geleitet.

Wo sich die bundesdeutsche neofaschistische Prominenz aufhält, findet sich auch meistens der eine oder andere internationale Neonazi-Aktivist. So hatte z.B. Walter Ochensberger, der Herausgeber der faschistischen Publikation »Sieg«, über den Zusammenschluß spanischer Neofaschisten und Falangisten CEDADE öffentlich nach Rostock mobilisiert. Ochensberger, dessen Zeitschrift in einer Auflage von 25.000-30.000 Stück hauptsächlich in der BRD vertrieben wird, hatte sich nach seiner Verurteilung wegen Verstoßes gegen das NSDAP-Betätigungsverbot nach Spanien abgesetzt. Ochensbergers Aufruf gefolgt war dann z.B. Erik Rundquist, einer der führenden Aktivisten des militanten neofaschistischen *Weißen Arischen Widerstandes* (VAM) aus Schweden. Die VAM wurde im Sommer 1991 durch eine Serie von Bombenanschlägen und Raubüberfällen bekannt. Wie es dem VAM-Aktivisten Rundquist trotz eines offenen schwedischen Ermittlungsverfahrens, u.a. wegen illegalen Waffenbesitzes, gelang, ungehindert in die BRD und nach Rostock einzureisen, gehört zu den vielen offenen Fragen der letzten Augustwochen. Sowohl die VAM als auch CEDADE unterhalten enge Kontakte zur *Gesinnungsgemeinschaft.*

Während dieser Artkel in den Druck geht, finden weiterhin allnächtlich Angriffe auf Flüchtlingsheime und Ausländer in der gesamten BRD statt, organisiert von den Drahtziehern der *Gesinnungsgemeinschaft*, wie z.B. der *Deutschen Alternative* in Cottbus. Es ist zu befürchten, daß sich die Angriffe und Aktivitäten der organisierten Neofaschisten zum Jahrestag des Pogroms in Hoyerswerda am 19. September zuspitzen werden. Wenn führende Neonazi-Kader wie Christian Malcoci in Rostock öffentlich erklären, daß »bald auch an anderen Stellen mehr los sein wird«, dann ist das leider nicht mehr nur haltlose neofaschistische Propaganda, die – wie so oft in den letzten Jahren – von der bürgerlichen Öffentlichkeit mit hoffnungsvollem Augenzudrücken bedacht werden kann. Vielmehr geht es jetzt auch darum, die Namen und Gesichter derjenigen bekannt zu machen, die sich als Drahtzieher im Hintergrund halten. Nur so läßt sich »die Basis für effektiven Widerstand schaffen«, wie das antifaschistische Autorenkollektiv im Nachwort des Handbuchs »Drahtzieher im braunen Netz« schreibt.

Literaturhinweis:

»Drahtzieher im braunen Netz – Der Wiederaufbau der NSDAP«, ein Handbuch des antifaschistischen AutorInnenkollektivs Berlin, Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam 1992

K. Walden und H. Abel sind freie Journalisten und leben in Hannover

Konkret 10/92, S. 20

Oliver Tolmein

»Wir schlagen jetzt die Türken tot«

Mit größter Rücksicht hat ein Hamburger Gericht jene drei Skinheads behandelt, die im letzten Jahr einen Türken in Bergedorf beinahe totgetreten hätten

Der Vorsitzende Richter ist ein freundlicher älterer Herr. Er hat seine Karriere hinter sich. Das ist sein letztes Verfahren – danach wird er pensioniert. Alles soll schnell und reibungslos ablaufen. Bloß kein Risiko eingehen. Also hat Richter Dahm den Prozeß gegen drei Skinheads, die im letzten Jahr Ercan K. in der Bergedorfer Innenstadt halbtot getreten haben, in den Staatsschutzsaal des Hamburger Gerichtsgebäudes verlegt. »Eine Antifa hat mobilisiert, und von den Skinheads kann es auch Ärger geben«, teilt die Pressestelle auf Anfrage mit. Nein, politische Gründe habe die Verlegung keine. Es ist wirklich kein Staatsschutz-Verfahren, das in dem großen Saal verhandelt wird, in dem die Öffentlichkeit hinter eine Trennscheibe gesperrt bleibt und jede und jeder einzelne scharfe Einlaßkontrollen über sich ergehen lassen muß.

»Gab es denn da, bei Ihren Skinheads, auch so eine gewisse Gesinnung?« Der Vorsitzende Richter beugt sich weit zum Angeklagten Christian Haupt vor. Und lehnt sich bedächtig zurück, als der junge Mann antwortet, der dort im lila Jackett, mit mittlerweile manierlich lang gewachsenen Haaren neben seinem Anwalt sitzt: »Zum Teil hatten wir alle eine Abneigung gegen Ausländer. Das war verbindend.« Das will der Richter genauer wissen, und so beginnt ein freundlich geführtes Gespräch – Deutsche unter sich über die anderen. Herr Haupt hat schlechte Erfahrungen mit Ausländern gemacht – Herr Dahm nicht. Der Richter gibt zu bedenken, ob nicht möglicherweise ein gewisses Auftreten Ausländer provozieren könnte. Das sieht der Angeklagte anders. Er hatte auch schon Ärger mit »denen«, als er »ganz normale Sachen anhatte«. »Haben Sie überlegt, daß das Einzelfälle gewesen sein könnten?« Nein, darüber hat Christian Haupt nicht nachgedacht. Das will er aber nachholen – so wie er heute überhaupt »manches anders machen würde«. Was genau – das fragt der Richter nicht.

Obwohl dies zu erfahren, doch gerade interessant wäre, schließlich hat Haupt in der Tatnacht nicht einfach einen dummen Fehler gemacht oder sich in einer kritischen Situation unüberlegt verhalten, er hat gestanden, ohne Grund einen Mann, der am Boden lag, immer wieder mit schweren Stiefeln gegen den Kopf getreten zu haben. Der Richter ist aber dennoch vom Erfolg seiner pädagogischen Bemühungen überzeugt und nickt erfreut. Auch später, als der Angeklagte Christian Obrembalska, pflichtgemäß und wortkarg, eingesteht: »Ich verstehe das heute auch alles nicht. Wahrscheinlich war es, weil ich so viel getrunken habe, und da kam die Abneigung gegen Ausländer wieder hoch«, wird das vom Gericht als ausreichende Reuebekundung gewertet, und nicht einmal der Staatsanwalt kommt auf die Idee, zu fragen, was denn in Zukunft verhindern soll, daß »die Abneigung« noch einmal »hochkommt«.

Die zivilisiert wirkende, weil neutrale Atmosphäre, die das Gericht so gerne wahren möchte, die auch dem Staatsanwalt am Herzen liegt und die die Verteidiger von zwei der drei Angeklagten als nützlich empfinden, wird vor allem von Jürgen Rieger, dem Rechtsanwalt des dritten Angeklagten, Markus Helms, durchbrochen. Rieger ist ein erfahrener Anwalt, der das Heil seiner Mandanten durch stetige Offensive zu erreichen sucht. Er ist selbst als Nazi bekannt, besonders engagiert er sich in der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung«. Er hat Michael Kühnen ebenso vertreten wie Christian Worch, den Chef der Hamburger Nationalen Liste, er ist für den Chef-Propagandisten der »Auschwitz«-Lüge, Thies Christophersen, tätig geworden und hat als Verteidiger des SS-Mannes Arpard Wiegand die Einrichtung des Warschauer Ghettos durch die Nationalsozialisten als »seuchenmedizinische Maßnahme« dargestellt.

In diesem Prozeß versucht er als einziger der drei Anwälte, die Unschuld seines Mandanten zu beweisen, der vorbestraft ist, weil er wenige Monate zuvor schon einmal einen Ausländer angegriffen, zu Boden geworfen und mit Fußtritten gegen den Kopf schwer verletzt hat. Ein schwieriges Unterfangen, nicht nur weil Markus Helms den ganzen Abend mit den anderen Angeklagten verbracht hat, während der entscheidenden Zeit am Tatort war und von dort geflüchtet ist. An seinen »Doc Martens« findet sich auch Blut, das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von Ercan K. stammt, dessen Kopf, während weiter auf ihn eingetreten wurde, heftig geblutet hat. Das meint zumindest die Gutachterin. Rieger versucht, von diesem Sachverhalt abzulenken und herrscht die Gutachterin an, weil sie die angeblichen Unterschiede zwischen türkischem und deutschem Blut nicht berücksichtigt habe. Außerdem sei Helms Rechtsfüßer, die Blutanhaftung auch an seinem linken Stiefel also ein Beweis dafür, daß er nicht zugetreten, sondern nur dabei gestanden habe. Die Verhandlung gerät durcheinander, die Gutachterin muß noch einmal vernommen werden. Ein Punktsieg für Rieger.

Es bleibt nicht der einzige: Rieger erweist sich in den Verhandlungstagen als Meister in der Kunst, Zeugenaussagen falsch zusammenzufassen, sich stundenlang in Nebensächlichkeiten zu verlieren, so lange an Details herumzudeuteln, bis die Erinnerung an die Hauptsache verwischt ist. Daß die Zeuginnen und Zeugen ängstlich sind, einzelne aus Angst vor Repressalien und nach telefonischen Drohungen gar nicht aussagen wollen, eine junge schwangere Frau aus dem Umfeld der Skins, die das Schweigen brechen will, sich nicht in den Gerichtssaal traut, andere in der Hauptverhandlung gerade die belastenden Details nicht mehr so gut erinnern können, all das erleichtert dem Nazi-Anwalt seine Arbeit. Er kann auch

damit zufrieden sein, daß das Gericht alle Anträge von Andreas Beuth, dem Anwalt des Nebenklägers Ercan K., verwirft, die darauf zielen, die politischen Hintergründe der Tat auszuleuchten, zu klären, daß hier keineswegs nur zufällig und im Suff ein Türke fast zu Tode geprügelt worden ist. Niemand außer Beuth, seinem Mandanten und den Leuten aus der Antifa-Szene, die im Zuschauerraum dafür sorgen, daß die Stimmung erträglich bleibt, will wissen, wie eng die drei Täter mit der Nationalen Liste zusammenarbeiten. Das Gericht hält es für unerheblich, daß Markus Helms mit Andreas von Peinen, dem Bundestagskandidaten der Nazi-Gruppe, eng befreundet ist. Es reagiert ungehalten, als Rechtsanwalt Beuth Beweisanträge stellt, die die Teilnahme der Skins an Kameradschaftsabenden der Nationalen Liste zum Gegenstand haben.

Für das Gericht geht es nur um ein Körperverletzungsdelikt. Die ausländerfeindliche Gesinnung der Täter ist nicht so wichtig wie ihr hoher Blutalkoholgehalt zum Zeitpunkt der Tat. Den psychiatrischen Gutachten, die umfassend über frühkindliche Schockerlebnisse, Entwicklungsverzögerungen und leichte hirnorganische Schädigungen bei den drei Schlägern aufklären, wird größere Bedeutung beigemessen als ihren offenkundigen politischen Sympathien.

Rieger bekommt trotz der Entpolitisierung des Verfahrens oft genug Gelegenheit, in dramatischen Tönen zu schildern, wie in Deutschland allerorten und ständig Skins von »Ausländerbanden« überfallen und niedergestochen werden, »ohne daß die Medien darüber berichten«. Die Skins werden bei ihm zur unterdrückten, bedrohten und verfolgten Minderheit. Er findet sich selbst so überzeugend und ist sich seiner Sache schließlich so sicher, daß er den Hamburger Verfassungsschutz-Chef als Zeugen laden lassen will: Ernst Uhrlau soll bezeugen, daß in Hamburg mehr Skins von Türken überfallen werden als umgekehrt. Das Gericht stimmt zu.

Am Tag von Uhrlaus Auftritt vor Gericht scheint das erste Mal die Möglichkeit auf, daß der Prozeß doch noch zu seinem Thema findet: der Tatsache, daß es keine zufälligen Übergriffe alkoholisierter Jugendlicher sind, denen Ausländer in Deutschland zum Opfer fallen, sondern daß die Angriffe in der Regel politisch motiviert sind und immer öfter planmäßig durchgeführt oder wenigstens vorher abgesprochen werden. Auch die Bergedorfer Täter sind schließlich nach stundenlangem Gelage in ihrer Stammkneipe »Röpraredder« zusammen losgezogen. Aus der Bande ertönte der Ruf »Wir schlagen jetzt die Türken tot« (das Gericht unterstellte allerdings, die Angeklagten könnten das, was Zeugen am Straßenrand vernommen haben, inmitten des Pulks nicht gehört haben). Eine knappe Stunde später mußte Ercan K. in die Intensivstation eingeliefert werden.

Die Aussage von VS-Chef Uhrlau macht immerhin unmißverständlich klar, daß die Bergedorfer Skin-Szene eng mit der Nationalen Liste verflochten ist, die Skins als »Kampftruppe der Neonazis« in Erscheinung treten und die politische Rekrutierungsarbeit mittlerweile erfolgreicher ist als in früheren Jahren. Zum Glück für Rieger und seinen Mandanten ist die Aussageerlaubnis des Geheimdienstmannes beschränkt: Er darf keine Erkenntnisse über einzelne Personen preisgeben.

Riegers aggressiver Tonfall, die Tatsache, daß er in den Befragungen auch dann kein Ende findet, wenn er sein Ziel offensichtlich verfehlt hat, Fehlschläge wie die Zeugenaussage Uhrlaus sowie die Sorge des Richters, daß die zahlreich erschienene Öffentlichkeit nicht ihn, sondern Rieger als Herrn des Verfahrens sehen könnte, führen schließlich dazu, daß dessen offensive Taktik scheitert: Die Skins werden in diesem Verfahren nicht als die »wahren Opfer« anerkannt, die rassistischen Sprüche bewirken außer Unmut im Publikum und entnervten Reaktionen am Richtertisch wenig.

Nach Uhrlaus Aussage läuft das Verfahren andererseits aber weiter wie zuvor: Das Gericht will die politische Dimension, die es zur Kenntnis nehmen mußte, nicht weiter ausleuchten. Statt dessen erfahren die regelmäßigen Prozeßbesucher, daß Skins gerne trinken, um in der Gruppe lustig zu sein. Richter Dahm erweist sich als ahnungslos in Sachen »Oi-Musik« (die die Angeklagten hören), ist dafür aber Experte für militärisches Schuhwerk und erläutert dem Anwalt der Nebenklage den Unterschied zwischen einem Knobelbecher und einem Springerstiefel, und Jürgen Rieger beglückt die Öffentlichkeit mit einer positiven Prognose über das Sozialverhalten seines Mandanten: »Seit elf Monaten unterhält er eine stabile Beziehung zu seiner Verlobten und kann damit wahrscheinlich sein Familientrauma überwinden.«

Nach über zwanzig Verhandlungstagen, stundenlangen Plädoyers aller Anwälte und der freiwilligen Zahlung von ein paar hundert Mark Schmerzensgeld durch die Angeklagten Obrembalska und Haupt an Ercan K. ist der Prozeß zu Ende. Der Vorwurf des versuchten Totschlags ist zuletzt nur noch von der Nebenklage aufrechterhalten worden. Auch der Staatsanwalt findet schließlich, nach langatmigen Ausführungen, daß den Tätern ein vorsätzliches Handeln nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachzuweisen sei – dagegen spreche zum Beispiel, daß sie nach der Tat nicht triumphiert, sondern in der Wohnung, in die sie geflüchtet waren, betroffen zusammengesessen hätten. »In dubio pro reo« – im Verfahren gegen die Skinheads zeigt sich der Rechtsstaat von seiner rechtsstaatlichsten Seite.

»Im Namen des Volkes« werden die beiden geständigen und wenigstens nach außen hin reuigen Jugendlichen zu jeweils zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt, außerdem müssen sie jeweils achtzig Stunden Arbeit im Krankenhaus leisten. Markus Helms, der schließlich noch von seinem Kumpan Obrembalska belastet wurde, erhält wegen gefährlicher Körperverletzung und als Wiederholungstäter eine Strafe von drei Jahren Haft, die nicht zur Bewährung ausgesetzt werden darf. Während Ercan K. nicht fassen kann, daß zwei der drei, die ihn fast zu Tode geprügelt haben, wieder auf freiem Fuß sind und der dritte voraussichtlich im nächsten Jahr nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe entlassen werden wird,

hält Richter Dahm die von ihm verhängten Strafen, vor allem die für Markus Helms, zur allgemeinen Verblüffung für »besonders hoch«. Sie müßten auch so hart sein, erklärt er, um generalpräventive Wirkung zu zeitigen, was ja, wie sich gerade in Rostock gezeigt habe, dringend nötig sei.

»Diese Strafen stehen in keiner Relation zu sonstigen Strafen«, kommentiert Ercan K.s Anwalt Andreas Beuth das Resultat dieses Prozesses: »Es geht nicht darum, daß wir glauben, daß höhere Strafen ein Heilmittel sind, sondern daß hier Angriffe auf das Leben eines Menschen mit großer Rücksichtnahme und sehr zurückhaltend bestraft werden, während gegen Haschisch-Dealer oder Leute, die wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt sind, bedenkenlos durchgegriffen wird und zum Teil noch höhere Strafen durchgesetzt werden.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 9/92 über die August-Erklärung der RAF

Konkret 10/92, S. 22

J□ rgen Els□ sser

Haiders Europa

Am 7. September trat der rechtsradikale Chef der Freiheitlichen Partei □ sterreichs (FP□), J□ rg Haider, zum ersten Mal bei eine FDP-Veranstaltung auf, in Stuttgart-Bad Cannstatt. Unser Autor hat sich das □ B□ ndnis von Elite und Mob□ (Hannah Arendt) a der N□ he betrachtet

Was Haider zum Thema »Liberale Perspektiven für Europa« – so der irreführende Veranstaltungstitel – sagen würde, war eigentlich schon vorher klar. Zitat aus der FPÖ-Zeitung »Kärnter Nachrichten«: »In der Waffen-SS war das vereinte Europa schon verwirklicht. Alle Freiwilligen der Waffen-SS sind für ein vereinigtes Europa gleichberechtigter Völker eingetreten.«

Interessant war eigentlich nur noch, mit welcher Offenheit der FPÖ-Chef diese Message an sein Publikum bringen würde. Etwas Fingerspitzengefühl war schon gefragt, denn im Kursaal von Stuttgart-Bad Cannstatt hatten sich nicht nur tumbe Skinheads und Burschenschaftler in vollem Wichs versammelt, sondern vor allem BOSS-gestylte FDP-Mandatsträger und andere Biedermänner.

Vor allem muß bei so einer Premiere das Ambiente stimmen: Also plaziert man die Claqueure von der REP-Gemeinderatsfraktion mitsamt Schönhubers Kronprinzen Schlierer auf die Ehrenplätze in der ersten Reihe und verteilt an das wartende Fußvolk zur Einstimmung erstmal die rechtsradikale »Junge Freiheit«. Undeutsche Elemente mit bunten Haaren werden trotz gültiger Eintrittskarte nicht in den Saal gelassen, und wer sich doch durchschmuggeln kann, wird beim ersten Zwischenruf im Polizeigriff oder gefesselt wieder an die frische Luft gesetzt. »Raus, raus«, skandieren die Freunde der Meinungsfreiheit, zünftige Haider-Keit macht sich breit. Gut gelaunt erträgt man das Vorprogramm aus zweitrangigen Liberallalas. Dann kommt Er.

Seine Rede dauert keine Viertelstunde und hat keinerlei roten Faden. Er argumentiert nie, hangelt sich vielmehr von Witzchen zu Anekdötchen und verknüpft allerlei Zusammenhangloses. Konkrete Aussagen fehlen, die von der Presse erwarteten Stellungnahmen zum EG-Beitritt und zu Maastricht bleiben aus, konsequent vermeidet der Deutschnationale das Wort Bundesrepublik, um Österreich (Haider: »nationale Mißgeburt«) geht es nie. Die Zuspitzung erfolgt mittels weniger Schlüsselsätze, die ungezügelte Aggressionen freisetzen. Auf diese Chips lauert der Mob, und noch ehe sie ganz ausgesprochen sind, schlägt der Beifall zu.

»Die Linken und Kommunisten sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren«, verspottet er gleich zum Einstieg die Demonstration gegen seinen Auftritt. Das Publikum quittiert□s mit Gelächter und Schenkelklatschen, bewahrt sich den Haß allerdings für Wichtigeres auf. Die 2000 Antifaschisten, die sich unter dem Motto »Ein österreichischer Führer war schon zuviel! Nie wieder Deutschland!« vor dem Kursaal versammelt haben, stellen für Haider und seinen Anhang nur ein polizeiliches Problem dar, jederzeit beherrschbar. Viel mehr Wut entfachen die Attacken gegen die Presse. Lebhaft wird beklatscht, daß die Versammlung einen »Sieg der öffentlichen Meinung über die veröffentlichte Meinung« darstelle.

Auch in seinen Ausführungen zu Europa greift Haider nicht die Linke an – etwa die Endmoränen des Realsozialismus oder der europäischen Gewerkschaftsbewegung – , sondern das bürgerlich-demokratische System, das mit den Attributen des bisherigen Erbfeindes hergerichtet und zum Abschuß freigegeben wird. Die EG – so Haider – wiederhole »die gigantischen Fehler des Ostblocks und der Sowjetunion«. Darunter versteht er vor allem, daß sie »einen europäischen Einheitsmenschen als Pendant zum sowjetischen Einheitsmenschen« kreiere.

Der stürmische Beifall der deutschen Einheitsmenschen ebbt ab, als der Redner über Friedenspolitik zu sprechen beginnt.Das langweilt. Die Spannungskurve im Saal schnellt aber jäh wieder nach oben, als Haider den europäischen Frieden an dieselbe Vorbedingung knüpft wie Hitler:

»Friedenspolitik setzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker voraus«, insbesondere auch »Volksgruppen- und Minderheitsrechte in ganz Europa unter Einschluß der deutschen Volksgruppen«. So wurde 1938 die Tschechoslowakei und 1991 Jugoslawien zerschlagen. Das ist nicht nur ein Programm zur Zerstückelung, sondern auch zur Germanisierung Europas, denn Deutschland hat »seine« Minderheiten von der Etsch bis zur Wolga installiert. Schon heute werden sie mehr von Bonn aus regiert als von Moskau, Prag oder Warschau.

Wie barbarisch die Innenpolitik dieses völkisch zerrissenen und deutsch hegemonisierten Kontinents aussehen wird, verdeutlicht das »Menschenrecht auf Heimat«, das Haider in einer europäischen Verfassung verankert sehen will. Dieses sogenannte Menschenrecht, daß die sinnvoll unter diesem Begriff gefaßten Menschenrechte suspendieren würde, bedeutet nämlich: »Jene, die in einem Raum leben, haben das Recht zu entscheiden, wie viele sie bei sich aufnehmen möchten.« Der Mob, der diese Sätze zwei Wochen nach »Rostock« zu schätzen weiß, bedankt sich mit frenetischem Beifall, den Haider mit der Formulierung weiter anheizt, Deutschland dürfe kein Einwanderungsland werden, »in dem beliebig all das abgeladen werden kann...« – der Rest geht im Gejohle unter. Er sagt tatsächlich »abgeladen«, als ob es um Giftmüll gehe

und nicht um Menschen, und er wiederholt diese Metapher einige Sätze später noch einmal. Es sei besser, »rechtzeitig restriktiv zu sein als langfristig gutmütig – mit der Folge bewaffneter Auseinandersetzungen«, droht er schließlich. Das ist die völkische Klimax, die Leute springen auf, der Schlußapplaus geht über in rhythmisches Klatschen. Liberal, national, scheißegal – so eine Bombenstimmung gab□s bei der FDP noch nie.

Die Medien, die die Haider-Einladung durchaus als Skandal zelebriert hatten, blieben dem hier Zitierten gegenüber indifferent, nahmen es kaum zur Kenntnis. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Haiders Vorschläge zur Ersetzung eines supranationalen durch ein barbarisiert-völkisches Europa extrapolieren lediglich das, was von »taz« bis »FAZ« an der Zerschlagung Jugoslawiens bejubelt worden war und Genscher in der KSZE als »Minderheiten-Charta« bereits 1990 durchgesetzt hatte. Das affirmative Schweigen, mit der die bürgerliche Öffentlichkeit die »ethnischen Säuberungen« der kroatischen Seite bedachte, war der Prolog für die indirekte Propagierung von »Volksaufständen« (Kronawitter) oder von »bewaffneten Auseinandersetzungen« (Haider) für die Durchsetzung dieses Prinzips auch hierzulande.

Da die Kritik nie so recht ernst gemeint war, dürfte der weiteren Deutschland-Tournee des Nationalliberalen nicht mehr viel entgegenstehen. Mittlerweile liegen Haider nach eigenen Angaben 40 Einladungen von FDP-Gliederungen vor. Mindestens drei weitere Kundgebungen im Herbst sind schon fest terminiert. Auch die inhaltliche Assimilierung macht Fortschritte: Die Berliner Jungliberalen wollen auf dem nächsten Bundesparteitag fordern, die FDP »auf Basis nationalliberaler Positionen zu erneuern«. Und Manfred Roth, FDP-Ortsvereinsvorsitzender und Promotor des Haider-Auftritts in Stuttgart, hielt am Veranstaltungsabend die Zeit für reif, das Lob seines Idols für die Sklavenökonomie des III. Reiches noch etwas zu vertiefen: »Das war eine einmalige historische Leistung. Denn wir hatten sechseinhalb Millionen Arbeitslose, und den Nazis ist es einfach gelungen, nicht zu Kriegszwecken, diese Nichtbeschäftigten von der Straße zu holen.«

J□ rgen Els□ sser hat gerade das Buch □ Antisemitismus □ das alte Gesicht des neuen Deutschland□ ver□ ffentlicht (Diet□ Verlag Berlin, 176 Seiten, 19.80 Mark)

Konkret 10/92, S. 24

André Brie

Bismarck in Lichtenhagen
Not macht erfinderisch

In Erwiderung auf einen Beitrag des Chefredakteurs des »Neuen Deutschland«, Wolfgang Spickermann, der die Gründung der ostdeutschen »Komitees für Gerechtigkeit« als einen Versuch gelobt hatte, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in KONKRET8/92 der Protestbewegung in der ehemaligen DDR eine »Deutschland-zuerst«-Brutalität attestiert und vermutet, sie könne »nur extrem rechte Konturen haben«. KONKRET setzt diese Debatte mit einem Beitrag des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden André Brie fort, auf den wiederum Ebermann und Trampert antworten

Bismarck bereicherte die Weltgeschichte um die Emser Depesche. Am 13. Juli 1870 hatte der französische Gesandte sich dem Preußenkönig Wilhelm auf der Kurpromenade in Bad Ems etwas undiplomatisch genähert, und Bismarck, der per Telegramm in Berlin über dieses Zusammentreffen informiert worden war, formulierte aus dieser sachlichen Vorlage erbost einen Text, der nicht ganz folgenlos für den Fortgang der europäischen Geschichte bleiben sollte. Diese Redigierübung gilt auch deshalb als klassisch, weil der Redakteur beispielhaft weder unzulässig gestrichen noch Erfundenes hinzugefügt hatte. Bismarck wußte ganz einfach die Sprache zu beherrschen, er polierte lediglich die getroffenen Aussagen auf und erzeugte damit eine gänzlich andere Wirkung – nämlich die von ihm beabsichtigte.

Nun sind Rainer Trampert und Thomas Ebermann weit davon entfernt, dieser historischen Vorlage auch nur annähernd zu gleichen (und das nicht nur, weil drei Rennpferde noch keinen Fürstenhof machen). Aber sie weisen dennoch eine gewisse Ähnlichkeit mit jenem namhaften preußischen Redakteur auf, zumindest liegt dieser Schluß nach der ärgerlichen Lektüre ihres Beitrags nahe. Ständig sieht man sie nämlich mit hochroten Ohren über das »Neue Deutschland« gebeugt sitzen, man spürt in jedem Absatz ihren Eifer, wie sie Zitatfetzen aus Interviews, Aufrufen und Erklärungen aneinanderfügten, um jene argumentativen Beweise zu gewinnen, die ihre denunziatorische Unterstellung belegen. Und die heißt: Die Komitees für Gerechtigkeit – d.h. Gysi, Diestel, Grehn, Thalheim etc. – , Kohl, Stoiber, Haider, Hitler ist alles eine nationalistische (braune) Soße. Und dann kommen sie, die sich wie alle deutschen Gelehrten auf einen reinen Wein verstehen, lassen das Faß auslaufen und bieten das reine Wasser der Philosophie. Ach, wenn man an der Alster gut lebt, läßt sich auch klugscheißen über eine Wirklichkeit, der man nicht teilhaftig sein muß.

Doch man muß die Äußerungen der beiden ernst nehmen. Nicht, weil sie das generelle Dilemma von Westlinken sichtbar machen, nach dem Verschwinden der Bipolarität der Welt keine Stellvertreterkriege mehr zu haben, die für sie die antikapitalistische Drecksarbeit machen, und darum einer identitätsstiftenden Idee verlustig gingen. Nein, die beiden erheischen Aufmerksamkeit, weil sie die neue Protestbewegung nicht nur als Nachfolger der unsäglichen Nationalen Front der DDR diffamieren, sondern – da gehen sie noch weiter als die bürgerlichen Kritikaster – sie stellen sie sogar neben die nationalistische Front unseligen Angedenkens. Ihr Schlüsselsatz lautet: »Wir kritisieren also das Projekt ausdrücklich nicht als ›illusionär-reformistisch‹, sondern als Vorboten einer sich formierenden ›Deutsche-zuerst‹-Brutalität, die nur extrem rechte Konturen haben kann.« Entsprechend rassistisch und faschistoid ist deshalb auch das von Trampert/Ebermann verwandte Vokabular, das in bewußter Nähe zu Zitat-Fragmenten von Komitee-Mitgliedern plaziert wird. So entsteht der gewollte Eindruck ostdeutscher Autorenschaft. Keiner der Initiatoren des Komitees, keine Frau und kein Mann mit Verantwortung haben jedoch jemals die Ostdeutschen öffentlich etwa als »Ost-Türken«, »Kolonialneger« oder »Indianer« tituliert, um das Maß eigener Demütigungen zu beschreiben. Es bedarf nämlich keiner chauvinistischen Vergleiche, um zu erklären, wie sehr sich viele Ostdeutsche als Fremde im eigenen Land fühlen.

Alles fließt, die Welt verändert sich, ideologische Tempel und Potemkinsche Dörfer sind eingestürzt, doch Thomas Ebermann und Rainer Trampert legen davon unberührt ihr altes Erfahrungsraster auf die neue politische Landschaft. Natürlich ist der Kapitalismus noch Kapitalismus, und gewiß ruiniert er die Menschheit, aber so lange keine mehrheitsfähige, von Völkern bewußt erstrebte, praktikable gesellschaftliche Alternative in Sicht ist, muß man mit den Realitäten wirtschaften und nicht mit Fiktionen. Nur so kann man verhindern, daß aus Visionen Illusionen werden. Deshalb sind ja auch beispielsweise alle Wirtschaftsprogramme der PDS schlecht: Hätten sie den notwendigen Umsturz aller Produktionsverhältnisse zum Ziel, wären sie unrealistisch, weil gegenwärtig nicht realisierbar; doktern sie vernünftigerweise am marktwirtschaftlichen Detail, fehlt der revolutionäre Impetus. Was tun?

Die deutsche Realität ist nun mal so, wie sie ist, man mag sie verfluchen, verdammen oder für gut befinden, aber man muß sie bitteschön zur Kenntnis nehmen. Und Schlüsse ziehen, wenn man mit ihrem Zustand unzufrieden ist. Das machen Ebermann und Trampert nicht – sie denunzieren lediglich jene, die ihre Unzufriedenheit offenbaren. Die Gescholtenen aber sind nicht unzufrieden, weil sie sich als Passagiere in der zweiten Klasse der Deutschen Bundesbahn wähnen, sondern weil sie denken, daß der Zug auf der falschen Schiene fährt und an der nächsten Weiche besser umgeleitet werden sollte.

Trampert und Ebermann versuchen, mit acht Behauptungen ihre irrige These zu stützen. Erstens hätten die Komitee-Mitglieder das Wesen der Marktwirtschaft nicht begriffen, sie verlangten von diesem System eine Gerechtigkeit, die dieses nicht besäße. Zweitens hätten sie Angst vor europäischer Überfremdung, drittens hielten sie sich für die besseren Deutschen, weil die im Westen dekadent wären (deshalb kämpfe man auch gemeinsam mit Edmund Stoiber für die »Rettung der deutschen Familie«). Viertens schließlich definiere man sich nicht »über Klassen, Schichten, Geschlecht oder nur allerlei liebenswerte Eigenschaften«, sondern nationalistisch, die Deutschen schlössen sich nunmehr zu »konkurrierenden Volksgemeinschaften« zusammen. Fünftens würde diese »nationale Erhebung« über kurz oder lang nach einem »Führer« rufen. Sechstens ließe »selbstredend« (na wie denn sonst) diese »nationale Front zur Verteidigung des Volkswillens keinen Raum mehr für linke Ideen«. Siebtens seien die Komitees mit dem kapitalistischen System verbunden: Indem sie mit einstimmten in die aktuelle »Kritik an den unproduktiven schmarotzenden Politikern und Parteien«, sicherten sie »dem Kapital seine Unantastbarkeit«. Achtens und letztens reaktivierten solche Komitees die »grausamste deutsche Tugend, (die) des ewigen Dienens fürs Gemeinwohl«. Summa summarum: »Die Botschaft des ›Komitees für Gerechtigkeit‹ lautet: Mit uns ist realisierbar, was Helmut Kohl nur versprach.«

Wo nur haben die beiden DAS herausgelesen? Sind Falsifikate des Aufrufs im Umlauf? Trampert und Ebermann scheuen in ihrer »Beweiskette« nicht einmal davor zurück, den – offenbar wie sie – der Realität gänzlich entrückten Honecker als Kronzeugen aufzurufen. Der habe wenigstens »noch vor der Wiedervereinigung gewarnt«, aber »Distel, Gysi, Eppelmänner und Leipziger« hätten sie nach Kräften befördert, »ohne sich heute selber zur Verantwortung zu ziehen«. Honecker hat, vielleicht ist das schon vergessen, auch erklärt, daß die Mauer noch in 50 oder 100 Jahren stehen würde ... Daß eine ausschließlich politisch-ideologisch begründete Teilung Deutschlands zu Ende gehen mußte, sobald die Begründung verschwinden würde, war eine objektive Tatsache. Ob Distel & Co. nun mitgemacht haben oder sich dagegen gestemmt hätten. Gysi, dies sei der historischen und von beiden Autoren gebeugten Wahrheit zuliebe angemerkt, hat im übrigen absolut nichts die deutsche Einheit Beförderndes unternommen, sofern nicht seine Auftritte als Quoten-Ossi in West-Talk-Shows in diese Kategorie fallen. Selbst wenn er solches vorgehabt hätte, wäre auch das verhindert worden, da Gysi bekanntlich der falschen Partei vorsteht. Er kann sich darum auch nicht aus der Verantwortung stehlen: man hat ihn ja erst gar nicht in eine solche gelangen lassen.

Die beiden Autoren führen in ihre Polemik gegen die Komitees für Gerechtigkeit Begriffe ein, für die Julius Streicher das Copyright hält. Sie schreiben beispielsweise von »deutscher Blutsverwandtschaft« und »deutschem Erbgut«, von »Dolchstoßlegende« und »Weltverschwörung«, nennen Nietzsche, Schopenhauer und Wagner beim Namen und erzeugen damit Grusel und Abscheu bei jedem halbwegs politisch Aufgeschlossenen. In diesen Dunstkreis werden die Komitees gehievt. Diese aber beschwören nicht das vermeintlich gemeinsame Blut, wie unterstellt, sondern die gemeinsame Verantwortung, die West- und Ostdeutsche für dieses Land haben – unbeschadet davon, ob sie dieses nun mögen oder nicht. Man muß nicht die Geschichte bemühen, um zu beweisen: Wenn ein Volk unfähig ist, Frieden im eigenen Hause herzustellen, wird es auch nicht in der Lage sein, Frieden mit seinen Nachbarn zu halten. Bekanntlich gibt es aber nichts Wichtigeres, als im Frieden zu sein. Auch wenn ein Herr Haig einmal anderer Auffassung war und nun ungewollt zwei Apologeten bekam. Und es wird zu Unfrieden führen, wenn auf Dauer jeder zweite Ostdeutsche arbeitslos ist, keine Perspektive hat und psychisch und physisch unter der Bürde seiner Verpflichtungen zusammenbricht. Die Konsequenzen sind unabsehbar – aber dann wirklich jene einer gefährlichen Rechtsentwicklung.

Der Frieden, den wir meinen, hat weder mit Wilhelms Burgfrieden zu tun (wir kennen durchaus Parteien), noch etwas mit der Grabesstille eines Friedhofes. Es gibt objektive Interessengegensätze von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Regierenden und Regierten, von Reichen und Armen. Die können nicht überbrückt oder negiert werden, die sollen und müssen offen und laut ausgetragen werden. Unter anderem mit diesen Komitees für Gerechtigkeit, die eben keine spezifisch ostdeutsche Angelegenheit sind. Sie wollen Sprachrohr all jenen in Ost- und Westdeutschland sein, die ihre Interessen nicht ausreichend durch das gegenwärtig bestehende politische System der Bundesrepublik Deutschland vertreten sehen – und das betrifft nicht nur die Menschen ganz unten. Die Komitees wollen da weitermachen, wo die Polit-Profis aufhören: aus Resignation, Fraktionszwang, wirtschaftlicher Abhängigkeit, Angepaßtheit, Angst oder Duckmäuserei. Und sie wollen damit zugleich braunen Populisten das Wasser abgraben, die den Unmut auf ihre Mühlen leiten wollen.

Parteien sind politische Erfindungen des 19. Jahrhunderts, die grundsätzliche Struktur der Gesellschaft ist nicht wesentlich jünger. Sie sind in Frage zu stellen, weil sie nachweislich die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben. Man kann es auch anders formulieren: Sie stecken in einer Sackgasse. Die Komitees sind ein Versuch, aus dieser herauszukommen. Ob er gelingen wird, steht dahin – aber man muß es wieder und wieder versuchen und sich nicht mit dem Bestehenden abfinden. Ebermann und Trampert bieten nur ihre konventionellen Erklärungsmuster an und sind in dieser Hinsicht konservativer als die »FAZ«. Aus ihnen spricht nicht der Marxsche Zweifel, den dieser an den Anfang jeglicher Tätigkeit – auch der analytischen – gesetzt sehen wollte. Es ist die Angst von Etablierten, die um ihre Spielwiesen fürchten.

Der Universalhistoriker Prof. Imanuel Geiss von der Universität Bremen erklärte unlängst, er halte einen Bürgerkrieg in Deutschland nicht für gänzlich ausgeschlossen, wenn sich die gegenwärtige Entwicklung fortsetze. Man müsse daher alles, was zur Vertiefung der Gegensätze zwischen Ost- und Westdeutschen führe, entschieden verhindern, jede weitere

emotionale Aufladung etwa durch denunziatorische Beiträge in den Medien über bestimmte Volksgruppen habe zu unterbleiben...

Die Emser Depesche übrigens lieferte die Initialzündung für den Deutsch-Französischen Krieg. Aber gottlob, Thomas Ebermann und Rainer Trampert haben nicht Bismarcks Format.

André Brie schrieb in KONKRET 1/92 über die Bemühungen der Treuhand, die PDS administrativ zu liquidieren

Konkret 10/92, S. 26

Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Bismarck in Lichtenhagen
Für uns unerreichbar

In Erwiderung auf einen Beitrag des Chefredakteurs des »Neuen Deutschland«, Wolfgang Spickermann, der die Gründung der ostdeutschen »Komitees für Gerechtigkeit« als einen Versuch gelobt hatte, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in KONKRET8/92 der Protestbewegung in der ehemaligen DDR eine »Deutschland-zuerst«-Brutalität attestiert und vermutet, sie könne »nur extrem rechte Konturen haben«. KONKRET setzt diese Debatte mit einem Beitrag des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden André Brie fort, auf den wiederum Ebermann und Trampert antworten

Als Antwort auf André Brie wollen wir die Reaktionen des sozialistischen Spektrums auf die Rostocker Pogromnächte beleuchten. Das trägt zum Verständnis der geistigen Verfassung dieser Gesellschaft bei und widerlegt nebenbei hinreichend den Vorwurf, wir hätten in unserem letzten Beitrag Sozialisten samt ihrem Bündnisspektrum denunziert. Da wir nicht ständig mit Beteiligten am Tisch sitzen, müssen wir unsere Recherchen auf die einzige »sozialistische Tageszeitung«, das »Neue Deutschland« (»ND«), sowie öffentliche Reden und Verlautbarungen der PDS und des Komitees für Gerechtigkeit konzentrieren. Wir nehmen den Nachteil in Kauf, daß dadurch ein geschöntes Bild vermittelt wird, weil PDS-Genossen am Basdorfer Biertisch selbstverständlich deftiger auspacken. Wir wünschen uns, daß Leserinnen und Leser aus diesem Spektrum sich, anders als André Brie, vorurteilsfrei mit einer schlechten Nachricht beschäftigen, statt den Überbringer zu »erschlagen«.

Am Tage nach der ersten Pogromnacht von Rostock-Lichtenhagen (24.8.) nahm sich das »ND« in der ihm eigenen Ausgewogenheit vor, nicht »alle Fremden über einen Kamm (zu) scheren«, was allerdings nicht dazu führen dürfe, »das Problem« zu verharmlosen, »vor allem, weil keiner, auch nicht die, die ›Ausländer bleiben‹ an Häuserwände sprayen, eine Patentlösung... in der Tasche haben«. Patentlösungen gegen Rassisten? Nein, gegen »gesetzesbrecherische Zeitgenossen« unter den Ausländern, denn »Autos verschwinden gen Osten, unverzollte Zigaretten und sogar Drogen kommen als Gegenleistung«. Zwar wäre Innenminister Seiters nach Warschau gereist, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, aber »wirkliche Kriminalitätshemmer scheinen nicht in seinem Gepäck gewesen zu sein«. So wuchert das fremde Verbrechen weiter, weil die Politiker ein ums andre Mal versagen. Auch als »in den vergangenen vier Monaten sich Anwohner wegen Lärm- und Schmutzbelästigungen... beschwert« hatten, sei nichts geschehen.

Wer sich noch immer über die »Selbsthilfe« der Lichtenhagener wunderte, bekam am Tage nach der zweiten Pogromnacht (25.8.) im »ND« das Schicksal des Dr. Keßler serviert, der »von einer Gruppe junger Roma in der Leipziger Innenstadt überfallen und ausgeraubt« worden sei, und da die Leipziger Polizei beteuerte, daß »sein Erlebnis leider kein Einzelfall« sei, überrascht es nicht, daß Ostdeutsche nach jedem Überfall »als erstes die Frage« stellen, »ob es ein Ausländer war«. Wenngleich sie eine gewisse Pauschalisierung enthalte, könne man auf diese Frage »wohl nicht« antworten, »indem man sie einfach ignoriert und damit den Rassisten das Feld überläßt«, schließlich fordere Herr Dr. Keßler »zu Recht..., einen Trennungsstrich zu den Kriminellen zu ziehen«, um so »zu zeigen, daß diese nicht repräsentativ für das Volk der Roma sind«. Und weil eben die Deutschen für ihren Rassismus nicht verantwortlich gemacht werden sollen, sondern es »von Ausländern verübte kriminelle Handlungen« seien, »die Wasser auf die Mühlen gießen«, wäre die Vertreibung der kriminellen Elemente obendrein geradezu eine antifaschistische Großtat.

Folgerichtig habe Herr Dr. Keßler den Zentralrat der Roma in Heidelberg aufgefordert, er solle gefälligst »auf Angehörige seines Volkes einwirken, solch schlimme Praktiken zu beenden«. Als das »ND« noch einmal beim Zentralrat nachhakte, wurde ihm dies »als rassistische Agitation« vorgehalten. Schlußwort eines über derlei Renitenz empörten Sozialisten: »Dies kann wohl kaum die angemessene Form sein, mit einer so vielschichtigen und sensiblen Problematik umzugehen.«

Die Reaktion des Zentralrates war zweifellos die einzig angemessene. Das »ND« beteiligte sich an der Umwandlung der Opfer in Täter, die nun die Verantwortung dafür übernehmen sollten, die mordlüsternen deutschen Rassisten von ihrer Paranoia zu befreien. Allein diese Zuweisung der Verantwortung legt das Vorurteil offen, jedwede kriminelle Handlung von Roma beruhe auf einer dem Volk innewohnenden Triebhaftigkeit. Welcher Zentralrat ist eigentlich ethnisch zuständig für die laut Kriminalstatistik – bereinigt um Grenzverletzungen – zu etwa 98 Prozent von Deutschen verübten Kriminaltaten in Vorpommern? Die pommersche Landsmannschaft? Vermutlich hätte der zitierte Sozialist einen Appell am Tage nach der Reichspogromnacht an eine jüdische Vereinigung scharf verurteilt, in dem diese aufgefordert worden wäre, sie solle die Missetaten der Juden abstellen, auf die sich die Nationalsozialisten schließlich »zu Recht« berufen würden. Gegenwärtig den allgemeinen Trend zu negieren, fällt wohl doch um einiges schwerer als dies im Rückblick und bloß theoretisch für sich in Anspruch zu nehmen. Wie schamlos müssen Leute sein, die angesichts der Rostocker Pogrome täglich neue Missetaten von Roma melden, um dann unter der Vorgabe einer Hilfeleistung den Roma zu empfehlen, sich von »kriminellen Elementen« zu trennen, um die in Verdacht geratenen Ausländer zu erlösen.

Es folgt das, was wir schon ahnten. Am Tage nach der dritten Pogromnacht läßt das »ND« eine Lichtenhagenerin feststellen: »Ich weiß nicht, was die Randale gegen die Vietnamesen sollte« (26.8.), denen schließlich kein Müßiggang vorzuwerfen war, »uns stören ja die Zigeuner... Unsere schöne Rasenfläche haben die... frech sind sie auch.« Nach weiteren zwei Tagen rief das »ND« endlich nach Konsequenzen: »Gewaltverhinderung beginnt dort, wo gegen das Motiv angearbeitet wird, das zum Aufheben eines Steins führt... Wären Beamte zur Bearbeitung tausender Asylbewerberanträge in gleich konzertierter Aktion eingesetzt worden, wie man Polizei herbeikarrt – vielleicht wäre schon das ein kleiner Schritt gewesen, Katastrophen zu verhindern« (28.8.). Das Motiv für rassistische Pogrome ist demzufolge die pure Anwesenheit des Ausländers. Wäre das Motiv durch eine schnellere Antragsbearbeitung beseitigt worden, hätte kein Deutscher einen Stein aufheben müssen. So einfach ist das.

Nachdem die Verfolgten selber zu Tätern gestempelt waren, konnte man sich wieder den von der Vorstellung einer globalen Verschwörung gepeinigten Ostdeutschen – einem der konstitutiven Elemente für die Komitee-Gründung – zuwenden. »In einer Art negativer Genüßlichkeit«, habe man festgestellt, »weiden sich Sprecher etablierter Parteien und Fernsehreporter an den rassistischen Exzessen... bedienen sie doch hervorragend das Vorurteil, daß von den Ossis ja nichts anderes zu erwarten war«. Obwohl die hier Angesprochenen ausschließlich Ehrenerklärungen für die Ostdeutschen abgegeben hatten, nahm das ewige Opfer seinen Lauf. Die Ostdeutschen waren nicht nur von den Ausländern tagtäglich bedroht worden, sondern gingen bereits der nächsten Bestrafung entgegen: »Wer wagt nach Rostock noch dagegen aufzumucken, daß die Warnowwerft... den Bach runtergeht oder daß Lübeck den Vortritt bei der olympischen Segelregatta erhält?« So erfülle all das, was in Rostock geschah, einen »Doppelzweck: Ausländer ab- und Ostdeutsche niederzuhalten« (1.9.). Nicht auszudenken, wie Lichtenhagener reagieren, wenn sie nicht nur unter einer Neubausiedlung zu leiden haben, sondern zudem unter Olympiaentzug.

Wenden wir uns der einmaligen Chance zu, die PDS-Abgeordneten am 28. August geboten wurde, als das Fernsehen die Debatte des Schweriner Landtags übertrug. Ihr Fraktionsvorsitzender, Götz Kreuzer, erläuterte uns seine Version der Ursachen der Katastrophe: »Wir sehen Ursachen für die Ereignisse... in der Tatsache, daß über Monate hinweg berechtigte Anliegen und Forderungen der Menschen verschleppt wurden.« Mit »Menschen« meinte er ausschließlich Deutsche, und die »berechtigte« Forderung war: Ausländer weg. Des weiteren resultiere der »Zorn, der sich zunehmend in weiten Teilen der Bevölkerung entlädt«, aus »sozialen, wirtschaftlichen, rechtsstaatlichen u.a. Defiziten aus der mecklenburgisch-vorpommerschen Variante der Bonner Anschlußpolitik«. Als zu diesen die instinktlose Entscheidung hinzugekommen sei, »die zentrale Aufnahmestelle mitten in ein dicht besiedeltes Wohngebiet zu legen«, und dann der Ausländer-»Stau nicht abgebaut« worden sei, hätten die »Bedrängnisse« die »Menschen über Gebühr belastet«. Noch einmal: Der entscheidende »Baustein der Katastrophe« war, Götz Kreuzer zufolge, »daß auf die... Forderungen der Bevölkerung... unzureichend reagiert wurde«, also die »berechtigten Bürgerproteste« der »Lichtenhagener Bürgerinitiative« nicht ernst genommen worden seien. Für den PDS-Politiker, der derlei vortrug, sind allein die Ausländer die Ursache des Lichtenhagener Pogroms, und unaufhörlich beklagt er, daß die Forderungen der Wütenden nicht schneller erfüllt wurden.

Festhalten wollen wir noch den Hinweis auf die beschissene soziale Lage der Deutschen im Osten. Sie spielt auch die Hauptrolle in der spärlichen Stellungnahme des Komitees für Gerechtigkeit zur Jagd auf Ausländer in der ehemaligen DDR. Das Komitee schlachtet die Pogrome für »die Probleme, mit denen wir (Ostdeutschen) in unserem täglichen Leben konfrontiert sind«, aus. Entsprechend wurde die antirassistische Demonstration in Lichtenhagen zu einer »nach Beseitigung der sozialen Ursachen« zielenden uminterpretiert und so ihres Sinngehalts beraubt. »Arbeitsplätze zu schaffen, wäre da das Weitestgehende« gegen den Rassismus, war auch die Auffassung von Angelika Gramkow, einer weiteren PDS-Rednerin im Schweriner Landtag.

Der Wunsch nach Verbesserung der sozialen Lage vieler Ostdeutscher muß respektiert werden, diese hat allerdings mit dem Rassismus nichts zu tun, es sei denn, man hoffte, die Lichtenhagener würden in ihren Betrieben so ausgebeutet, daß sie abends müde ins Bett fallen und so daran gehindert werden, Mordversuche an Ausländern zu bejubeln. Es fällt doch auf, daß unter den Sprechern der »Bürgerinitiative« eine Physiotherapeutin, ein Zahnarzt, ein Facharbeiter waren – mit jeweils guten Arbeitsplätzen. Würde eine Verbesserung der sozialen Lage den Rassismus beseitigen, müßte man doch heute schon problemlos Asylbewerberheime in den Stadtbezirken der gutsituierten Kreise einrichten können. Anders gesagt: Wie ist es erklärbar, daß Roma, Vietnamesen, Mosambiquaner u.a. sich in einer unvergleichlich schlimmeren sozialen Situation befinden, ohne daß sie kollektive Mordgelüste entfalten? Wie kam es, daß der Nationalsozialismus rassistische Ressentiments mobilisierte, die bis zum millionenfachen Massenmord reichten, und ihm gleichzeitig zugestanden wird, er habe Arbeitsplätze geschaffen und für Vollbeschäftigung gesorgt?

Alle Straßenbefragungen decken etwas anderes auf. In den Antworten sprudeln die Phantasien: Zigeunerfrauen tragen keine Unterhosen, Zigeuner arbeiten nicht, sie feiern bis zum Morgengrauen, sie pissen frech auf den Rasen und holen sich zusammen, was sie zum Leben benötigen, sie vergewaltigen usw. Eine lange Liste offensichtlicher Projektionen. Eigene Wünsche und Gefühle, die dem industriellen Automaten abtrainiert worden sind, werden in deformierter Form auf andere übertragen. Da staut sich Genußunfähigkeit und entlädt sich wütend gegen jene, denen die Phantasie Lebendigkeit noch zutraut. Selbst »im läppischen Zeitvertreib des Totschlags« wird »das sture Leben bestätigt, in das man sich schickt«

(Horkheimer/Adorno). Gibt es dafür eine handfestere Bestätigung als die Mordlust des durch Alkohol enthemmten Deutschen, der in jede Ecke pißt und kotzt, der bis zum Umfallen feiert und vor dem keine Frau mehr sicher ist?

Derartige Eigenheiten sind natürlich keineswegs spezifisch ostdeutsche. Immerhin aber hat die Anschlußpolitik ein spezifisches Ressentiment befördert. Und wo es eine ideologische Sanktionierung von Pogromen durch Kollektiv und Staat zuvor nicht gab, wirken die Forderungen der neuen Autoritäten, schnell gegen »Schwemme« und »Flut« Schutzmaßnahmen zu ergreifen, möglicherweise besonders befreiend und stimulierend. Auch ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Wiedervereinigung nationalistischen Mist in die Köpfe gesetzt hat, der ja stets nach Abgrenzung strebt. Alle Willensbekundungen, aufgrund von Blutsverwandschaft und Vaterlandszugehörigkeit mit den Westdeutschen gleichgesetzt werden zu wollen, klagen ein Sonderprivileg ein, welches den »Fremden« nicht gleichermaßen zugestanden wird.

Aber noch einmal zurück zu André Brie und seiner Methode, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen. Er wirft uns vor, wir würden »unberührt« unser »altes Erfahrungsraster auf die neue politische Landschaft« anwenden. Tatsächlich sind wir nicht beteiligt am Wettlauf derer, die an die Spitze des jeweils »Neuen Denkens« sprinten wollen. Wir hatten sogar gehofft, dieser Quark sei durch Gorbatschow gründlich blamiert. Brie hat sich dazu entschieden, über jedes von uns vorgestellte Zitat, das Nationalismus, Rassismus und Deutschtümelei bei den »Komitees« und der PDS bewies, souverän hinwegzugehen und statt dessen festzustellen, wir hätten lediglich »denunziatorische Unterstellungen« anzubieten: »Wo haben die beiden das nur herausgelesen? Sind Falsifikate im Umlauf?«

Das ist die Methode der Immunisierung der eigenen Reihen und ein geradezu kämpferischer Versuch, die Debatte um Nationalismus und Rassismus in der PDS und den Komitees als völlig überflüssig abzutun. Daran ist nichts neu. Ungefähr gleich uralt ist die Methode, statt die Auseinandersetzung zu führen, der eigenen Anhängerschaft zu erklären, was die Motive ihrer Kritiker sind. Da ist die »Enthüllung«, wir besäßen »drei Rennpferde«, ebenso sachdienlich wie der Hinweis, an der Alster ließe es sich gut leben, was schließlich sich so zusammenfassen läßt: »Es ist die Angst von Etablierten, die um ihre Spielwiese fürchten.« Früher hatten die DKP und die SED eine wahre Meisterschaft darin entwickelt, Kritikern nachzusagen, ihr Standpunkt sei »kleinbürgerlich« und also auf Klassenlage oder Klassenherkunft zurückzuführen. Das war nicht immer erfolglos und hat jedenfalls seinen Anteil an der Verblödung dieses Milieus. Seit der Studentenbewegung hat manchen sozialdemokratischen Funktionär die Frage: »Hast du überhaupt schon mal richtig gearbeitet?« aus tausend Nöten befreit. Dieses Muster nun á la Wohnort an der Alster abzuwandeln, ist eine schwache Variation, die aber das Wesen der »Komitees« korrekt widerspiegelt.

Langjährig erprobt ist übrigens auch, sich zum Zwecke des Immunisierens die Frage zu stellen, warum der Kritiker sich nicht mit anderen Fragen befaßt. Das »ND« zu kritisieren, nutzt das nicht der Regierung, den Rechtskräften, früher dem »Klassenfeind«?

Solange die Völker nichts anderes wollen, »muß man mit den Realitäten wirtschaften«, schreibt Brie. Wir wußten, daß derjenige weg vom Fenster ist, der den »Wählerwillen nicht vollstreckt«, schon von ungezählten Sozialdemokraten, die sich in sentimentalen Momenten mal genötigt fühlten, ihre Sauereien zu erklären. Das (ost)deutsche Volk als Auftraggeber für eigenes Handeln vorzuschieben, ist die eine Sache, die »objektive Bedingung« eine andere. Daß die »staatliche Teilung Deutschlands zu Ende gehen mußte..., war eine objektive Tatsache«. Wer sich, so die Botschaft, gegen den Lauf der Welt, gegen Naturgesetze und andere Unabänderlichkeiten auflehnt, ist ein Idiot. Wer mitmacht in einem Prozeß, der auch ohne unser Zutun vonstatten gegangen wäre, ist ohne Schuld. So gehören die Feststellung objektiver Tatsachen und der Verweis, man müsse mit den Realitäten wirtschaften, zum Repertoire jedes bürgerlichen Politikers.

Der spekuliert zu Recht auf das Kurzzeitgedächtnis des Publikums. André Brie belehrt uns, daß die »Komitees für Gerechtigkeit eben keine spezifisch ostdeutsche Angelegenheit sind«. Nun hatten wir in KONKRET eine Replik auf den Chefredakteur des »ND« verfaßt. Wie war noch der Titel seines Aufsatzes? Richtig: »Die Ostdeutschen kommen«. Es ging um eine »ostdeutsche Körperschaft zur Wahrung der Interessen« der »Anschlußgeschädigten«. Es ging um »das Projekt Ost-Partei« etc. Was können wir dafür, wenn das Projekt aus taktischen Gründen zwischenzeitlich ein leicht modifiziertes Image bekam? Sein Wesen bleibt.

Zitate, die zum Zwecke der Kritik präsentiert werden, sollten immer den Kern der kritisierten Meinung zum Ausdruck bringen. Wollte man sich mit André Brie in seiner Eigenschaft als einer der »Chefdenker« der PDS befassen, so schiene uns folgende Passage seines neuen Buches (»Befreiung der Visionen«) besonders geeignet, um seine Labereien auf den Punkt zu bringen: »Der verbreitete Hang zur Vereinfachung ist für die Perspektive linker Politik kontraproduktiv. Mein Ausgangspunkt ist, wie bei André Gorz, Rainer Land und Gregor Gysi, die Differenziertheit der modernen Gesellschaften und die damit verbundenen vielfältigen Widersprüche konsequent anzunehmen und nicht zu versuchen, eine Lösung zentraler Widersprüche (Individuum und Gesellschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, Mensch, Gesellschaft und Natur, Staat und Gesellschaft, Globalisierung und Regionalisierung usw. usf.) durch Beseitigung oder Unterordnung einer Widerspruchsseite zu erreichen. Wir werden uns vielmehr der sicherlich komplizierten, unbequemen und möglicherweise

sehr undankbaren Aufgabe unterziehen müssen, auf verschiedenen Ebenen – sozial, politisch, juristisch, ökonomisch – Vorschläge zu unterbreiten und durchzusetzen, wie diese Widersprüche ausgetragen werden können, wobei gesellschaftliche, ökologische und globale Interessen die Richtung der Widerspruchsentwicklung bestimmen müssen. Für ein Fazit ist es in jeder Hinsicht zu früh.«

Wer über so viele Worte ohne jeden Sinn nicht lachen muß, ist für uns unerreichbar.

Thomas Ebermann und Rainer Trampert schrieben in KONKRET 8/92 über die Protestbewegung in der ehemaligen DDR

Konkret 10/92, S. 30

Jan Philipp Reemtsma

Ein neues Element

In einem Beitrag f□ r die Zeitschrift des Hamburger Instituts f□ r Sozialforschung (□ Politik ist kriminalisierbar□ , □ Mittelweg 36 Nr. 3/92) hat Jan Philipp Reemtsma angeregt, □ ber M□ glichkeiten einer weltweiten Verfolgung von □ Regierungskriminalit□ t□ nachzudenken. In KONKRET 9/92 hat Hermann L. Gremliza diese □ berlegungen als Pl□ doyer f□ r ein Weltstrafgericht der historischen Sieger kritisiert. Reemtsma antwortet Gremliza

1. Seiner Kolumne im letzten Heft hat Hermann Gremliza zwei Zitate vorangestellt. Erstens: »Deutschland bemüht sich um die Bildung eines Internationalen Strafgerichtshofes. Die Kompetenz des Gerichts sollte die Tatbestände des geplanten □Kodexes der Verbrechen gegen die Menschheit□ umfassen« (aus der »FAZ«). Zweitens: »Die Grundsätze der Nürnberger Anklage sind: Politik ist kriminalisierbar; es kann geboten sein, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen ... Nürnberg ist ein Präzendenzfall gewesen, aber er hat keine Anwendung gefunden. Die politischen Ursachen dafür zu benennen, ist sehr einfach. Man sollte sie aber nicht mit Gründen verwechseln, denen beizustimmen wäre... (Nürnberg war ein) Versuch, neue internationale Normen zu schaffen und institutionell abzusichern... Das Hamburger Institut für Sozialforschung wird... die Frage zur Debatte stellen, ob und wie internationale Normen zu schaffen und institutionell abzusichern sind, die Regierungskriminalität im Sinn der Prozesse aus der unmittelbaren Nachkriegszeit unter Strafe stellen können« (Jan Philipp Reemtsma in »Mittelweg 36«). Die Kolumne hat den Titel »Honecker in Jerusalem«.

2. Ob die Texte, denen die Zitate entnommen worden sind, über Verwandtes reden, ist den Zitaten nicht zu entnehmen, die Verwandtschaft soll durch die Zusammenstellung gestiftet werden. Soll ich kontern?: »Wofür Deutschland Erich Honecker verfolgt, sind nicht Verbrechen in der DDR, es ist das Verbrechen DDR...« (Hermann L. Gremliza für das »Neue Deutschland«). Zweitens: »Hier kommt ein Schauprozeß auf uns zu, kein rechtsstaatliches Verfahren. Es soll ein Regime verurteilt werden...« (Rudolf Augstein im »Spiegel«). Was besagt diese Verwandtschaft? Oder was besagt der Satz weiter unten in der Kolumne von den »neuen Zivilisationstheoretikern, die sich nach dem Debakel ihrer Hoffnungen auf eine politische Revolution des Proletariats in Osteuropa auf das □Konzept eines Weltbürgerrechts□ geworfen haben«, anderes, als daß er hätte in der »Welt am Sonntag« stehen können? Das ist mir allerdings vergleichsweise schnuppe, da es mit dem, was ich geschrieben habe, kaum etwas zu tun hat. Über Sinn und Unsinn, speziell Honecker vor irgendeinen Gerichtshof zu stellen sowie die damit verbundenen Rechtsfragen habe ich nichts geschrieben.

3. Die Kolumne beginnt so: »Die Vorstellungen einer Weltregierung, einer Weltpolizei und eines (weltlichen) Weltgerichts ist alt, älter als die Vereinten Nationen...«. Ich habe weder von einer (neuen) Weltordnung, einer Weltpolizei, einer Weltregierung, nichts von einem Weltgerichtshof geschrieben, und schon gar nichts von einem Weltgericht, sei es weltlich oder sonstwie. Warum die Unterstellung, ich hätte? Was habe ich nun in »Mittelweg 36« geschrieben? Ich habe angeregt, über die Verbindung von Völkerrecht, internationalen Vertragsbeziehungen und Strafrecht nachzudenken (»Das Hamburger Institut für Sozialforschung wird die Frage zur Debatte stellen, ob und (wenn ja) wie ...«). In eine solchen Debatte wären die Argumente Gremlizas einzubringen und hätten ein gewisses Gewicht. Aber als Einwände gegen eine solche Diskussion taugen sie nicht.

4. Ich habe also auch nicht den Nürnberger Gerichtshof zum Modell irgendeines künftigen erhoben. Ich habe nur darauf verwiesen, daß einige Initiatoren der Nürnberger Prozesse diese nicht nur als eine »einmalige moralische Anstrengung der Menschheit« aufgefaßt, »ihr zugefügte, nach Zahl und Art unerhörte Untaten an einigen der Täter vor aller Welt exemplarisch zu sühnen« (Gremliza), sondern darüber nachgedacht haben, ob Nürnberg nicht die erste Erprobung eines neuen Elementes in der internationalen Politik sein könnte. Das Nachdenken darüber, inwieweit es das sein könnte, ist nicht weit gediehen, aber nicht, weil man etwa eingesehen hätte, daß es Unsinn gewesen wäre, sondern weil die politischen Rahmenbedingungen, die Nürnberg möglich gemacht, einen weiteren Schritt nicht zugelassen hatten. Der Satz »Politik ist kriminalisierbar« setzt nämlich, wenn er etwas bedeuten soll, Institutionen voraus, die Normen repräsentieren, im Verhältnis zu denen etwas »kriminell« ist. Der Gedanke von Nürnberg ist, etwas anderes zu tun als das, was nach dem Brauch des Stärkeren diesem nach gewonnenem Kriege zusteht.

5. Über solche Institutionen nachzudenken, hat zur Voraussetzung, daß man die nationale Souveränität von Staaten nicht als jederzeit unbestritten höchsten Wert gelten läßt, wie Gremliza das zuweilen tut. Darum habe ich als weiteren »Grundsatz der Nürnberger Anklage« genannt: »Es kann geboten sein, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen.« Wer an der nationalen Souveränität als unbestritten stets oberstem Wert festhalten möchte, der tut nichts weiter, als der jeweils herrschenden Klasse, Clique oder Junta einen Freibrief für jede beliebige Scheußlichkeit auszustellen.

Es geht nicht um die Phantasie eines »Weltstaates«, der alle einzelstaatlichen Gewalten (und deren destruktive Potentiale) noch einmal bündelte oder akkumulierte. Aber wenn diejenigen, die sich zur Linken zählten, als es die noch gab, ihre historische Niederlage damit beantworteten, nun auch noch die Erklärung der Menschenrechte zurücknehmen zu wollen,

wäre das eine absurde Konsequenz. Das »Weltbürgerrecht«, über das Gremliza spottet, ist nichts weiter als ein anderes Wort für »Menschenrechte«, aber eben versehen mit den Konnotationen positiven Rechts, also solchem, das geschrieben steht in internationalen oder zwischenstaatlichen Verträgen, Abkommen, Satzungen und so weiter. Wenn man will, daß Menschenrechte in der Rechtsprechung und der Innenpolitik einzelner Staaten mehr respektiert werden als bisher, dann muß der Rahmen, in dem Verstöße verfolgt werden können, vergrößert werden.

»Weltbürgerrechte«: Bestimmte Verbrechen »against humanity«, an einem Orte begangen, sollen nicht als Privatangelegenheiten eines Staates angesehen werden, sondern, weil »auf der Welt begangen«, überall verfolgt werden können. Es geht nur um den Versuch, die Welt für ein paar Schufte (nicht die größten, aber doch Schufte) ein wenig weniger sicher zu machen. Das rettet nicht die Welt (das war auch nicht versprochen worden), ist aber vielleicht doch ein paar Gedanken und Anstrengungen wert.

6. Nun kann man erwidern, Gedanken zu einer internationalen Strafverfolgung von Mördern und Folterern seien gut und schön, warum sie aber mit der Erwähnung von Nürnberg zusammenbringen? Weil die Einsetzung des Nürnberger Gerichtshofs der erste Versuch gewesen ist, internationales Strafrecht zu schaffen, und weil er darum nationale Souveränität eingeschränkt hat – dem Anspruche nach nicht qua Siegerwillkür, sondern als eine neue Normsetzung. Diesen Anspruch, meine ich, gelte es zu erneuern. Wenn wir den Bezug zu dem, was ich »Nürnberg-Paradigma« genannt habe, abschneiden, dann machen wir Nürnberg rückwirkend zu dem, was es in den Augen der Görings und Streichers immer gewesen ist: Willkür der zufälligen Sieger. Hier muß Gremliza sich entscheiden.

7. Schließlich sollte noch erwähnt werden, daß ich die Frage, welche (ehemaligen) Staatsoberhäupter von welchen Gerichten denn (zu Recht) abgeurteilt werden dürften, nicht für das Hauptproblem halte. Die Verengung von Gremlizas Blick auf dieses Problem allein mag Gründe haben, die ich hier nicht diskutieren will – wichtig ist, daß ich das Nürnberger Vorgehen, ein paar der Großen zu henken, die anderen und die scheinbar Kleinen aber laufenzulassen, nicht empfohlen habe. Ich ergehe mich nicht in Phantasien darüber, wer wen wann wo aufzuknüpfen gehabt hätte oder nicht. Im übrigen halte ich den populären Vorwurf, die »Kleinen« (sprich: die Folterknechte, Lageraufseher, Mörder »vor Ort«) hätten auszubaden, was die »Großen«, die man Schreibtischtäter nennt, anrichteten, für Unfug. Hätte man Schwammberger laufenlassen müssen, wenn es nicht gelungen wäre, Eichmann vor Gericht zu stellen? Wird ein chilenischer Folterer zu Unrecht verurteilt (wenn er denn überhaupt verurteilt wird), wenn Pinochet bis zum Ableben Oberkommandierender der Streitkräfte bleibt? Das Unrecht liegt doch wohl in letzterem.

Mir geht es unter anderem darum, das, was die »Kleinen« Gehorsam nennen, und was (um doch auch einmal Hannah Arendt zu zitieren, allerdings nicht, weil sie nun immer recht hätte, sondern weil sie da recht hat) die Bereitschaft zur Unterstützung eines mörderischen Regimes durch Mord und Quälerei ein wenig riskanter zu machen. Mein Vorschlag ist, darüber nachzudenken, wie das geschehen kann (vgl. u.a. »Mittelweg 36«, Nr. 4/92), und Gremliza möge beruhigt sein: Meine Fähigkeit, mir Illusionen zu machen, ist möglicherweise doch noch geringer entwickelt als die seine. (Lieber Hermann – die mir in Zitatnähe zugeschobene »Hoffnung auf eine politische Revolution des Proletariats in Osteuropa« habe ich nie geteilt, wie du weißt, wohl aber über die Bedeutung des Ausbleibens einer solchen geschrieben. Sehr wohl erinnere ich mich aber an Deine Prognosen über Ströme westdeutscher Arbeitsloser in die DDR in den 80er Jahren.)*

8. Gremlizas Kolumne endet so: »Die neun Zehntel der Erde, deren Hoffnungslosigkeit die Herren der neuen Weltordnung garantieren, werden viele Revolten sehen, auch viele häßliche. Die Herren des herrschenden Zehntels, das sich das zivilisierte nennt, werden die Aufstände niederschlagen und ihre Führer, je nach Opportunität, umbringen, laufenlassen, engagieren oder vor einen von ihren Kinkels eingesetzten und von ihren Herzogs betriebenen Internationalen Strafgerichtshof stellen. Und Leute, die daran nichts ändern können, werden durch ihre Anrufung des Paradigmas Nürnberg den imperialistischen Schauprozessen die antifaschistische Ehre gegeben haben.« Gibt man mit Überlegungen zur internationalen Strafverfolgung von Folterern der Aburteilung eines antiimperialistischen Rebellen vor irgendeinem imperialistischen Gerichtshof die »antifaschistische Ehre«? Oder ist das nicht eher ein skurriler Einwand? Nun, ich bin sicher, daß viele KONKRET-Leser gemeint haben, Gremliza habe bei seiner Verteidigung des multinationalen Krieges gegen den Irak jenem die antifaschistische Ehre gegeben, als er sich auf den Kriegseintritt der USA gegen NS-Deutschland bezog. Ich bin da anderer Meinung. Gremliza hat nämlich nicht behauptet, das eine sei mit dem andern gleichzusetzen, wohl aber, beide Militärunternehmungen seien mit Rekurs auf ähnliche Prinzipien und Normen zu rechtfertigen. Wird er damit einem nächsten Militäreinsatz, den er persönlich für ein Verbrechen hält, die antifaschistische Ehre geben? Würde man seine Kolumnen dazu mißbrauchen können? Möglicherweise. Aber man wird es nicht nötig haben.

Jan Philipp Reemtsma schrieb in KONKRET 11/91 □ ber die □ Deutsche Linke □91□

Konkret 10/92, S. 32

Wolfhard Klein

»Nix, oder wie's war«

Auf der Grundlage zweifelhafter Gutachten ist Inge Viett, ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und der RAF, am 26. August vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Koblenz zu 13 Jahren verurteilt worden. Ein Prozeßbericht

13 Jahre Haft, das Urteil ist bekannt. Wenn es nach der Bundesanwaltschaft gegangen wäre, die agierte wie in den Terroristenprozessen der 70er und 80er Jahre, dann hätte es »Lebenslänglich« lauten können. Und bis zur Urteilsverkündung sah es so aus, als würden die Richter des Staatsschutzsenats des Oberlandesgerichts Koblenz der Argumentation der Bundesanwälte folgen. Angesichts des drohenden »Lebenslänglich« hat Inge Viett mit diesem Urteil allerdings Glück gehabt. 13 Jahre könnten genug sein, um ihr das in Berlin drohende Verfahren wegen der Lorenz-Entführung (Peter Lorenz, inzwischen verstorben, war 1975 von der Bewegung 2. Juni entführt worden, er kam frei, als Gefangene freigelassen wurden), wegen der Palmers-Entführung (der Wiener Textilindustrielle Walter Michael Palmers wurde 1977 entführt und brachte für seine Freilassung 4,3 Millionen Mark in die Kasse der Bewegung 2. Juni) und wegen der Befreiung von Till Meyer im Frühjahr 1978 aus einem Berliner Gefängnis (Till Meyer wurde wieder gefaßt und arbeitete später für die Stasi und die »taz«) zu ersparen.

Inge Viett hat über Jahre die Geschichte des bundesdeutschen Terrorismus mitgeschrieben. Zweimal brach sie aus einem Gefängnis aus, ständig war sie in den Schlagzeilen, weil sie angeblich an irgendeiner Aktion beteiligt gewesen oder in irgendeiner Stadt gesehen worden sein sollte. Die Anklage lautete: Beteiligung am Haig-Anschlag der Roten Armee Fraktion im Juni 1979 – dreifacher Mordversuch (Alexander Haig war damals Oberkommandierender der Nato für Europa). Mordversuch, weil sie 1981 in Paris auf der Flucht einen Polizisten anschoß und lebensgefährlich verletzte. Und schließlich: Mitgliedschaft in der RAF. Verurteilt wurde Inge Viett wegen des Schusses auf den französischen Polizisten zu 13 Jahren und eben nicht zu »Lebenslänglich«, weil der Senat in Inge Viett eine Kronzeugin sah, obwohl sie niemanden belastet, sondern nur ausgesagt hat, daß und wie sie RAF-Aussteiger in den DDR-Ruhestand vermittelt hatte – bis sie schließlich selber 1983 in die DDR ging; ausgesagt hat auch über eine Schießausbildung der RAF-Kader durch die Stasi. Ohne das Ende der DDR hätte Inge Viett nicht vor Gericht gestanden, wären im Juni 1990 weder sie noch jene anderen RAF-Aussteiger festgenommen worden, die als Kronzeugen vor und in dem Verfahren gegen Inge Viett bereitwillig über Personen und Zusammenhänge aussagten.

Inge Viett hat in Koblenz über sich selbst ausgesagt. Über ihre miese Kindheit in Heimen und bei Pflegeeltern – ein Musterbeispiel für das Versagen öffentlicher Erziehung – , über ihre Politisierung, die sie zur Bewegung 2. Juni führte und zur ersten Festnahme 1972 in Bad Neuenahr, über ihre DDR-Connection – da nennt sie Namen, Oberst Harry Dahl zum Beispiel – , sie spricht über erste Diskussionen mit der RAF – die hatte zu dem Zeitpunkt, Anfang 1980, Sorgen mit Aussteigewilligen. Die Diskussionen führten 1980 zur Auflösungserklärung der Bewegung 2. Juni. Inge Viett sagt, sie habe daran nicht mitgearbeitet, »es waren Formulierungen drin, die ich nicht ertragen konnte«. Sie nennt das Papier »eine Distanzierung von der Geschichte der Bewegung 2. Juni«. Sie habe dann zwar weitergemacht in der RAF bis zu ihrem Ausstieg 1983, habe sich aber nie mit ihr identifizieren können.

Sie entfremdete sich von der RAF, lebte von der Gruppe getrennt, zweifelte an der Strategie des bewaffneten Kampfes und damit an ihrem Lebenskonzept. Inge Viett macht keine Aussagen, die andere belasten, legt aber ihren Anteil an der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik dar. Sie bezeichnet den Schuß auf den französischen Polizisten, der 1981 fiel, als sie die Orientierung und den Boden unter den Fußen verlor, als »Höhepunkt meines Versagens«. Sie gibt 1981 als Zeitpunkt für das Panzerfaustschießen der RAF in der DDR an. Ein Zeitpunkt vor dem Panzerfaustanschlag auf US-General Kroesen in Heidelberg, ein Zeitpunkt vor dem Sprengstoffanschlag auf das US-Hauptquartier in Ramstein. Inhaftierte RAF-Leute widersprechen ihr in Zeitungsartikeln und im Prozeß. Sie bleibt dabei. Ex-Stasi-Leute sagen im Prozeß widersprüchlich aus. Im Urteil schreibt der Senat 1981 als Datum fest.

Während des gesamten Prozesses nennt Inge Viett keinen Namen alter Freundinnen oder Freunde. Sie belastet sich selbst, gesteht den Schuß in Paris und die Till Meyer-Befreiung. Sie redet über ihre DDR-Kontakte, auch über das, was die Staatssicherheit von der RAF wissen wollte: Infos über Neonazis, über die Linke in der Bundesrepublik und Informationen über Logistik und Struktur des bewaffneten Untergrunds. Inge Viett sagt, die Gespräche seien für alle Seiten unbefriedigend gewesen.

Während des Prozesses macht die RAF-Stasi-Connection Schlagzeilen. Ein Buch unter diesem Titel verbreitet unsinnige Spekulationen. Stasi-Zeugen im Viett-Prozeß berichten dagegen Vorkommnisse, die in der Öffentlichkeit unbeachtet bleiben. Zum Beispiel der Zeuge Walter Lindner, Hauptmann der Abteilung XXII, Terrorismusabwehr, mit den Projekten Stern 1 und Stern 2 befaßt. Stern 1 steht für die Zusammenarbeit mit aktiven RAF-Kadern, Stern 2 für das Eingliederungsprojekt der RAF-Aussteiger in die DDR. Er berichtet von den Einbürgerungsgesprächen, den Protokollen, die darüber abgefaßt wurden. Er berichtet über mehrere Treffen mit RAF-Kadern in der DDR. Bei den Gesprächen, die

dabei geführt wurden, sei es um Aktivitäten der RAF gegangen, es seien Personen eingeschätzt und analysiert worden, Personen aus dem Umfeld der RAF. Die Stasi habe, sagt Lindner, Listen mit 100 Namen und mehr erstellt – eine Kartei über Leute aus der Szene, ehemalige Mitglieder der Bewegung 2. Juni und der RAF. Es seien auch Anschläge diskutiert worden.

Die DDR befragte die RAF im nachhinein zu Anschlagszielen, ihrer Umfeldarbeit und zu Personen. Über Anschlagsplanung sei nicht geredet worden, über politische Ziele schon. »Die RAF hat sich vorbehalten, eigenständig zu entscheiden, stets und ständig«, sagt Lindner. Nicht mal Tips habe sie beachtet. Die Stasi habe der RAF den Hinweis gegeben, ein dem BKA bekanntes Depot bei Hamburg nicht zu benutzen. Christian Klar wurde dann dort verhaftet. In einer Verhandlungspause erzählt Lindner im Gerichtsflur ganz locker, die Stasi hätte in jenem Fall das BKA observiert. Er plaudert vor Gericht noch von einem anderen Fall von Amtshilfe durch »Organe« der DDR für die RAF auf bundesdeutschem Boden: Die RAF hätte den Verdacht geäußert, daß es in ihrem engeren Umfeld eine Person gebe, die für den Verfassungsschutz oder den Bundesnachrichtendienst arbeite. Lindner sagt: »Die Hinweise auf eine Person im Umfeld, die diese Kontakte hatte, wurden über das MfS abgeprüft und bestätigt.« Ergebnis: Die RAF brach ihre Beziehungen zu dieser Person ab, und der Nachrichtendienst verlor eine Quelle.

Lindner, der, auf dem Flur, von sich sagt, auch für die Revolutionären Zellen zuständig gewesen zu sein, scheint genug Stoff zu haben, um weiter zu plaudern. Vielleicht bekommt er dazu Gelegenheit im Prozeß gegen den Stasi-Offizier Helmut Voigt, der im Viett-Prozeß fehlte, weil er abgetaucht war, aber Anfang des Monats in Athen festgenommen wurde.

Zu den RAF-Zeugen im Viett-Prozeß: Dem Kronzeugen Lotze glaubte nicht mal das Gericht. Er schilderte tatsächlich nur Eindrücke und zog Schlußfolgerungen. Der Zeuge Peter Jürgen Boock avancierte zum Waffenexperten, der dem staunenden Senat erklärte, wie Dekorationswaffen mit ein paar Hammerschlägen scharfgemacht werden können und daß »Umtopfen« in einschlägigen Kreisen nichts mit Blumen, sondern mit der Neuanlage von Depots zu tun hat. Der eine wie der andere Zeuge entlastete die Angeklagte vom Vorwurf der Beteiligung am Haig-Anschlag. Wie das vor allem, in freier Rede und sehr genau und nachdrücklich, Rolf Clemens Wagner tat. Waffen habe die RAF damals genügend gehabt, erklärte Wagner. Und in Diskussionen über den Anschlag sei Frau Viett erst recht nicht eingebunden gewesen. »Inge Viett war nicht in unserer Organisation, sie hatte nichts damit zu tun. Haig war eine Aktion der RAF, kein Mitglied der Bewegung 2. Juni war daran beteiligt.« Wagner machte zum ersten Mal in einem Prozeß eine Zeugenaussage. Als Bundesanwalt Widera Wagner fragte, wer sonst noch in der Wohnung gewesen sei, antwortete Wagner, wohl den Kronzeugen Lotze vor Augen, durch dessen ursprüngliche Aussagen sich Inge Viett die Anklage des dreifachen Mordversuchs im Fall Haig eingehandelt hatte: »Dazu werde ich mich nicht äußern. Man sieht ja, was aus einer einfachen Anwesenheit in einer Wohnung konstruiert werden kann.« Inge Viett hatte zugegeben, vor dem Anschlag in der Wohnung des Kommandos gewesen zu sein, aber jede Beteiligung bestritten.

Christian Klar sagte aus. Nervös, mit einem Spickzettel vor sich. Er wolle aussagen, weil es ein verstärktes Interesse der Öffentlichkeit an zwei Jahrzehnten Geschichte der RAF gebe und die Geschichtsumschreiber eifrig zugange seien. Bei den DDR-Kontakten sei es um die Legalisierung der Aussteiger gegangen, bei späteren Besuchen habe man sich gekümmert, wie die leben, was die machen. Die Schießausbildung datierte Klar auf 1982. Das sagt auch Heidi Schulz, die zu begründen versucht, warum die Bundesanwaltschaft ein Interesse daran haben kann, die Abhängigkeit der RAF von einem Staat wie der DDR zu behaupten, und die aus dem internen Diskussions- und Handlungszusammenhang der RAF 1982 als Datum der Schieß- und Sprengstoffausbildung der RAF festzumachen versucht. Ihre Glaubwürdigkeit unterstreicht sie mit dem Satz: »Entweder wir sagen nix oder so, wie 's war. Ich hab mein zigmal ›Lebenslänglich‹.«

81 oder 82? Im Urteil schreibt der Senat 1981 als Datum der Schießausbildung fest. Das Datum, das Inge Viett genannt hat. Hätte der Senat der Angeklagten auch geglaubt, daß sie in Panik, mechanisch und nicht überlegt auf den Polizisten schoß, wäre ein Freispruch möglich gewesen. Aber der Senat hielt an Gutachtern fest, die auf mehr als fragwürdiger wissenschaftlicher Grundlage der Angeklagten bei dem Schuß auf den Pariser Polizisten 1981 konsequentes, zielgerichtetes Handeln unterstellten und jede Beeinträchtigung ihrer Einsichts- oder Steuerungsfähigkeit verneinten. Die Gutachten seien Grundlagen der Entscheidungsfindung, sie seien überzeugend und fundiert. Die Gutachten sind von der Verteidigung, den Anwälten Jürgen Fischer, Frankfurt, und Nicolaus Becker, Berlin, nach allen Regeln der Kunst auseinandergenommen worden.

Versuche, die Gutachter abzulehnen und ergänzende Gutachten einzuholen, wurden vom Senat mit Begründungen abgeschmettert, die bei vielen Prozeßbesuchern den Eindruck aufkommen ließen, das Verfahren würde mit »Lebenslänglich» enden. Das wäre das Urteil gewesen, das Bundesanwalt Widera wollte. Ohne Rücksicht auf differenzierte Zeugenaussagen behauptete die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer zum Beispiel, Frau Viett sei – beim Schuß auf den Polizisten – unbemerkt auf die Straße getreten und habe, von dem Mann unbemerkt, auf ihn gezielt. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen war Frau Viett vor ihrem Schuß in einer Garage. Sie schoß, als sie auf der Straße stand und der Beamte seine Waffe ziehen wollte. »Höhepunkt meines Versagens«, sagte Inge Viett dazu. Hätte sie überlegt

töten wollen, hätte sie – ohne gesehen zu werden – aus dem Schutz der Garage schießen können. Das meinte selbst ein BKA-Mann in einer Verhandlungspause.

Bundesanwalt Widera spielt seine Rolle ungebrochen wie in den 70er und 80er Jahren. Er ist der, der durch Fritz Teufels Alibi im Lorenz-Verfahren 1980 arg gebeutelt wurde. Der vermeintliche Lorenz-Entführer Teufel konnte nachweisen, daß er in der fraglichen Zeit in Essen gearbeitet hatte. *Nachdem* die Bundesanwaltschaft plädiert hatte, *nachdem* Teufel bereits fünf Jahre im Gefängnis abgesessen hatte. Widera ist in den 90er Jahren noch ganz der alte. Er weigert sich zur Kenntnis zu nehmen, daß Inge Viett seit zehn Jahren nichts mehr mit der RAF und dem bewaffneten Kampf zu tun hat. Wie sonst ist es zu erklären, daß er die Aussagen Rolf Clemens Wagners mit dem Satz kommentiert: Wagner wolle die Angeklagte nur »in fortwährender Solidarität entlasten«. Wie anders ist es zu erklären, daß der Kronzeuge Werner Lotze trotz seiner widersprüchlichen und spekulativen Äußerungen von der Bundesanwaltschaft für glaubwürdig erklärt wird, »weil er von Anfang an umfassend ausgesagt« habe.

Es hätte schlimmer kommen können für Inge Viett. Sie hat sich in ihrem Schlußwort eine Perspektive gewünscht, mit der sie leben könne. Sie ist 48 Jahre alt. Mit ihrer Geschichte als bewaffnete Kämpferin hat sie vor Jahren gebrochen. Den realsozialistischen Staat, den sie engagiert mitgetragen hatte, gibt es nicht mehr. Ihr Rückgrat ist nicht gebrochen. Sie hat die Kraft gehabt, Freunde aus ihrer Vergangenheit nicht zu belasten. Bleibt ihr das drohende Berliner Verfahren erspart, ist sie Mitte fünfzig, wenn sie aus dem Gefängnis kommt.

Wolfhard Klein ist Rundfunkredakteur und lebt in Mainz

Konkret 10/92, S. 34

Michael Hahn

»Jetzt sind wir dran«

»It's our turn«: Die Yuppie-Generation um den demokratischen Kandidaten Bill Clinton drängt an die Fleischtöpfe in Washington. Die Demokraten haben für die US-Präsidentschaftswahlen am 3. November ein Programm verabschiedet, das sich innenpolitisch kaum noch von der republikanischen Regierungspraxis unterscheidet, außenpolitisch aber auf eine noch rigidere Durchsetzung der New World Order zielt

»Manche Teile dieses Dokuments (des demokratischen Wahlprogramms) hätten vom Parteivorstand der Republikaner geschrieben werden können – und das ist gut so.«
Joseph Liebermann (demokratischer Senator und Sprecher Clintons in der Programmkommission)

Gefragt, für wen er bei den Präsidentschaftswahlen im November stimmen werde, zögerte Ricky Rector keine Sekunde: »Bill Clinton«. Wenige Stunden später war Rector tot, der von Gouverneur Clinton unterschriebene Hinrichtungsbefehl war – per Giftspritze – vollstreckt worden. Der 40jährige Schwarze wurde für die Tötung eines weißen Polizisten vor zehn Jahren zum Tode verurteilt. Um der Festnahme zu entgehen, hatte sich Rector unmittelbar nach seiner Tat selbst in den Kopf geschossen und dabei einen irreparablen Gehirnschaden erlitten. Er hatte unter anderem keinerlei Vorstellung mehr davon, was »Tod« und »Hinrichtung« bedeuten.

Selbst im derzeitigen Kopf-Ab-Klima in den USA, wo nach Umfragen 80 Prozent der Befragten die Todesstrafe befürworten, hätte Rectors Geisteszustand für einen Gouverneur eine ausreichende Rechtfertigung für die Entscheidung sein können, die Todesstrafe auszusetzen. Nicht jedoch für Bill Clinton, der seine Wahlkampftournee eigens unterbrach und nach Arkansas zurückkehrte. Er wollte den Tag der Hinrichtung in seinem Büro verbringen, um etwaige letzte Gnadengesuche ohne Zeitverlust ablehnen zu können. Während seiner zwölfjährigen Amtszeit als Gouverneur des kleinen Bundesstaates hat Clinton insgesamt vier Menschen hinrichten lassen, zwei davon in diesem Jahr. Keiner soll ihm vorwerfen können, er sei »soft on crime« und habe ein »Herz für Polizistenmörder«.

Clintons Law and Order-Mentalität deutet auf einen Rechtsruck bei den Demokraten: Noch 1988 hatte sich der damalige demokratische Präsidentschaftskandidat Michael Dukakis an die Mehrheitsauffassung in seiner Partei gehalten und die Todesstrafe grundsätzlich abgelehnt. Dagegen führt Clinton seinen Wahlkampf nicht nur gegen den republikanischen Amtsinhaber George Bush, sondern auch gegen die angeblich zu liberalen oder sozialstaatlich orientierten »Dogmen« der Demokratischen Partei. Große Teile der diesjährigen Wahlplattform klingen wie aus den republikanischen Programmen Ronald Reagans abgeschrieben.

Die Demokraten setzen nicht länger auf »soziale Fairness«, sondern, wie die Republikaner, auf eine »expandierende, unternehmerische Volkswirtschaft«, deren Früchte irgendwann einmal auch den Lohnabhängigen zugute kommen sollen. Nachdem sich unter republikanischen Regierungen in den vergangenen zwölf Jahren die Zahl der Häftlinge in US-Gefängnissen auf etwa 1,1 Millionen mehr als verdoppelt hat, will auch Clinton sich nicht lumpen lassen und fordert, »mehr Polizisten auf die Straßen unserer Städte und mehr Kriminelle hinter Gitter zu schicken«.

Der fromme Baptist Clinton will nach alttestamentarischer Weise einen »New Covenant«, einen »Neuen Bund«, zwischen Volk und Regierung stiften, in dem statt »Anspruchsdenken« künftig »Selbstverantwortung« gelten soll. Der Elan des angekündigten Aufbruchs zu einem »Dritten Weg zwischen freiem Markt und Sozialstaat« wird von Clintons jugendlichem Elan noch unterstrichen. Der 46jährige Gouverneur von Arkansas, der auch schon mal saxophonspielend in einer Fernsehtalkshow auftritt, nomierte als seinen Stellvertreter Albert Gore, den 44jährigen US-Senator aus dem Nachbarstaat Tennessee, um den Eindruck eines bevorstehenden Generationswechsels im Weißen Haus – wie seinerzeit unter John F. Kennedy – zu verstärken (George Bush ist 67).

Die Nominierung Clintons und Gores markiert den vollständigen Triumph des rechten Parteiflügels und der von ihm vertretenen Kapitalinteressen. Ziel dieses Flügels ist es, auch die letzten Überbleibsel der sozialstaatlich orientierten New Deal-Koalition aus den 30er Jahren sowie der neuen sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre von den Schaltstellen der Partei zu entfernen. Die New Deal-Reformen unter Präsident Franklin Roosevelt (Einführung der allgemeinen Rentenversicherung und anderer Sozialleistungen, Schutz gewerkschaftlicher Mindestrechte sowie massive öffentliche Investitions- und Arbeitsbeschaffungs-Programme) brachten in den 30er Jahren verschiedene gesellschaftliche Gruppen an einen Tisch: die neu entstehenden Industriegewerkschaften, die von demokratischen Parteiapparaten kontrollierten großstädtischen Verwaltungen, die schwarze Wählerschaft in den Nordstaaten und die weiße Elite der unterentwickelten Südstaaten, die besonders von den staatlichen Infrastruktur-Investitionen in Straßenbau, Eisenbahn und Energieversorgung profitierten.

Diese Interessenkoalition begann jedoch unter dem Druck der schwarzen Bürgerrechtsbewegung bald zu bröckeln: Spätestens mit den Reformen, die in den 60er Jahren unter der demokratischen Johnson-Regierung als Antwort auf

antirassistische Massenmobilisierungen verabschiedet wurden, entwickelte sich unter der (traditionell demokratisch orientierten) weißen Bevölkerung der Südstaaten eine massive rassistische Gegenbewegung. Diese konservative Distanzierung von den Demokraten beschleunigte sich, als sich Aktivisten der Bürgerrechts-, Anti-Vietnamkriegs-, Jugend- und Frauen-Bewegungen in den 70er Jahren zu einem langwierigen »Marsch durch die Institutionen« anschickten, mit dem Ziel, die Partei von innen zu übernehmen.

Die Auseinandersetzungen um die Kontrolle der Partei verschärften sich 1984 und 1988 mit den Vorwahlkandidaturen des schwarzen Linkssozialdemokraten Jesse Jackson. Die Demokraten, forderte Jackson, sollten sich zu Fürsprechern der Marginalisierten und Entrechteten machen, die zusammen immerhin die Mehrheit der Bevölkerung stellen, sich aber in der Regel nicht an Wahlen beteiligen. Dann sei es möglich, ausreichend bisherige Nichtwähler und Nichtwählerinnen zu mobilisieren, um das Präsidentenamt von den Republikanern zurückzuerobern. Jacksons *Rainbow Coalition* aus Schwarzen, Hispanics, Gewerkschaftslinken, Bauern, Frauenbewegten, Schwulen, Lesben und Neuen Linken gelang es 1988, sensationelle sieben Millionen Vorwahl-Stimmen und über ein Viertel der demokratischen Parteitags-Delegierten zu gewinnen (bei insgesamt niedrigerer Wahlbeteiligung reichten Clinton 1992 neun Millionen Stimmen zum Sieg in den Vorwahlen).

In der Führungsetage der Demokraten läuteten die Alarmglocken. Ein demokratischer Präsidentschaftskandidat habe nur dann eine Chance, argumentierte die Parteirechte, wenn es gelänge, die zu den Republikanern abgewanderten Teile der weißen Mittelschichten zurückzugewinnen. Dabei sei es notwendig, den Einfluß der »special interests« in der Partei wieder zurückzudrängen. Gemeint sind selbstverständlich nicht die Sonderinteressen parteispendenfreudiger Konzerne und Banken, sondern die Forderungen der Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen.

Einflußreiche Parteirechte gründeten 1985 den *Democratic Leadership Council.* Im DLC, von Jack-son als *Democratic Leisure Class* (Müßiggängerklasse) verspottet, fanden sich vor allem die Interessen der alteingesessenen weißen Südstaaten-Elite wieder. Bill Clinton, Mitbegründer und zeitweiliger Vorsitzender des DLC, ist heute ein typischer Vertreter dieser Elite, obwohl seine Biographie für die politische Klasse der USA eher unüblich ist. Er wuchs in äußerst armseligen Verhältnissen im ländlichen Arkansas auf; seine alleinerziehende Mutter arbeitete als Krankenschwester, sein Vater war schon vor der Geburt des Kindes tödlich verunglückt. Dennoch gelang es Clinton später, in die Elite-Universitäten Georgetown und Yale aufgenommen zu werden. 1977 wurde er als 31jähriger zum Generalstaatsanwalt seines Heimatstaates gewählt, zwei Jahre später schaffte er den Sprung ins Gouverneursamt, das er seither mit kurzer Unterbrechung ausübt.

In Arkansas kombinierte Clinton den Regierungsstil der alteingesessenen Großgrundbesitzerelite mit einer energischen Industrieansiedlungspolitik – beides verwoben mit der üblichen Grauzone von Korruption und Vetternwirtschaft. Die von Clinton benannten Direktoren der staatlichen *Arkansas Development Finance Authority* ADFA versorgten (laut einem Bericht der »Los Angeles Times)« just solche Firmen und Banken mit lukrativen Aufträgen und zinsgünstigen Darlehen, die sich durch großzügige Spenden an Clintons Wahlkampfkasse hervortaten. Beispielsweise hatte die in Arkansas ansässige Milliardärsfamilie Stephens, deren Bank »Millionen von Dollar« (»L. A. Times«) aus ADFA-Mitteln erhielt, bis Februar 1992 bereits 150.000 Dollar an Spenden (sowie Kredite in Millionenhöhe) für Clinton locker gemacht und ihm so geholfen, die ersten kritischen Monate seiner Wahlkampagne finanziell zu überstehen. Familienoberhaupt Jackson Stephens, ein enger Freund Clintons, soll auch den Einstieg der skandalumwitterten *Bank of Credit and Commerce International* (BCCI) in den nordamerikanischen Markt eingefädelt haben.

Der Gouverneur prahlte regelmäßig mit der gewerkschaftsfeindlichen Gesetzgebung seines Staates, um Firmen aus anderen Bundesstaaten abzuwerben. Nicht zuletzt dieser Gesetzgebung ist es zu verdanken, daß Arkansas unter den 50 US-Bundesstaaten auf den einschlägigen Lohnniveau- oder Arbeitsunfall-Statistiken regelmäßig an letzter oder vorletzter Stelle rangiert.

Auch in die US-Außenpolitik mischte er sich schon frühzeitig ein. Mitte der 80er Jahre unterstützte Clinton die Reagansche Aggression gegen das sandinistische Nicaragua. Er schickte Einheiten der National Guard (die den einzelnen Bundesstaaten unterstellt ist) für »Trainingsmanöver« nach Honduras. Viele seiner Amtskollegen (u.a. der damalige Gouverneur von Massachussetts und demokratische Präsidentschaftskandidat von 1988, Michael Dukakis) verweigerten damals dagegen Reagan die Gefolgschaft und ließen »ihre« Nationalgarde zu Hause.

Der linke Journalist Alexander Cockburn hat nachgezeichnet, wie ein wesentlicher Teil des Contra-Waffennachschubs jahrelang über einen kleinen Flughafen im Westen von Arkansas abgewickelt wurde – unter tatkräftiger Beteiligung mehrerer persönlicher Freunde und Vertrauter Clintons. Z. B. ist dort die C-123-Maschine des US-Söldners Eugene Hasenfus gewartet worden, die am 5. Oktober 1986 über Nicaragua abgeschossen wurde. Anfang 1988 verlieh Clinton Auszeichnungen an die Contraführer Adolfo und Mario Calero sowie an General John Singlaub von der rechtsradikalen *World Anti-Communist League.*

Auch Vizepräsidentenkandiat Gore ist ein typischer Vertreter des vom DLC repräsentierten *Old Boy Networks:* Sein Abgeordnetenmandat erbte er von seinem wohlhabenden Vater, Albert Gore senior, der 32 Jahre lang im US-Kongreß saß und anschließend auf den vermutlich noch besser gepolsterten Vizepräsidentensessel der *Occidental Petroleum Corporation* wechselte. 1976 ließ sich Gore junior 28jährig vom früheren Wahlbezirk seines Vaters ins US-Repräsentantenhaus wählen. Acht Jahre später stieg er, wie zuvor Gore senior, als Vertreter Tennessees in den US-Senat auf.

Im Militärausschuß des US-Senats machte sich Gore als verläßlicher Freund der Rüstungskonzerne einen Namen. Zu seinen Steckenpferden zählten u.a. die heftig umstrittenen MX- und Midgetman-Raketen sowie der B-1-Bomber. Bei der entscheidenden Abstimmung im Januar 1991 über den Krieg gegen Irak war Gore einer von zehn demokratischen US-Senatoren, die auf die Seite ihrer republikanischen Kollegen wechselten und so Präsident Bush zur erstrebten Blankovollmacht verhalfen.

Ähnlich wie Bill Clinton kann auch Gore jr. einige Jugendsünden vorweisen: Als Student an der elitären Harvard Universität protestierte er gegen den Vietnamkrieg und gab sich »gelegentlich« dem Marihuanagenuß hin. Das scheint ihm jedoch nicht gut bekommen zu sein: Nach seinem Uni-Abschluß meldete er sich freiwillig zum Militärdienst nach Vietnam (Clinton beteuert dagegen, er habe zwar damals auch Joints gepafft, aber dabei »nie eingeatmet« – und schaffte es prompt, der Einberufung zum Militärdienst zu entgehen).

Clintons und Gores Karrieren von jugendlichen Kriegsgegnern zu außenpolitischen Scharfmachern spiegeln die Entwicklung der Demokratischen Partei in den vergangenen 20 Jahren wider. Noch 1972 auf eine Antikriegs-Plattform festgelegt, hat sie sich bereits wenige Jahre später umorientiert: Der massive Aufrüstungskurs gegen die Sowjetunion und der Ausbau von Delta Force-Eliteeinheiten zum schnellen Eingreifen in der Dritten Welt begann nicht erst unter dem Republikaner Ronald Reagan, sondern bereits Ende der 70er Jahre unter dem Demokraten Jimmy Carter.

Dennoch kritisierten demokratische Politiker in den folgenden Jahren immer wieder Reagans aggressive Außenpolitik gegen das sowjetische »Reich des Bösen«. Im US-Kongreß stimmten demokratische Abgeordnete gegen einzelne »überflüssige« Waffensysteme, gegen die Finanzierung der nicaraguanischen Contra und für Wirtschaftssanktionen gegen das südafrikanische Apartheidsregime. Dafür handelten sich die Demokraten regelmäßig den Vorwurf ein, »soft on communism« zu sein.

Mit der Nominierung Clintons und Gores sind dieses Zeiten endgültig vorbei. Erstens können heute selbst die rechtslastigsten Demagogen nicht mehr vor einer »kommunistischen Bedrohung« warnen, ohne dabei schamrot anzulaufen. Und zweitens kritisieren die Demokraten die republikanische Außenpolitik inzwischen *von rechts:*

· Die demokratischen Kandidaten beschuldigen den republikanischen Amtsinhaber, er habe – anstatt den Auflösungsprozeß in der Sowjetunion und in Jugoslawien zu forcieren – zu lange auf die Stabilität des Status quo gesetzt. Bush habe Michail Gorbatschow gegenüber Boris Jelzin bevorzugt und sich zu lange geweigert, Kroatien und Slowenien anzuerkennen. Damit, so Clinton, habe Bush »Amerika weitgehend an die Seitenauslinie der demokratischen Revolution im sowjetischen Imperium« manövriert. Im Juli regte Clinton selektive Bombenangriffe auf serbische Ziele und eine »Öffnung« des Flughafens von Sarajevo mit militärischen Mitteln an – Vorschläge, die Bushs Pressesprecher als »rücksichtslos« zurückwies. Später forderte Clinton, Kroatien und Bosnien direkt mit Waffen zu versorgen.

· Clinton und Gore kritisieren, daß Bush Anfang des Jahres der damaligen israelischen Likud-Regierung Kreditbürgschaften über 10 Milliarden Dollar verweigerte, weil diese dem Bau zusätzlicher jüdischer Siedlungen in der Westbank zugute gekommen wären. Der US-Präsident habe sich damit in die »inneren Angelegenheiten« Israels eingemischt. Der Parteivorsitzende der Demokraten, Ron Brown, erklärte stolz, das diesjährige Wahlprogramm seiner Partei sei »für den Staat Israel die stärkste und positivste Wahlplattform aller Zeiten«. Solche Kraftmeierei wird von manchen in den USA für nötig gehalten, um jüdische Stimmen zu gewinnen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob sich die harte Linie für Clinton wahltaktisch auszahlen wird. Beispielsweise betonte die progressive jüdische Zeitung »Tikkun«, daß amerikanische Juden mehrheitlich *gegen* Likuds aggressive Siedlungspolitik seien: »Unseres Erachtens ist jüdischen Interessen am ehesten gedient, wenn die Friedenskräfte (in Israel) gestärkt werden.« Liberalen und progressiven amerikanischen Juden werde es, so »Tikkun«, »möglicherweise schwer fallen, Clinton zu unterstützen« – von Wählern palästinensischer Abstammung ganz zu schweigen.

· Clinton und Gore wollen das bestehende US-Embargo gegen Kuba noch verschärfen. Sie unterstützen einen Gesetzentwurf (»Cuban Democracy Act«), der auch gegen US-Tochterfirmen im Ausland Sanktionen zur Folge hätte, wenn diese mit Kuba Handel betrieben – eine völkerrechtswidrige exterritoriale Anwendung von US-Recht. Gleichzeitig sieht der Gesetzentwurf vor, Post- und Telefonverbindungen nach Kuba auszubauen und humanitäre Hilfssendungen an nichtstaatliche Empfänger in Kuba zuzulassen – ein durchsichtiger Versuch, die Autorität der kubanischen Regierung zu untergraben. Organisierte konterrevolutionäre Exilkubaner zeigten sich prompt mit großzügigen Spenden an Clintons Wahlkampfkasse erkenntlich. Die demokratischen Kandidaten können sich mit dieser Scharfmacherhaltung auf ihr Vorbild

John F. Kennedy berufen: Der hatte bereits 1960 im Wahlkampf der damaligen republikanischen Eisenhower-Regierung ein zu lasches Vorgehen gegen die junge kubanische Revolution vorgeworfen.

Bei früheren demokratischen Parteitagen gab es regelmäßig heftige Auseinandersetzungen um außenpolitische Positionen. Im Sommer 1988 hatten Jesse Jacksons *Rainbow*-Delegierte noch auf radikalen Kürzungen im Rüstungshaushalt, auf einem konsequenten Anti-Interventionskurs in Zentralamerika und auf einer Anerkennung des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung bestanden. 1992 dagegen ist der »linke« Flügel der Partei endgültig kaltgestellt; Jacksons Strategie, die Partei von innen zu übernehmen, ist gescheitert.

Kein Wunder, daß maßgebliche Kalte Krieger wieder in den Schoß der Demokratischen Partei Harry Trumans und John F. Kennedys zurückkehren. Ein herausragendes Beispiel ist Paul Nitze, der wie kein anderer US-Politiker über vierzig Jahre hinweg für die Kontinuität der amerikanischen Strategie gegen die Sowjetunion sorgte. Im lange geheim gehaltenen NSC-68 (*National Security Council Memorandum* Nr. 68) hatte Nitze 1950 für die Truman-Administration die umfassenden US-Kriegsziele für den beginnenden Kalten Krieg formuliert. Er bekleidete auch in den folgenden Administrationen beider (!) Parteien maßgebliche Ämter (zuletzt als Reagans »Abrüstungs«-Experte bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen). Der Titel seiner kürzlich vorgelegten Memoiren verweist stolz auf die Spanne seiner Leistungen: »Von Hiroshima bis Glasnost«.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion begann Nitze, sich von den Republikanern wieder abzuwenden. Im vergangenen Frühjahr stellte er sich dem rechtspopulistischen Multimilliardär Ross Perot als außenpolitischer Berater zur Verfügung (KONKRET 7/92). Mitte Juli distanzierte er sich jedoch wieder von Perot wegen dessen »Unberechenbarkeit« und setzte damit ein Signal für den Rückzug weiterer wichtiger Berater. Als sich daraufhin die Umfrageergebnisse des Multimilliardärs rapide verschlechterten, gab Perot auf.

Anschließend veröffentlichte Nitze in der »New York Times« gemeinsam mit 32 anderen berüchtigten Hardlinern einen großformatigen Wahlaufruf für Clinton als »Führer für Amerika in der Ära nach dem Kalten Krieg«. Die Anzeige bemängelte, es habe der demokratischen Parteiführung in der Vergangenheit »in globalen Angelegenheiten allzu oft an klarem Verständnis und festen Vorsätzen gemangelt. Aber Bill Clinton und AlbertGore sehen die Verheißungen und Gefahren, die nun (nach dem Ende des Kalten Krieges) vor uns liegen, und verfügen über die Willenskraft, Fähigkeiten und Ideale, um den Herausforderungen zu begegnen.«

Zu den Mitunterzeichnern des Wahlaufrufs gehörten prominente Falken, etwa Samuel Huntington und Edward Luttwak, sowie Vertreter mehrerer stramm rechter Stiftungen *(Hoover Institution, Center for Strategic and International Studies* und das *American Enterprise Institute* – allesamt zentrale Think Tanks der Reagan-»Revolution«). Die Verfasser halten die Bush-Administration offenbar für außerstande, eine Modernisierung der US-Außenpolitik gegen die alteingesessenen Interessen der Militärbürokratie und der führenden Rüstungskonzerne durchzusetzen. Dagegen stelle sich Clinton, so das Unternehmerblatt »Business Week«, »auf eine neue Ära ein, in der frühere Feinde unsere Hilfe brauchen, während uns alte Freunde vor große Herausforderungen stellen«.

»Nachdem wir den Kalten Krieg gewonnen haben«, warnte Clinton vor der *Foreign Policy Association,* »dürfen wir jetzt den Frieden nicht verlieren«. Im neuen demokratischen Parteiprogramm heißt es: »Amerika ist die stärkste militärische Macht der Welt und muß es auch bleiben... Der Umfang unserer konventionellen Kräfte in Europa muß reduziert werden, während wir unsere NATO-Verpflichtungen weiter erfüllen, und unsere Fähigkeit zum schnellen Eingreifen muß gestärkt werden, damit wir den neuen Bedrohungen für unsere Sicherheit begegnen kön-nen, die von starrköpfigen Diktatoren, Terroristen, internationalen Drogenhändlern und örtlichen bewaffneten Konflikten ausgehen.«

Der demokratische Kandidat will die überparteiliche Stiftung *National Endowment for Democracy* (NED) und die *U.S. Information Agency* verstärkt fördern, »um den Weg für die Ausbreitung amerikanischer Werte zu ebnen«. Das NED, das dem deutschen Parteistiftungs-Modell für die »nichtstaatliche« Finanzierung konterrevolutionärer Projekte im Ausland nachgebildet ist, hat Clinton wohl vor allem durch seine erfolgreiche Arbeit in Lateinamerika (u.a. bei den nicaraguanischen Wahlen 1990) und in Osteuropa beeindruckt. Selbst in Mitterrands Frankreich förderte das NED vorübergehend zwei rechtsradikale Organisationen. Clintons Vorliebe für zivile Formen der Konterrevolution hat – mindestens seit Kennedys »Allianz für den Fortschritt« – eine lange Tradition in der Demokratischen Partei.

Während Clinton auf enge *politische* Kooperation mit den imperialistischen Konkurrenten setzt (Japan und die BRD sollen als ständige Mitglieder in den Uno-Sicherheitsrat aufgenommen werden und die USA endlich ihre Schulden bei Uno und IWF begleichen), sagt er dieser Konkurrenz ökonomisch den Kampf an. Er fordert ein umfassendes wirtschaftliches Modernisierungsprogramm für die kriselnde US-Ökonomie, um gegenüber Japan und der EG wettbewerbsfähig zu bleiben: »Die USA können nach außen nicht stark sein, wenn sie nach innen schwach sind.«

Selbst maßgebliche konservative und neoliberale Ökonomen beginnen, sich um den Zustand der US-Volkswirtschaft Sorgen zu machen. Die rücksichtslose Kahlschlagpolitik der Reagan-Bush-Administrationen verschaffte zwar dem Kapital

in den 80er Jahren Rekordprofite und zwang die Gewerkschaften in die Knie, hat aber zu alarmierenden Haushaltsdefiziten und zu einem dramatischen Verfall der US-Infrastruktur geführt. Bei sinkenden Realeinkommen und abbröckelndem Qualifikationsniveau der abhängig Beschäftigten wurden die ausgepressten Profite vielfach nicht wieder investiert, sondern an der Spekulationsbörse verjubelt. Das Resultat: Die Produktivität der US-Wirtschaft fällt immer weiter hinter die Japans und der EG zurück.

Dagegen plant Clinton öffentliche Investitionen im Ausbildungssektor, für die Entwicklung von Umwelttechnologien und im Verkehrs- und Kommunikationswesen. Mit keynesianistischer Staatsintervention hat dies dennoch nur wenig zu tun: Das von Clinton angestrebte Infrastruktur-Investitionsvolumen (20 Milliarden Dollar im Jahr) ist im internationalen Vergleich immer noch lächerlich niedrig. Das Monatsblatt »Left Business Observer« veranschlagt Clintons Programm auf etwa ein Neuntel der öffentlichen Investitionen in der BRD.

Für Gewerkschaften ist in Clintons Modernisierungskonzept genausowenig Platz vorgesehen wie in Arkansas. Anders als vermutlich alle demokratischen Kandidaten seit Franklin Roosevelt 1932 erwähnte Clinton in seiner Parteitagsrede die Gewerkschaften mit keinem Wort. Nach über einem Jahrzehnt des Reallohnrückgangs und sich verschlechternder Arbeitsbedingungen, nach der rücksichtslosen Aushöhlung von bestehenden Tarifverträgen und geltenden Arbeitsschutzbestimmungen verlangt das neue demokratische Wahlprogramm von den Lohnabhängigen weitere Zugeständnisse. Die Beschäftigten müßten bereit sein, »neue Verantwortlichkeiten zu übernehmen ... (und) sich an kooperativen Anstrengungen zur Steigerung von Produktivität, Flexibilität und Qualität zu beteiligen«. Daß der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO dennoch zur Wahl Clintons aufruft, zeigt nur den Bankrott einer Gewerkschaftsbürokratie, die nach jahrzehntelangem blinden Vertrauen in die Demokratische Partei sich nun damit abfinden muß, einen gewerkschaftsfeindlichen Kandidaten vorgesetzt zu bekommen.

Prominente Konservative und Neoliberale beginnen sich für Clintons Modernisierungsprogramm zu interessieren. Im Kapitalistenmagazin »Forbes« erklärte der reaktionäre Ökonomie-Nobelpreisträger und Monetaristenpapst Milton Friedman, Bushs Präsidentschaft komme »einem Desaster sehr nahe«. Von Clinton sei dagegen eine »bessere Wirtschaftspolitik« zu erwarten: »Wenn ich mich in der Welt nach marktwirtschaftlichen Reformen umsehe, dann kamen die meisten von linksgerichteten Regierungen. Das galt für Australien, noch mehr für Neuseeland, für Frankreich, Spanien.« Auch die Zeitschrift »Economist« beklagte die »Ideenlosigkeit« der Bush-Administration. Allerdings hätten Konservative nun »eine Alternative zur Hand. Sie können für Clinton stimmen; und viele werden es tun.«

Daß stramme Reaktionäre wie Friedman, dessen monetaristische Rezepte die Grundlagen für die wirtschaftlichen Roßkuren des chilenischen Folterregimes und Reagans »Revolution« lieferten, sowie der Kalte Krieger Nitze jetzt mit den Demokraten liebäugeln, weist auf die sich beschleunigende Auflösung der republikanischen Interessenkoalition hin. Mit dem Wegfall des gemeinsamen Gegners Sowjetunion beginnt sich das von Reagan geschmiedete Bündnis wieder in seine Bestandteile zu zerlegen: in Freihandelsfreunde und Protektionisten, Weltpolizisten und Isolationisten, steuerrebellierende Yuppies und staatsauftragshungrige Rüstungskapitalisten, antistaatliche Neoliberale und christliche Fundamentalisten, die mit staatlichen Mitteln ihre Moralvorstellungen durchsetzen wollen.

Mit dem Abwandern konservativer Intellektueller zu den Demokraten wächst der Einfluß der religiösen Rechten in der Republikanischen Partei noch weiter. Christliche Fundamentalisten, seit Ronald Reagans Kreuzzug 1980 ein zentraler Bestandteil der republikanischen Interessenkoalition, hielten das Heft auf dem Parteitag Mitte August fest in der Hand. Redner auf Redner erklärte, die US-Gesellschaft befinde sich mitten in einem von Minderheiten, Feministinnen, Linken und Atheisten entfachten »Kulturkrieg« gegen die »traditionellen Werte von Familie, Glaube und Vaterland«. Dementsprechend nehmen im republikanischen Wahlprogramm ökonomische oder außenpolitische Themen nur noch wenig Raum ein.

Der rechtsradikale Kolumnist Pat Buchanan, der Bush bei den republikanischen Vorwahlen im vergangenen Frühjahr bis zu einem Drittel der Stimmen abnehmen konnte, ließ in seiner Parteitagsrede keine Zweifel daran, wen er in diesem »Cultural War« als Feind betrachtet. Buchanan pries die Militäreinheiten, die nach dem Aufstand in Los Angeles Anfang Mai »mit schußbereiten M-16-Geweh-ren... die Straßen von L.A. zurückeroberten, Häuserblock für Häuserblock. Genauso müssen wir unsere Städte, unsere Kultur und unser Land zurückerobern.« Der Fernsehprediger Pat Robertson, republikanischer Vorwahlkandidat von 1988 und möglicher Bewerber 1996, warnte die Delegierten vor der Frauenbewegung, deren Interessen sich in der demokratischen Wahlplattform niedergeschlagen hätten. Der Feminismus, so Robertson, »ermutigt Frauen, ihre Ehemänner zu verlassen, ihre Kinder (gemeint sind Embryos, M.H.) umzubringen, Hexerei zu betreiben, den Kapitalismus zu zerstören und zu Lesben zu werden«.

Solche Hetztiraden (bei denen nur noch offen bleibt, ob die Reihenfolge der Aufzählung auch eine Steigerung des Entsetzens ausdrückt) dürften selbst Bush insgeheim unangenehm sein. Die religiöse Raserei wird den Auszug moderater Wähler und reaktionärer Intellektueller aus der Partei nur weiter beschleunigen. Auch wenn er nicht ernsthaft vorhat, das Programm der Fernsehprediger in konkrete Regierungspolitik umzusetzen, ist der Präsident doch im Wahlkampf auf die

enthusiastische Unterstützung der christlichen Rechten angewiesen, die (mit bis zu 40 Millionen Anhängern) die wichtigste Massenbasis der republikanischen Partei darstellt.

Die republikanische Führung bemüht sich, die Fundamentalisten zu mobilisieren, indem sie auch noch das letzte fortschrittliche Element beim Gegner angreift: die profilierte Rolle von Frauen und Schwulen in der Demokratischen Partei. Hillary Clinton und Tipper Gore, die Ehefrauen der demokratischen Kandidaten, treten selbstbewußt auf und verfolgen eigenständige berufliche Karrieren, während Barbara Bush und Marylin Quayle nur zu sehen sind, wie sie ihren Ehemännern treu und aufopferungsvoll zur Seite stehen. Bei den Kongreßwahlen im November haben gleich ein halbes Dutzend demokratischer Kandidatinnen gute Chancen, die Zahl von bisher nur zwei Frauen im US-Senat (bei 96 Männern) deutlich zu erhöhen. Die demokratische Wahlplattform spricht sich eindeutig gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben aus.

Allerdings stoßen solche eher symbolischen progressiven Errungenschaften bei den Demokraten an ihre Grenzen, sobald es an den Steuersäckel geht. Clinton und Gore unterstützen zwar das Recht auf Abtreibung (worin ihnen die überwältigende Mehrheit der US-Bevölkerung zustimmt), haben aber in der Vergangenheit immer verlangt, daß minderjährige Schwangere vor einer Abtreibung die Erlaubnis beider Elternteile einholen und daß keine Steuergelder für Abtreibungen verwendet werden: Das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung haben also nur die Frauen, die es sich leisten können.

Noch vor einem Jahr schien es selbst nach den Maßstäben der bürgerlichen Demokratie reichlich überflüssig, im November 1992 überhaupt Präsidentschaftswahlen abhalten zu lassen. Mit George Bush schien der Sieger schon von vornherein festzustehen. Der Bezwinger von Saddam Hussein stieß in Meinungsumfragen bei bis zu 91 Prozent der Befragten auf Zustimmung. Inzwischen ist der Ausgang der Wahlen jedoch völlig offen. Die sich verstärkende Rezession, die Auflösung der republikanischen Interessenkoalition und die Hinwendung nicht unerheblicher Teile der Eliten zur Demokratischen Partei lassen nach zwölf Jahren republikanischer Präsidentschaft einen Sieg Bill Clintons möglich erscheinen.

Dessen Nominierung durch die Demokraten zeigt, wie weit der öffentliche politische Diskurs in den USA nach rechts gerückt ist. Wahlkämpfe werden nur noch um die »Mitte« geführt: die ständig schrumpfende, immer weißer und wohlhabender werdende Wahlbevölkerung, die vor allem in den Eigenheim-Vorstädten der Ballungszentren zu Hause ist. Die Mehrheit der US-Bevölkerung beteiligt sich schon längst nicht mehr an parlamentarischen Wahlen – für ihre Interessen bleibt der Wahlausgang am 3. November weitgehend belanglos.

Michael Hahn schrieb in KONKRET 7/92 über den amerikanischen Multimilliardär Ross Perot

Konkret 10/92, S. 39

Claudia Fregiehn

»Russen raus!«

Im Jahr Eins nach der Anerkennung der baltischen Unabhängigkeit durch das postsowjetische Rußland soll am 25. Oktober das litauische Parlament neu gewählt werden. In durchaus veränderten Umständen

Mit der Feststellung, im Baltikum fänden »ethnische Säuberungen im sanften Stil« statt (»Iswestja«,28.8.92) kritisierte der Direktor des norwegischen Instituts für Menschenrechte auf der Sitzung der UN-Kommission für Minderheitenschutz in Genf einstweilen nur Estland und Lettland, wo sich die Lage der russischsprachigen Bevölkerung (die über 30 Prozent der Einwohner ausmacht) zunehmend verschlechtert. In Litauen, wo nur 9,4 Prozent der Gesamtbevölkerung russischsprachig und 7 Prozent polnisch sind, scheinen die Zustände, liest man das Staatsbürgerschafts- und das neue Wahl-Gesetz, noch vergleichsweise liberal. Um das hohe Niveau der litauischen Zivilisation zu betonen und Völkerverständigung zu demonstrieren, haben die litauischen Politiker sogar darauf verzichtet, die Vier-Prozent-Hürde des gemischten Wahlsystems nach europäischem Muster auf die Listen der nationalen Minderheiten anzuwenden.

Seit November 1989 haben die meisten Polen nach erfolgreichem Sprachtest und aus Überzeugung die litauische Staatsbürgerschaft angenommen und werden seitdem als »Einheimische« bezeichnet. Viele suchen ihr Heil in der Assimilation, weil sie zu Recht befürchten, sich durch die Vertretung ihrer Minderheiteninteressen im »befreiten Litauen« Nachteile einzuhandeln.

Stanislaw Kaczeiski, stellvertretender Vorsitzender und Wahlkandidat des »Vereins der Polen in Litauen« ist jedoch gegen die von der Regierung propagierte »Verschmelzung der Nationen«: »Sie erklären den polnischen Schriftsteller Adam Mickiewicz, in Weißrußland geboren, in Vilnius ausgebildet, in Paris gestorben, nur zum litauischen Volkshelden Adamos Mickiewiczkas, um ihr eigenes kulturelles Erbe aufzupolieren.« Das Ziel der 16.000 Mitglieder starken Organisation ist die Wiederherstellung der polnischen Selbstverwaltungsstrukturen im Wilnaer Gebiet. Deswegen läuft seit 1990 ein Ermittlungsverfahren gegen sie wegen »Gefährdung der nationalen Souveränität«.

Aus dem gleichen Grund werden auch die Bürgermeister und Schuldirektoren in vier polnischen Dörfern, die vor einem Jahr ihrer Ämter enthoben wurden, polizeilich gesucht und leben deswegen im Untergrund. Ihre Posten sind heute von Litauern besetzt. Der Zeitung der polnischen Minderheit, »Kurier Wilenski«, wirft die Zensurbehörde des Innenministeriums vor, künstlich Streit zwischen den Nationalitäten zu schüren. Das Blatt hat mehrfach auf die strukturelle Benachteiligung von Polen hingewiesen und fühlt sich von der ausschließlich aus Litauern bestehenden »Parlamentarischen Kommission für die Angelegenheiten des östlichen Litauens« schlecht vertreten. Besonders unbeliebt hatte sich Chefredakteur Balcewicz damit gemacht, daß er die Grundlage der meisten strafrechtlichen Verfahren gegen Einrichtungen und Organisationen der polnischen Minderheit anzweifelte: die Behauptung, sie seien allesamt vom russischen Geheimdienst KGB unterwandert.

Der Jubel über Freiheit, Unabhängigkeit und das Abenteuer Marktwirtschaft verstummt angesichts der ökonomischen Talfahrt des Landes allmählich. Eine Meinungs-Umfrage des Litauischen Rundfunks hat ergeben, daß mittlerweile als einzige Partei die Sozialdemokraten wenigstens anderthalb Prozent mehr Unterstützer als Gegner haben – die Christdemokraten und die Liberalen schreiben rote Zahlen. »Sajudis«, die die nationale Unabhängigkeit durchgesetzt hat, schneidet mit am schlechtesten ab: 27,3 Prozent der Befragten würden die Regierungspartei wieder wählen, 51,4 Prozent lieber nicht. Trotzdem hält Alfredos Levitskas, ein Vilniusser Vertreter der Bewegung, Landsbergis weiterhin für den einzig geeigneten Präsidentschaftskandidaten, die Unabhängigkeit und den Zerfall der Sowjetunion für »ein Geschenk Gottes an Litauen« und die Fernsehumfrage für eine weitere KGB-Provokation.

Der ehemalige sowjetische Geheimdienst gilt eingefleischten Litauern nicht nur als Verursacher des Nationalitätenkonflikts, der innenpolitischen Krise und der ökonomischen Probleme – er soll auch schuld daran sein, daß der Abzug der 360.000 Sowjetsoldaten so langsam vonstatten geht: Solange die Truppen im Lande sind, traut sich, so glaubt man, der Aufschwung nicht ins Land. Um dem allmächtigen KGB nicht wehrlos ausgeliefert zu sein, wurde zusätzlich zur mittlerweile litauischen Polizei eine eigene Armee mit 60.000 Soldaten aufgestellt. Mit der ersten Ladung von 50.000 Kalaschnikows, für 800.000 US-Dollar frisch aus Moskau importiert, werden die innere Ordnung und die Grenze zum noch russischen Kaliningrad geschützt.

Trotz der reaktionären Entwicklung seit der Unabhängigkeit ist Emanuelis Zingeris, bis August Mitglied des auswärtigen Ausschusses im Parlament und heute Direktor des jüdischen Staatsmuseums, das keinen Pfennig Geld vom Staat bekommt, immer noch froh über das Ende der Sowjetherrschaft. Obwohl der jüdische und der polnische Friedhof bereits mehrfach geschändet wurden und Zingeris eine Eskalation fremdenfeindlicher und antisemitischer Ressentiments bei einer Verschärfung der Wirtschaftskrise in Litauen nicht ausschließen will, bleibt der Literaturhistoriker optimistisch. Seinerzeit habe er schließlich »mit den Kollegen nicht die Unabhängigkeit für Litauer, sondern für Bürger« erkämpft. Er setzt auf die Lernbereitschaft der Bevölkerung. Vor allem hofft er auf die Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins der Jugend:

»Wir müssen uns in den Schulbüchern mit dem Holocaust beschäftigen und mit den jungen Armeeangehörigen darüber sprechen, auch über die Kollaboration der Litauer mit den Nazis; es muß eine humanitäre Brücke gebaut werden.«

An einer Brücke arbeitet auch, wesentlich aussichtsreicher, Edwardas Krischjunas, Dozent für Geschichte und Philosophie an der pädagogischen Hochschule von Vilnius: er will sie in die Zukunft schlagen. Die Bildung des politischen Nachwuchses macht ihm Sorgen. Das »Junge Litauen«, die 1988 wiederbegründete Jugendorganisation der Smetona-Diktatur aus der Vorkriegszeit, soll die Jugend des Landes im christlich-nationalen Sinn vereinen und neue Generationen litauischer Intelligenz hervorbringen. Trotz der nur 3.000 Mitglieder arbeitet der Verein sehr effektiv. Zwei Jahre lang organisierte er erfolgreich den Boykott der Litauer gegen die Einberufung in die Sowjetarmee. Vor kurzem ist die nationalistische Jugendorganisation nur knapp daran gescheitert, genügend Unterschriften für die Durchführung eines Referendums zur Verschärfung des Staatsbürgerschaftsgesetzes zu sammeln. Dem Experten für Geschichte der UdSSR würde ein kleiner Block aus 3-4 Mandaten im Parlament schon ausreichen, um rechten politischen Druck auszuüben. Vorrangiges Ziel der parlamentarischen Vertretung soll es sein, die russischsprachige Minderheit loszuwerden, denn »wenn erst die 5. Kolonne des russischen Imperialismus außer Landes ist, steht dem Wachstum des ökonomischen Kapitals nichts mehr im Wege«. Von den Juden droht Krischjunas zufolge derzeit keine Gefahr, »die wurden von den Faschisten fast alle vernichtet« – assimilierte Polen sollen bleiben dürfen, wenn sie mit deutschem Fleiß zu arbeiten bereit sind.

Das wiedervereinigte Deutschland spielt für die Zukunft Litauens überhaupt eine zentrale Rolle, vor allem beim Aufbau einer neuen außenpolitischen Allianz, die neben den baltischen Staaten Polen, Ungarn, die Tschechei und Slowakien umfassen soll. Die deutsche Aufgabe soll darin bestehen, »die Polen in Schach zu halten« (Krischjunas) und zu verhindern, daß sie Vilnius einnehmen. Königsberg wollen sich die Litauer mit den Deutschen teilen – wobei sie, ganz bescheiden, nur den kleineren Teil für sich beanspruchen.

Claudia Fregiehn schrieb in KONKRET 7/92 über die Situation der Frauen in der ehemaligen Sowjetunion

Konkret 10/92, S. 40

Oliver Kozlarek

Nach Art des Hauses

In seinem mexikanischen Zweigwerk hat der VW-Konzern demonstriert, wie die Multis zukünftig mit unbotmäßigen Belegschaften in der »Dritten Welt« umspringen wollen

Am vergangenen 17. August hat die einem Schiedsgericht in Arbeitsrechtsbelangen entsprechende »Bundesschlichtungsversammlung« dem Volkswagenableger in Mexiko grünes Licht für die Entlassung von rund 16.000 Arbeitern gegeben. Damit wird nach den Worten eines gewerkschaftsnahen Rechtsberaters der jüngste Arbeitskonflikt im deutschstämmigen Unternehmen auf »monströse« Weise beigelegt. Tatsächlich ist unheimlich, was sich während der letzten Wochen hinter den Kulissen des konzerninternen Interessen- und Machtpokers abspielte, der diesen Konflikt ausgelöst und bestimmt hat. Im Vordergrund standen dabei vor allem zwei Ziele, die von der Unternehmensleitung anvisiert wurden. Um die Produktion bei VW in Mexiko effizienter zu machen, sollten aufgrund neuer Arbeitsmethoden überflüssig gewordene Arbeitsplätze abgeschafft und die übrigen zu deutlich schlechteren Bedingungen neu verteilt werden. Außerdem wollte das Management ein für allemal mit der aufmüpfigen unabhängigen VW-Gewerkschaft aufräumen.

Die Ursprünge dieses Arbeitskampfes sind grenzüberschreitend. Sie reichen auf der einen Seite bis in die Strategie-Etagen der deutschen Mutterfirma, auf der anderen Seite liegen sie – aus mexikanischer Sicht – jenseits des Rio Grande im lukrativsten aller Automobilmärkte, den Vereinigten Staaten. Die mexikanische Arbeiterschaft, vielleicht stellvertretend für die in der gesamten Dritten Welt, mußte dabei einmal mehr feststellen, daß ihre Rechte im freien Spiel der internationalen Konzerne nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben stehen.

Als die Arbeiter von Volkswagen in Mexiko am 1. Juli dieses Jahres in einen 36stündigen Streik gingen, schien die Welt noch in Ordnung. Lohnverhandlungen sowie der Versuch einer Reform des Arbeitskollektivvertrages, der seit den siebziger Jahren die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern regelt, ließen den Streik als einen jener erscheinen, mit dem die gut 14.200 gewerkschaftlichen VW-Beschäftigten ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen versuchten. Die erste Überraschung gab es allerdings bereits, als am 2. Juli ohne Nachverhandlungen das neue Vertragswerk unterschrieben wurde. Unter der Belegschaft machten sich Unsicherheit und Zweifel breit, als die Gewerkschaftsführung von einer 20prozentigen Lohnerhöhung sprach, während die Unternehmensleitung in ihrem Mitteilungsblatt nur 15 Prozent zugestand.

Als im Laufe der folgenden Tage weitere Details der Verhandlungen bekannt wurden, steigerte sich der Ärger der Beschäftigten. Es wurde bekannt, daß das Exekutivkomitee der unabhängigen VW-Gewerkschaft, ohne seine Mitglieder zu konsultieren, einem Plan der Unternehmensleitung zugestimmt hatte, demzufolge die bisherige Arbeitsorganisation von Grund auf umstrukturiert werden sollte. Der Plan sah vor, bereits zum 1. August mit der Einrichtung von »Arbeitsgruppen« nach japanischem Vorbild zu beginnen, die die Produktion effizienter machen sollten. Eine Gruppe von oppositionellen Gewerkschaftern unter der Führung von Jesús Valencia warf der offiziellen Gewerkschaftsleitung vor, sie habe »hinter dem Rücken der Arbeiter« gehandelt.

Dann überschlugen sich die Ereignisse: Am 20. Juli forderten 170 von 214 Gewerkschaftsdelegierten die Einberufung einer Sonderversammlung. Um sie durchzusetzen, legte die Belegschaft ab der Mittagsschicht des folgenden Tages die Arbeit nieder. Die 170 Delegierten, die die Einberufung der Versammlung forderten, sowie ca. 3.000 einfache Gewerkschaftsmitglieder warfen dem, erst im vergangenen November gewählten, Exekutivkomitee unter der Führung von Gaspar Bueno vor, »die Interessen des Gremiums verraten« zu haben, und erkannten der offiziellen Führung die Legitimation ab.

Überraschend schnell und brutal reagierte die Unternehmensleitung auf den Konflikt: Sie kündigte an, die Produktion des Betriebes einzustellen und die Produktionsstätte, die 3 Prozent des gesamten Brutto-Inlands-Produkts Mexikos erwirtschaftet und im letzten Jahr die Nummer eins unter den für den nationalen Markt produzierenden Automobilherstellern war, ins Ausland zu verlegen. Gleichzeitig beantragte der Betrieb bei der »Bundesschlichtungsversammlung« die Erlaubnis, die gut 16.000 individuellen und kollektiven Beschäftigungsverträge zu kündigen. Als Sofortmaßnahme entließ das Unternehmen 14 der oppositionellen Gewerkschafter, unter ihnen auch Jesús Valencia.

Die PR-Abteilung des Autokonzerns wurde dabei nicht müde, darauf hinzuweisen, daß es sich bei dem Konflikt um ein gewerkschaftsinternes Problem handele, bei dem das Unternehmen lediglich als geschädigter Dritter auftrete. Dadurch versuchte VW, die Firmenschließung und die damit einhergehenden Entlassungen mit »höherer Gewalt« zu rechtfertigen. Der Rechtsberater der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung, Fernandez del Real, bezeichnete den »verbalen Terrorismus (der Unternehmensführung), die Drohungen der Massenentlassungen und die Auflösung der Gewerkschaft«

als »illegal und unrealistisch«. »Das Unternehmen kann nicht 16.000 qualifizierte Arbeiter entlassen«, meinte er, »weil dies gegen seine eigenen Interessen geht«.

Tatsächlich scheint es der VW-Leitung auch nie darum gegangen zu sein, alle Arbeiter zu entlassen und »den Laden in Mexiko dicht zu machen«. Gegen eine solche Annahme sprechen die bereits seit Jahren existierenden Pläne der VW-Strategen, die Produktion weiter auszubauen sowie den Standortvorteil Mexikos zu nutzen, um nach dem Abschluß des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, den USA und Kanada den nordamerikanischen Markt in einem zweiten Anlauf zu erschließen. Nachdem die VW-Filialen in den Vereinigten Staaten 1987 ihre Tore schließen mußten, soll das Arbeitskräftebilligland Mexiko nun den nicht aufgegebenen Traum des Automobilmultis aus Wolfsburg verwirklichen helfen. Die Schlüsselstellung der mexikanischen VW-Filiale für die Offensive gen Norden bestätigt der Geschäftsführer Martin Josephi. Bei einer Pressekonferenz im März dieses Jahres hob er hervor, daß »VW de Mexico« das Schwesterunternehmen »VW do Brasil«, das bisher als wichtigster US-Lieferant wolfsburgischer Technik galt, vor allem wegen der größeren wirtschaftlichen Stabilität Mexikos, in Zukunft ablösen würde.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, den US-Markt von Mexiko aus beliefern zu können, ist allerdings die Erfüllung der im Freihandelsabkommen vorgesehenen »Herkunftsregel«. Danach müßten mexikanische VWs zu 62,5 Prozent aus mexikanischer Produktion hervorgegangen sein, um unter den Bedingungen des Freihandelsabkommens in die USA exportiert werden zu können. Damit konnte Volkswagen aufgrund seiner hauptsächlich in der Bundesrepublik ansässigen Zulieferer bisher nicht dienen. Nach den Worten des Ökonomen und VW-Experten Humberto Jurez ist deshalb ein »höherer Integrationsgrad« der VW-Produktion in die mexikanische Industrie notwendig. Um dieses zu erreichen, würde das Unternehmen vor allem zwei Strategien verfolgen: Die erste bestünde in einer Steigerung der »äußeren Flexibilität«. Gemeint ist damit die Reduktion der Abhängigkeit von europäischen Zulieferern. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, daß die europäischen Zulieferer Filialen in Mexiko errichten. Die mexikanische Tageszeitung »La Jornada« schrieb dazu: »Innerhalb des VW-Konsortiums hat der mexikanische Ableger jetzt eine wichtige Funktion: er soll zum Ausgangspunkt für die Konstruktion eines industriellen Korridors werden, um den herum sich eine Reihe von Zulieferfirmen gruppieren.« Die Errichtung einer solchen Struktur würde nach Humberto Jurez VW de Mexico ausreichend integrieren, um gemäß den Forderungen des Freihandelsabkommens in die Vereinigten Staaten exportieren zu können. Damit wird die bereits in Europa etablierte Just-in-time-Produktion möglich, wodurch die Produktionskapazitäten angehoben werden können: ebenfalls eine zwingende Notwendigkeit, um den Export zu steigern.

Mit der Umstellung auf das Just-in-time-Verfahren ergeben sich allerdings auch Konsequenzen für die Belegschaft sowie die Arbeitsorganisation in der mexikanischen VW-Filiale. Die Grundidee dieses effizienteren Produktionsverfahrens ist, daß die Zulieferer ihre Teile möglichst vollendet vorfertigen, so daß sie bei der Endmontage ohne größeren Bearbeitungsaufwand montiert werden können. Dadurch werden Arbeitsplätze bei VW überflüssig. Diese Tendenz wird zusätzlich dadurch gefördert, daß selbst die Montage der gelieferten Teile von Teams der jeweiligen Fremdfirmen getätigt werden. Dies erfordert – und dies zum zweiten – nach den Worten von Humberto Jurez die Steigerung der »inneren Flexibilität«. Die Umstellung der Arbeitsorganisation auf Arbeitsgruppen ist ein erster Schritt in der Umstrukturierung des Produktionsprozesses. Diese Arbeitsgruppen lassen sich durch Teams der Zulieferer unproblematisch ergänzen.

Allerdings hat diese Umstellung noch einen weiteren Nebeneffekt, der der Unternehmensführung gelegen kommt, um »Rechnungen mit der Gewerkschaft zu begleichen«. Sie untergräbt die gewerkschaftliche Einheit durch die Zerstückelung der Belegschaft in Kleinstgruppen, mit dem Endziel, die Gewerkschaft völlig wirkungslos zu machen. Humberto Jurez präzisiert: »Es geht nicht darum, ob die Führung der Gewerkschaft fügsam oder widerspenstig ist. Das Problem ist, wie sich partielle Streiks vermeiden lassen.«

Die Entlassung der 16.000 VW-Beschäftigten ist vor diesem Hintergrund ebenfalls als strategische Maßnahme zu verstehen. Dies zeigt allein die Tatsache, daß die Wiedereinstellungen noch am Tag der Entlassung aufgenommen wurden, nachdem VW-Chef Martin Josephi bekanntmachte, daß von seiten des Unternehmens nun nicht mehr die Notwendigkeit für die Schließung der Fabrik bestünde, da sich Mexiko fähig erwiesen habe, dem Recht Geltung zu verschaffen.

Die Versöhnlichkeit der Unternehmensleitung ist verständlich. Schließlich hat sie erreicht, was ihren ehrgeizigen Plänen entgegenkommt. Da lediglich 90 Prozent der entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden, hat sich das Unternehmen gut 2.000 Arbeiter entledigt, unter ihnen jene »problematischen« Gewerkschafter, die sich nicht haben kaufen lassen. Der Kollektivvertrag, der das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeitskämpfe war und wesentliche Rechte der Beschäftigten festlegte, ist für null und nichtig erklärt worden. An seine Stelle tritt der von Gaspar Bueno unterschriebene Kontrakt, dessen genauer Inhalt von der offiziellen Gewerkschaftsführung bis heute, dem 20. August, dem Tag an dem die Arbeit bei Volkswagen in Mexiko wieder aufgenommen wurde, nicht bekanntgegeben worden ist.

Sicher ist allerdings bereits, daß die Wiedereingestellten ihre mit den Arbeitsjahren angesammelten Vergünstigungen, wie längere Urlaubszeiten etc., verlieren. Außerdem entfällt ihr Recht, das den Samstag als Ruhetag vorgesehen hatte, sowie ihr Anspruch auf eine 30minütige Pause während eines achtstündigen Arbeitstages. Andererseits stellte die Regierung Mexikos

einmal mehr unter Beweis, auf welcher Seite siesteht. Der Oppositionspolitiker Munos Ledo wirft Arbeitsminister Farell vor, er habe »den Tisch gedeckt«, damit »die Deutschen die Gewerkschaftsorganisation nach ihrer Art restrukturieren«.

Munos Ledo sieht im erfolgreichen Taktieren des deutschen Automobilkonzerns einen Präzedenzfall für das, was im Zuge des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada noch auf die mexikanische Arbeiterschaft zukommen wird. Hier habe sich die opportunistische Politik der Staatsführung »selbst entblößt und dem ausländischen Unternehmer gezeigt, daß die mexikanischen Autoritäten da sind, um ihm zu dienen«.

Eines ist sicher: Der Volkswagenkonflikt ist nicht der erste Fall seiner Art, der den mexikanischen Arbeitern zugemutet wird. Er ist vergleichbar mit dem, was sich in der mexikanischen Niederlassung von Ford 1987 abspielte. Mit oder ohne Freihandelsabkommen suchen die großen Multis nach Meinung von Jose Santos vom »Mexikanischen Zentrum für die Verteidigung der Menschenrechte der Arbeiter«, »den maximalen Nutzen aus der Arbeitskraft zu pressen und die Produktivität zu erhöhen, allerdings ohne daß diese Produktionssteigerung sich in den Löhnen oder anderen Areizen für die Arbeiter niederschlagen würde«.

Wenn wir unter dem Zauberwort »Modernisierung« neben der bloßen Produktionssteigerung auch sozialen Fortschritt verstehen, so ist zu fürchten, daß sich Mexiko nach dem verlorenen Jahrzehnt der 80er Jahre nun auf dem Weg befindet, seine Souveränität und Würde dadurch zu verlieren, daß es seine Arbeiter den »Wölfen« aus Wolfsburg zum Fraß vorwirft.

Oliver Kozlarek ist Lateinamerikanist und lebt in Berlin

Konkret 10/92, S. 42

Eduardo Galeano

Fünfhundert Jahre Raub und Mord

Seit mit der »Entdeckung Amerikas« durch Christoph Columbus am 12. Oktober 1492 die Europäer zum größten Raubzug der Weltgeschichte aufbrachen, werden seine Opfer, die Indianer, massakriert oder gewaltsam assimiliert. Zunächst im Namen des Christen-Gottes, heute im Namen der Aufklärung und des Fortschritts

Am 12. Oktober 1492 entdeckte Amerika den Kapitalismus. Christoph Columbus, finanziert von den Königen Spaniens und den Bankiers aus Genua, brachte diese Neuheit den Inseln des karibischen Meeres. In seinem Tagebuch der Entdeckung schrieb der Admiral 139mal das Wort »Gold« und 51mal das Wort »Gott« oder »unser Herr«. Er konnte sich an den Schönheiten der neuen Küste nicht satt sehen und prophezeite am 27. November: »Die ganze Christenheit wird hier Geschäfte tätigen!« Darin behielt er recht. Zwar glaubte er, daß Haiti Japan wäre und Kuba China, hielt er die Einwohner Chinas und Japans für indische Indianer. Aber in jenem irrte er sich nicht.

Nach fünf Jahrhunderten emsiger Geschäftstätigkeit der gesamten Christenheit ist ein Drittel der amerikanischen Wälder vernichtet, liegt ein Großteil der einst fruchtbaren Erde brach, ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterernährt. Die Indianer, Opfer des größten Raubzuges der Weltgeschichte, leiden auch weiterhin unter der fortschreitenden Enteignung des ihnen noch gebliebenen Restes an Land und bleiben ohne Akzeptanz ihrer spezifischen Identität. Noch immer verbietet man ihnen, nach der ihnen gemäßen Art zu leben, noch immer dürfen sie als Indianer nicht existieren. Anfangs wurden Raub und Mord im Namen eines Gottes im Himmel durchgeführt. Jetzt geschieht dies im Namen eines Gottes des Fortschritts.

Am 12. Oktober 1492 notierte Christoph Columbus in seinem Bordbuch, er wolle einige Indianer nach Spanien mitnehmen, »damit sie sprechen lernen«. Fünf Jahrhunderte später, am 12. Oktober 1989, wurde ein Indianer, ein Mixteke, vor einem nordamerikanischen Gerichtshof als »geistig behindert« bezeichnet, weil er kein korrektes Spanisch sprach. Ladislao Pastrana, Mixteke aus Oaxaca, Hilfsarbeiter auf den Feldern Kaliforniens, sollte lebenslang in ein staatliches Asyl eingewiesen werden: Er verstand sich nicht mit dem spanischen Dolmetscher, und der Psychologe diagnostizierte: »Klarer Mangel an Intelligenz«. Schließlich klärten Anthropologen den Fall: Pastrana drückte sich völlig einwandfrei in der Sprache der Mixteken aus, die die Nachkommen jener zweitausendjährigen Hochkultur noch heute sprechen.

In Paraguay spricht man Guarani. Ein Einzelfall in der Weltgeschichte: Die Indianersprache, die Sprache der Besiegten, wurde zur allgemeinen Landessprache. Und dennoch: Nach Umfragen meint die Mehrheit der Paraguayer, jene, die das Spanische nicht verstehen, seien »wie Tiere«.

Jeder zweite Peruaner ist Indianer, und die peruanische Verfassung hat das Quechua neben dem Spanischen zur offiziellen Sprache erklärt. Aber die Realität hört nicht hin. Peru behandelt die Indianer wie Südafrika die Schwarzen. Spanisch ist die einzige Sprache, die an den Schulen gelehrt und von den Richtern, Polizisten und den Funktionären der Verwaltung verstanden wird. (Spanisch ist nicht die einzige Sprache des Fernsehens, das spricht auch englisch.)

Vor fünf Jahren verweigerten die Behörden in Buenos Aires die Registrierung eines Kindes im Namensregister. Die Eltern, Indianer aus der Provinz Jujuy, wollten ihren Sohn Quori Wamancha nennen, ein Name aus ihrer Sprache. Die Behörde akzeptierte es nicht, da es »ein ausländischer Name« sei.

Die Indianer Amerikas leben als Exilierte im eigenen Land. Die Sprache ist kein Merkmal ihrer Identität, sondern ihrer Verfluchung. Sie kennzeichnet die Indianer nicht, sie verrät sie. Erst wenn ein Indianer auf seine Sprache verzichtet, beginnt er, sich zu zivilisieren. Beginnt er wirklich, sich zu zivilisieren, oder fängt er nicht vielmehr an, sich langsam umzubringen?

Als Kind lehrte man mich in den Schulen Uruguays, das Land habe dank der Generäle, die im letzten Jahrhundert die Indianer ausgerottet haben, das »Eingeborenen-Problem« gelöst. Das Eingeborenen-Problem: In Wahrheit sind die ersten Amerikaner, die wirklichen Entdecker Amerikas, ein Problem. Und damit das Problem aufhört, eines zu sein, ist es notwendig, daß die Indianer aufhören, Indianer zu sein. Daß sie von der Landkarte getilgt, ihre Seele ausgelöscht, daß sie vernichtet oder assimiliert werden.

Im Dezember 1975 erklärte der Innenminister von Brasilien triumphierend, daß am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts »das Eingeborenen-Problem vollkommen gelöst sein wird«: Alle Indianer wären bis dahin ordnungsgemäß in die brasilianische Gesellschaft integriert und damit keine Indianer mehr. Der Minister erklärte, daß die für den Schutz der Indianer eingesetzte Behörde FUNAI die Aufgabe übernehmen würde, sie zu zivilisieren, das heißt: Sie wird dafür sorgen, daß sie verschwinden: Gewehrkugeln, Dynamit, Spendenlieferungen vergifteter Lebensmittel, vergiftete Flüsse, abgeholzte Wälder, Erkrankungen aufgrund von den Indianern unbekannten Viren und Bakterien – und all das begleitet von der Invasion des Amazonas-Gebietes durch Handelsunternehmen, die erpicht sind auf Mineralien, Holz und vieles andere. Doch dieser langandauernde und grausame Angriff hat noch nicht ausgereicht: Die Domestizierung der überlebenden

Indianer, ihre »Rettung aus der Barbarei«, ist eine unverzichtbare Waffe, um der Conquista noch die letzten Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Der fromme nordamerikanische Oberst Henry Pratt empfahl, »den Indianer zu töten und den Menschen zu retten«. Und viele Jahre später erklärte der peruanische Dichter Mario Vargas Llosa, es gebe keinen anderen Weg, um die Indianer vor Hunger und Elend zu »retten«, als sie zu ›modernisieren‹, auch wenn damit ihre Kulturen geopfert würden.

Diese »Rettung« verurteilt die Indianer dazu, vom Morgengrauen bis zum Sonnenuntergang in den Minen und Pflanzungen für einen Lohn zu arbeiten, der nicht ausreicht, um eine Dose Hundefutter zu kaufen. »Rettung« bedeutet auch, sie aus ihren gemeinschaftlichen Zufluchtsstätten zu reißen, um sie bei Niedriglöhnen den Gewalttätigkeiten der Städte auszusetzen, wo sie Sprache, Namen und Kleid wechseln, um schließlich als Bettler, Trunkenbolde und Prostituierte zu enden. »Rettung« bedeutet, sie in Uniformen zu zwängen, Gewehre schultern zu lassen und andere Indianer zu töten oder selber in Verteidigung eines Systems zu sterben, das sie ablehnt. Sie sind gutes Kanonenfutter: Im 2. Weltkrieg fielen von 25.000 Indianern 10.000.

Am 16. Dezember 1492 hatte Columbus bekanntgegeben: Die Indianer sind tauglich, »daß man ihnen befehle und sie arbeiten lasse – säen und alles, was sonst notwendig ist – und daß man sie lehre, nach unserer Sitte gekleidet zu gehen«. Raub der Arme, Raub der Seele: Dieses Vorgehen nennt man in ganz Amerika seit den Kolonialzeiten »reduzieren«. Der »gerettete« Indianer ist ein »reduzierter« Indianer. Er wird »reduziert«, bis er verschwindet: Seiner Gewohnheiten beraubt ist er ein Nicht-Indianer, ein Niemand.

So haben die Missionare einer evangelischen Sekte den Schamanen der Chamococo-Indianer gezwungen, seine Federn und Schellen abzulegen wie auch seine Gesänge zu unterlassen, »weil sie Teufelswerk seien«. Jetzt kann er keine Schlangenbisse mehr heilen, keinen Regen in der Trockenzeit herbeiholen und nicht mehr über das Land fliegen, um von dem zu singen, was er sieht. Der Schamane Ticio Escobar antwortete auf eine Frage: »Lasse ich ab vom Singen, werde ich krank. Meine Träume wissen nicht mehr, wohin, und sie quälen mich. Ich bin alt und verletzt. Und was nützt es mir schließlich, das, was ich bin, zu verleugnen?«

So sprach der Schamane im Jahre 1986. Im Jahre 1614 hatte der Erzbischof von Lima alle Flöten und sonstigen Musikinstrumente der Indianer verbrennen lassen und alle Tänze, Gesänge und Zeremonien verboten, »damit die Dämonen nicht weiterhin ihren Betrug ausüben können«. Und 1625 hatte der Auditor des Königlichen Gerichtshofes die Tänze, Gesänge und Zeremonien der Indianer mit einer Strafe von hundert Peitschenhieben belegt, »denn in ihnen paktieren sie mit den Dämonen«.

Um den Indianern Freiheit und Gut zu nehmen, nimmt man ihnen die Symbole ihrer kulturellen Eigenständigkeit. Man verbietet ihnen, zu singen und zu tanzen und mit ihren Göttern zu träumen. Von der Zeit der Mönche und Funktionäre des Kolonialreiches bis zu den Aktivitäten der Missionare der nordamerikanischen Sekten, die heute Lateinamerika überschwemmen, werden die Indianer im Namen Christi gekreuzigt. Was Erzbischof Desmond Tutu in bezug auf Afrika sagte, gilt auch für Amerika: »Sie kamen. Sie hatten die Bibel, und wir hatten das Land. Und sie sagten uns: ›Schließt die Augen und betet.‹ Als wir die Augen wieder öffneten, hatten sie das Land und wir die Bibel.«

Die intellektuellen Protagonisten des modernen Staates aber bevorzugen das Alibi der Aufklärung: Um sie aus den Nebeln zu befreien, muß man die unwissenden Barbaren zivilisieren. Damals wie heute verwandelt der Rassismus so den kolonialen Raub in einen Akt der Gerechtigkeit. Der kolonisierte Mensch ist ein Untermensch, fähig nur noch zum Aberglauben, unfähig zur Religion, fähig nur noch zur Folklore, unfähig zur Kultur. Diesem Untermenschen wird eine unmenschliche Behandlung zuteil, und sein geringer Wert entspricht dem geringen Preis, den er für die Früchte seiner Arbeit erhält. Der Rassismus legitimiert den kolonialen und neo-kolonialen Raub durch die Jahrhunderte auf den verschiedenen Ebenen permanenter Erniedrigungen. Lateinamerika behandelt seine Indianer so, wie die Großmächte Lateinamerika behandeln.

Gabriel René Moreno war der angesehenste bolivianische Historiker des vergangenen Jahrhunderts. Eine der Universitäten Boliviens trägt seinen Namen. Dieser Vorkämpfer nationalisierter Kultur war der Meinung: »Die Indianer sind Esel, die, so sie sich mit Weißen vermischen, Maulesel zeugen.« Er ließ Gehirne von Indianern und Mestizen wiegen, und seiner Waage zufolge waren sie zwischen fünf, sieben und zehn Unzen leichter als die Gehirne der Weißen: Also seien jene »zellenstrukturmäßig unfähig, die republikanische Freiheit zu begreifen«.

Der Peruaner Ricardo Palma, Zeitgenosse und Kollege von René Moreno, schrieb: »Die Indianer sind eine niedrige und degenerierte Rasse.« Und der Argentinier Domingo Faustino Sarmiento lobte den langen Freiheitskampf der araukanischen Indianer wie folgt: »Sie sind widerspenstig, was heißen soll: höchst störrische Tiere, für die Zivilisation und europäische Integration wenig geeignet.«

Den grausamsten Rassismus in der Geschichte Lateinamerikas finden wir in den Worten der berühmtesten und gefeiertsten Intellektuellen am Ende des 19. Jahrhunderts und in den Werken der liberalen Politiker, die den modernen Staat

begründeten. Manchmal waren sie selber indianischer Herkunft, wie Porfirio Diaz, Urheber der kapitalistischen Modernisierung Mexikos, der den Indianern verbot, die Hauptstraßen zu betreten und sich auf den Plätzen niederzulassen, sofern sie nicht ihre Kniehosen gegen europäische Hosen und ihre Sandalen gegen Schuhe umgetauscht hatten.

Es war die Zeit der Anpassung an den vom britischen Imperium dominierten Weltmarkt, und die »wissenschaftlich« begründete Verachtung für die Indianer gewährte Straffreiheit für den Raub ihres Landes und ihrer Arbeit. Der Handel mit Kaffee forderte, nehmen wir nur dieses Beispiel, mehr Anbauflächen und mehr Arbeitskräfte. Nehmen wir alsdann den Fall des liberalen Präsidenten von Guatemala, Justo Ruffino Barrios, ein Mann des Fortschritts, der die Zwangsarbeit der Kolonialzeit wieder einführte und seinen Freunden Ländereien der Indianer zwecks Kaffe-Anbaus schenkte sowie jede Menge indianische Knechte.

Der Rassismus zeigt seine fortdauernde Wirksamkeit besonders in Ländern wie Guatemala, wo die Indianer trotz aller Vernichtungsbemühungen in der Mehrheit geblieben sind. Heutzutage gibt es keine schlechter bezahlte Arbeitskraft als die der Maya-Indianer, die 0,65 US-Dollar für die Ernte eines Zentners Kaffee oder Baumwolle oder einer Tonne Zuckerrohr erhalten. Die Indianer dürfen nicht einmal Mais pflanzen ohne Genehmigung der Militärs, und sie dürfen ihre Heimatgemeinde ohne Arbeitsgenehmigung nicht verlassen. Die Armee organisiert die massive Rekrutierung von Arbeitskräften für die Aussaat und die zum Export bestimmte Ernte. Auf den Pflanzungen werden Pestizide benutzt, die das zulässige Maximum um das Fünfzigfache überschreiten; die Muttermilch ist so vergiftet wie sonst nirgends auf der Welt. Rigoberta Menchú, ihr Bruder Felipe und seine beste Freundin Maria starben infolge aus Flugzeugen versprühter Pestizide – Felipe bei der Kaffee-Ernte, Maria bei der Baumwoll-Ernte. Dann erledigte die Armee mit Machete und Gewehrsalven den Rest der Familie Rigobertas und ihres Dorfes. Sie überlebte, um zu berichten.

Mit fröhlichem Wissen um die Straflosigkeit wird offiziell bestätigt, daß zwischen 1981 und 1983 im Laufe einer ausgedehnten Vernichtungskampagne 440 indianische Dörfer von der Landkarte getilgt worden sind, und daß dabei Tausende von indianischen Frauen und Männern ermordet wurden oder »verschwanden«. Die »Säuberung« der Gebirgszonen in Ausführung eines entsprechenden Planes kostete auch das Leben zahlloser Kinder. Die Militärs Guatemalas sind der festen Überzeugung, daß das Laster der Rebellion genetisch übertragen wird.

Verdient eine minderwertige, zur Faulheit verdammte Rasse, die unfähig zur Ordnung und zum Fortschritt ist, ein besseres Schicksal? Die institutionelle Gewalt, der Staatsterror, beseitigt die letzten Zweifel. Die Eroberer benutzen heutzutage keine eisernen Rüstungen mehr, sondern tragen Uniformen aus dem Vietnamkrieg. Und sie sind keine Weißen, sondern Mestizen, die sich ihrer indianischen Abstammung schämen, oder Indianer, die zwangsrekrutiert wurden, um Verbrechen zu begehen, an denen sie selber sterben. Guatemala verachtet die Indianer. Guatemala verachtet sich selber.

Zwölf Jahrhunderte vor den europäischen Mathematikern entdeckte diese minderwertige Rasse die Ziffer Null. Sie konnte das Alter des Universums mit erstaunlicher Genauigkeit feststellen – tausend Jahre vor den Astronomen unserer Zeit. Die Mayas sind Zeit-Reisende geblieben: »Was ist ein Mensch auf seinem Weg? Zeit.« Sie wissen nicht, daß Zeit Geld ist, wie es uns Henry Ford eröffnete. Die Zeit als Begründerin des Raumes erscheint ihnen heilig, heilig wie ihre Tochter, die Erde, und ihr Sohn, der Mensch: So wie die Erde, wie die Menschen, kann man die Zeit weder kaufen noch verkaufen. Die Zivilisation tut ihr Möglichstes, die Indianer von diesem Irrtum zu befreien.

Zivilisation? Die Geschichte verändert sich je nach der Stimme, die spricht. In Amerika, in Europa oder irgendwo sonst. Was für die Römer die »Invasion der Barbaren« war, gilt für die Deutschen als »Völkerwanderung«. Nicht die Stimme der Indianer ist es, die bisher die Geschichte Amerikas erzählt hat. Am Vorabend der spanischen Conquista verkündete ein Maya-Prophet als Mund der Götter: »Ist die Habgier einmal überwunden, wird sich das Gesicht entspannen, die Hände und Füße der Welt werden sich entfesseln. Und was wird der Mund sagen, wenn er erst einmal befreit ist?«

Was wird jene »andere« Stimme sagen, die noch niemand hörte? Der Standpunkt der Sieger, der bisher einzig gültige, besagt, daß die Sitten der Indianer nur deren dämonische Besessenheit und biologische Minderwertigkeit bestätigen. Das ist so seit dem Beginn der Kolonisation.

Die Indianer der Karibik-Inseln begehen Selbstmord, um der Sklavenarbeit zu entgehen? Weil sie Faulenzer sind. Sie laufen nackt herum, als wäre ihr Körper ihr Gesicht? Weil sie schamlose Wilde sind. Sie kennen nicht das Recht auf Eigentum, teilen alles miteinander und fühlen kein Streben nach Reichtum? Weil sie den Affen näher verwandt sind als den Menschen. Sie züchtigen ihre Kinder nicht und lassen sie frei herumstreifen? Weil sie weder Zucht noch Lebensprinzipien kennen. Sie baden sich mit verdächtiger Häufigkeit? Weil sie den Ketzern der Sekte der Mohammedaner ähneln, die auf den Scheiterhaufen der Inquisition brennen. Sie glauben an Träume und gehorchen deren Stimmen? Weil sie aus reiner Dummheit dem Einfluß Satans unterliegen. Sie essen, wenn sie Hunger haben, und nicht zur Essenszeit? Weil sie unfähig sind, ihre Gelüste zu zügeln. Sie lieben einander, wenn ihnen danach ist? Weil Satan sie dazu verführt, die Erbsünde zu wiederholen. Homosexualität ist bei ihnen geduldet und die Jungfräulichkeit ohne Bedeutung? Weil sie in der Vorhölle

leben.

Im Jahre 1523 fragte der Häuptling Nicaragua die Konquistadoren: »Und wer hat euren König gewählt?« Der Häuptling war vom Ältestenrat der Gemeinschaft gewählt worden. War der König von Kastilien vom Ältestenrat seiner Gemeinschaft gewählt worden?

Das präkolumbianische Amerika war weit und verschiedenartig. Seine Bewohner kannten demokratische Formen, von denen Europa nichts wußte und die die Welt heute noch nicht kennt. Die Realität des indianischen Amerika auf den Despotismus der Inka-Herrscher oder auf die blutigen Praktiken der Azteken-Dynastien begrenzen zu wollen, wäre vergleichbar mit einer Reduzierung der europäischen Renaissance auf die Tyrannei ihrer Monarchen oder die finsteren Zeremonien der Inquisition. In der Tradition der Guarani zum Beispiel wird der Häuptling in einer Versammlung der Männer und Frauen gewählt – und die Versammlung setzt ihn auch ab, wenn er den kollektiven Auftrag nicht erfüllt. In der Tradition der Irokesen regieren Frauen und Männer gleichberechtigt. Zwar sind die Häuptlinge Männer, aber es sind die Frauen, die sie ein- oder absetzen; in der Ratsversammlung der Matronen haben sie die Entscheidungsbefugnis über viele grundlegende Probleme, die die Gemeinschaft betreffen. Im Jahre 1600, als die Männer der Irokesen auf eigenen Entschluß hin Krieg führten, verweigerten sich ihnen die Frauen in einem Liebes-Streik. Die Männer, die gezwungen waren, alleine zu schlafen, unterwarfen sich bald einer gemeinsam getragenen Regierung.

Im Jahre 1919 erklärte der Militärbefehlshaber von Panama auf den San Blas-Inseln triumphierend: »Die Kuna-Indianerinnen werden keine Molas mehr tragen, sondern sich zivilisiert kleiden.« Und er gab bekannt, daß die Indianerinnen sich nicht mehr die Nase, sondern, wie es sich gehörte, die Wangen anmalen und nie wieder goldene Ringe in der Nase, sondern an den Ohren tragen würden. Siebzig Jahre nach jenem gockelhaften Gekrähe tragen die Kunas-Indianerinnen unserer Tage weiterhin goldene Ringe in der angemalten Nase und ihre Molas, die aus vielen farbigen, sich phantasievoll kreuzenden Stoffen in großer Schönheit gefertigt werden; sie tragen diese Molas ihr Leben lang und lassen sich mit ihnen bestatten.

1989, kurz vor der Invasion der Nordamerikaner, versicherte General Manuel Noriega, daß Panama ein Land sei, in dem die Menschenrechte respektiert würden. »Wir sind kein wilder Stamm«, erklärte er.

Die archaischen Techniken der indianischen Gemeinden hatten die Wüsten der Anden fruchtbar gemacht. Die modernen Techniken der auf Export bedachten Großgrundbesitzer verwandeln die fruchtbaren Böden der Anden überall in Wüsten. Natürlich wäre es abwegig, fünf Jahrhunderte zurückliegende Zustände wiederherstellen zu wollen, aber es wäre nicht weniger abwegig, die Katastrophen eines Systems zu ignorieren, das seither die Menschen ausbeutet, die Wälder kahlschlägt, das Land vergewaltigt und die Flüsse vergiftet, nur um so in kürzester Zeit den größten Gewinn zu erzielen. Ist es nicht absurd, die Natur und die Menschen auf dem Altar des internationalen Marktes zu opfern? In dieser Absurdität leben wir, und wir nehmen sie hin, als sei sie unser einzig mögliches Schicksal.

Die sogenannten primitiven Kulturen erweisen sich indessen noch immer als gefährlich, denn sie haben den Zugang zum gesunden Menschenverstand nicht verloren. Gesunder Menschenverstand bedeutet auch: gemeinsame Verantwortung. Wenn allen die Luft gehört, warum sollte dann das Land nur einen Besitzer haben? Wenn wir der Erde entstammen und zu ihr zurückkehren, tötet uns dann nicht jedes Verbrechen, das gegen sie begangen wird? Die Erde ist Wiege und Grab, Mutter und Gefährtin. Man bietet ihr den ersten Trunk an und den ersten Bissen. Man läßt sie ausruhen und bewahrt sie vor der Zerstörung.

Das System verachtet, was es nicht kennt, und es kennt nicht, was es fürchtet, kennenzulernen. Der Rassismus ist auch eine Maske der Angst. Was wissen wir schon von den indianischen Kulturen? Das, was uns die Wildwest-Filme erzählt haben. Und was wissen wir von den afrikanischen Kulturen? Was uns Professor Tarzan erzählt hat, der nie dort gewesen ist.

Die Erinnerung an Amerika ist vom Rassismus verkrüppelt worden. Und wir Lateinamerikaner handeln weiterhin so, als seien wir Kinder Europas und sonst niemandes. Ende des vorigen Jahrhunderts identifizierte der englische Arzt John Down das nach ihm benannte Syndrom. Er glaubte, daß die Veränderung der Chromosomen eine »Rückkehr zu den niedrigen Rassen« anzeige, daß sie mongoloide Idioten, negroide Idioten und aztekische Idioten erzeuge. Zur gleichen Zeit schrieb ein italienischer Arzt, Cesare Lombroso, dem geborenen Verbrecher die physischen Züge der Neger und Indianer zu. Seitdem maßten sich Wissenschaftler das Urteil an, Indianer und Neger neigten von Natur zum Verbrechen und zum Schwachsinn.

Zu der Zeit, in der Lombroso und Down lebten, untersuchte der Brasilianer Raimundo Nina Rodrigues das ›Negerproblem‹. Er, der ein Mulatte war, kam zu der Erkenntnis, daß eine Blutsvermischung die Charakteristika der niedrigeren Rassen verewige und daher »die Negerrasse in Brasilien für alle Zeiten einer der Faktoren unserer Minderwertigkeit als Volk darstellen muß«. Dieser Arzt und Psychiater war der erste Erforscher der brasilianischen Kultur

afrikanischen Ursprungs. Er studierte sie wie einen klinischen Fall: die Negerreligionen als Pathologien, die Trance als Ausdruck der Hysterie.

Etwas später schrieb der argentinische Arzt, der Sozialist José Ingenieros: »Die Neger, schändlicher Abschaum der menschlichen Rasse, sind den Menschenaffen näher als den zivilisierten Weißen.« Und um die Notwendigkeit dieser Minderwertigkeit darzustellen, bewies Ingenieros: »Die Neger haben keine religiösen Vorstellungen.« In Wirklichkeit hatten die religiösen Vorstellungen zusammen mit ihren Trägern auf den Sklavenschiffen die Meere überquert. Ein Beweis der Hartnäckigkeit menschlicher Würde: An die Küsten Amerikas gelangten nur die Götter der Liebe und des Krieges. Die Götter der Fruchtbarkeit, die die Ernten und Sklaven der neuen Herren vervielfacht hätten, fielen während der Überfahrt ins Wasser. Die streitbereiten und verliebten Götter, die schließlich ankamen, mußten sich maskieren. Sie maskierten sich als weiße Heilige, um so zu überleben und den Millionen von Männern und Frauen, die wie leblose Gegenstände aus Afrika gerissen worden waren, beim Überleben behilflich zu sein.

Verbotene Götter! Auch nach Abschaffung der Sklaverei war es in den spanischen und portugiesischen Kolonien sowie auf den britischen Inseln der Karibik verboten, Trommeln oder Blasinstrumente afrikanischer Herkunft zu spielen, und schon der Besitz eines Abbildes von irgend einem afrikanischen Gott wurde mit Gefängnis bestraft.

Schwarze Haut verrät irreparable Herstellungsfehler. So findet die soziale Ungleichheit, die auch rassistisch bedingt ist, ihr Alibi in der Vorstellung erblicher Belastung. Das hat bereits vor zweihundert Jahren Humboldt beobachtet, und in ganz Amerika ist es bis heute so geblieben: Die Pyramide der sozialen Klassen ist dunkel an der Basis und hell an der Spitze.

Das eigene Gesicht ist ein Fehler der Natur, die eigene Kultur ein Beweis der Unwissenheit und eine zu büßende Schuld. Zivilisieren heißt korrigieren. Das Stigma der »niedrigen Rassen«, der biologische Fatalismus, durch Geburt zu Stumpfsinn und Elend verdammt zu sein, hindern uns nicht nur daran, die wahren Ursachen unseres historischen Unglücks zu erkennen. Sie hindern uns auch daran, gewisse fundamentale Werte anzuerkennen, die jene mißachteten Kulturen auf wundersame Weise schlecht und recht bewahrt haben, trotz jahrhundertelanger Verfolgung, Unterwerfung und Erniedrigung. Diese Werte taugen nicht dazu, in Museen präsentiert zu werden. Sie sind unverzichtbare Faktoren der Geschichte, unverzichtbar für unsere Arbeit an einem Amerika ohne Befehlshaber und Befehlsempfänger. Diese Werte klagen das System an, das sie verleugnet.

Ein spanischer Priester, Ignacio Ellacuria, sagte mir vor kurzem, ihm scheine es absurd, überhaupt von der Entdeckung Amerikas zu sprechen. Der Unterdrücker ist zum Entdecken unfähig: »Der Unterdrückte ist es, der den Unterdrücker entdeckt.« Er meinte, der Unterdrücker könne nicht einmal sich selber entdecken. Die Wahrheit des Unterdrückers kann nur der Unterdrückte erkennen.

Ignacio Ellacuria wurde erschossen, weil er an diese unverzeihliche Fähigkeit zur Enthüllung glaubte und weil er die Gefahren dieses Glaubens auf sich nahm. Ermordeten ihn die Militärs in El Salvador oder tötete ihn eine Ordnung, welche jenem Blick nicht standhalten kann, der sie entlarvt?

Eduardo Galeano, geboren 1940 in Montevideo (Uruguay), wurde mit 20 Jahren stellvertretender Chefredakteur der bekannten Zeitschrift für Kultur und Politik »Marcha« in Montevideo. Zwischen 1964 und 1966 war er Direktor von »Epoca«, der Zeitschrift der »unabhängigen Linken« in Uruguay. 1973 übernahm er in Buenos Aires die Chefredaktion der Zeitschrift »Crisis« und leitete sie bis zur Schließung des Verlags 1976. Ab 1976 lebte Galeano im spanischen Exil. Im Frühjahr 1985, nach dem Ende der Militärdiktatur in Uruguay, kehrte er nach Montevideo zurück. Er hat zahlreiche Bücher zur Geschichte Lateinamerikas veröffentlicht, darunter »Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart« und »Erinnerung an das Feuer«.

Der hier erstmals auf deutsch veröffentlichte Text ist am 10. April 1992 in der uruguayischen Zeitschrift »La Brecha« erschienen. Er wurde von Wolfgang Müller übersetzt und geringfügig gekürzt.

Konkret 10/92, S. 46

Thomas M. Scheerer

»Alles bewegt sich bloß«

»Und würde jetzt ein König oder ein Feldhauptmann das Zeichen geben, so würden sie wieder zusammenlaufen, zu Krieg, zu Abenteuer, zu Raub und Mord und sich in Schiffe werfen, um zu vernichten und vernichtet zu werden.« – Alfred Döblins großer Roman über die Eroberung des südamerikanischen Kontinents (»Das Land ohne Tod«) liegt nun in einer mustergültigen Edition vor

Technisches vorweg: *Das Land ohne Tod* ist als »Amazonas-Trilogie« in die Lexika eingegangen, weil von den beiden zusammenhängenden Werken *Die Fahrt ins Land ohne Tod* (1936) und *Der blaue Tiger* (1938) der letzte Teil abgetrennt veröffentlicht wurde (*Der neue Urwald*, 1948). Das geschah durchaus mit Zutun des Autors, hatte aber zur Folge, daß man den Teil für ästhetisch weniger gelungen und thematisch eigenständig befand (noch Walter Muschg in der Werkausgabe von 1963). Die Amputation störte das Verständnis des Ganzen gründlich. Der Roman war, wie man weiter unten verstehen wird, seines Sinnzentrums beraubt. Der heutige Herausgeber Hans-Albert Walter hatte schon vor fast zwanzig Jahren mehr Respekt gefordert: »Ein Kunstwerk ist ein Ganzes, man soll es vollständig bringen oder darauf verzichten.« Jetzt ist die Ausgabe da. Sie übertrifft alle früheren, denn sie enthält ein überaus reichhaltiges Nachwort von Fritz Pohle, eine editorische Notiz und Döblins Essay *Prometheus und das Primitive.* Alles unentbehrlich für das Verständnis der Romane. Die Ausgabe ist ein Beispiel für mustergültigen editorischen Umgang mit Literatur.

»Wie kann denn ein Indianerroman antifaschistisch sein?« Die Frage eines Rezensenten1 der Erstausgabe eignet sich hervorragend als Ausgangspunkt, denn sie erlaubt die Entfaltung einiger wichtiger Aspekte. »Indianerroman« und »antifaschistisch«: *Das Land ohne Tod* ist beides, ist es aber nicht nur, und wenn, dann in einem sehr speziellen Sinne. Eine literarische »Kolumbusfahrt« hat Döblin, wie er selber sagt, in der Pariser Nationalbibliothek unternommen – eine Forschungsreise mit hohem Ziel, mit Wechselfällen und überraschendem Ausgang. So haben die beiden Romane die Eroberung des südamerikanischen Kontinents zum Inhalt, nein: zum Stoff. Sie schlagen den Bogen vom Einbruch der ersten Eroberer über die Errichtung des Vizekönigreichs Neu-Granada, die Tätigkeit des Indianerbischofs Bartolomé de Las Casas bis zum Untergang des Jesuitenstaats in Paraguay zu Ende des 18. Jahrhunderts. Sie setzen dann einen neuen Bogen an und führen das Geschehen aus dem Europa der 20er und frühen 30er Jahre unseres Jahrhunderts in den Urwald Amazoniens zurück. Übrigens auch an der Oberfläche eine faszinierende Lektüre. Wer nur Indianer-und-Eroberer liest, kommt schon auf seine Kosten, wird später aber arg frustriert, denn dann wird’s aktuell, und theoretisch, und überhaupt ganz anders.

Aus drei Gründen ist das Epos der Eroberung nur bedingt ein Indianerroman: Einmal gehören die europäischen Verhältnisse und Bezüge ebenso zum Stoff – die Könige in Spanien, die Päpste in Rom, die Motive der in die Neue Welt drängenden Weißen. Dann: Die Kolumbusfahrt hat Döblin nicht mit den Augen des Historikers, Ethnologen oder Geographen unternommen. Er verstand das Geschehen als willkommenes Exempel und formte es zur Groß-Allegorie seiner naturphilosophischen und menschheitsgeschichtlichen Überzeugungen. Und schließlich muß ein Werk, das im Exil entstand und das der Autor »eine Art epischer Generalabrechnung mit unserer Civilisation« nannte, eine gegenwartsbezogene politische Dimension haben, auch wenn sie höchst vermittelt erscheint und knifflig zu rekonstruieren ist.

Wenn es aber doch (prä- und para-)faschistische Indianerromane gab – und es gab sie, denn das Deutschtum verteidigte seinen Eroberungsanteil durch Glorifizierung der Welser-Expeditionen: Bruno Brehm2, Wilhelm Erich Peukert, Erich Reimers – , warum sollte ein antifaschistischer dann ein Problem sein? Weil die Frage eine grundsätzliche ist, die auf die Parteilichkeit von Literatur überhaupt und spezieller auf den Sinn von historischen Romanen in gefährlichen Zeiten zielt. Beides wurde unter Exilliteraten bekanntlich heftig diskutiert. Döblin hat seine Antworten in zwei Aufsätzen gegeben. Der Einforderung politischer Unmittelbarkeit und Parteilichkeit begegnet er, ganz selbstbewußter Künstler und Bildungsbürger, hochgemut: »Wir arbeiten auf längere Sicht. Grade die Entfernung von der Praxis gehört zu unserer Arbeit. Wir geben viel mehr, als ihr fordert. Wir bestätigen in euch die tiefsten Dinge, die nur euer Traum zutage fördert... Man lasse uns den ganzen Menschen und die ganze Welt.«3 Und was den historischen Roman angeht, da hat er einprägsame Formeln gefunden wie diese: »Der historische Roman ist erstens Roman und zweitens keine Historie.«4

Die Historie nur als Maske zu nehmen, als Kostüm, unter dem die Gegenwart hervorlugt, war seine Sache nicht. Er wollte aus der übernommenen Realität vorstoßen in »eine echte, nämlich ziel- und affektgeladene Realität« – nennen wir sie Idealität. Deswegen dürfen die Maßstäbe über das konkret politisch Gegenwärtige hinausgehen und viel früher angelegt werden. (Kein Wunder, daß Thomas Mann die Entsprechung zum Josephsroman erkannte und in seiner Zeitschrift »Maß und Wert« den Konkurrenten Döblin ein bißchen abbürsten ließ.) Die erzählte Geschichte darf aus dem Realen kommen, um wahr im Ideellen werden zu können. Doch der Stoff bleibt vernachlässigenswerte, zielgerichtet verformbare Materie:

Ob da nun Jahre gedehnt oder gerafft werden (Las Casas lebt in diesem Roman lange über sein historisches Alter hinaus); ob Ereignisse zusammenfallen, die »real« weit auseinanderlagen (Eroberer treffen innerhalb weniger Tage aufeinander, obwohl sie historisch zwei Jahre dazu brauchten); ob der »Meter« als Maß benutzt wird, lange bevor es ihn gab; ob die Soldaten »Patronen« weit vor deren Erfindung benutzen – alles ja belanglos, weil dem Ideellen allenfalls kontingent zugehörig. Der Faschismus als Thema ist hier nun zwar weder belanglos noch kontingent, aber er steht als jüngste Episode in einem riesigen Geschehenskontext, der dem Stoff nach vier Jahrhunderte umfaßt und der Idee nach in der antiken Mythologie, das heißt in vorgeschichtlicher »Zeit« fundiert ist. Verfolgt man den Text also von-vorne-nach-hinten und mißt das Erzählte gar an dem, was man aus Geschichtsbüchern kennt, dann liest man die in allegorische Formen gefaßte Idealität des Geschehens nur mühsam und bruchstückhaft heraus. Ich schlage zwei andere Zugänge vor.

In der winterlichen Marienkirche zu Krakau zaubert Herr von Twardowski drei wissenschaftliche und philosophische Begründer der Neuzeit aus ihren Gräbern und zeigt ihnen, was sie angerichtet haben: *Mißlungen alles. Es war umsonst. Mißraten. Mißraten.*5 Zwei von ihnen, Kopernikus und Galilei, erweisen sich als greinende Greise, die nicht verstehen (wie Kopernikus) oder vielleicht sogar bereuen (wie Galilei), sich aber dann eben dem Gott anvertrauen, zu dessen Abschaffung sie beigetragen haben. Twardowski schleudert ihnen ein nietzscheanisches »Gott ist tot« entgegen: *Es wohnt weder in Krakau, noch in der Marienkirche, noch im Himmel jemand, der auf den Namen Gott hört.* Es hilft aber nichts, denn *sie flüsterten inbrünstig Gebete und bewegten sich auf den Knien rutschend nach dem Altar zu.*

Mit dem Dritten, Giordano Bruno, wird der Ankläger nicht so schnell fertig. Bruno ist vom Fortschritt sogar begeistert: *Die Städte, die Städte! Maschinen, ich habe tausend Maschinen gesehen! ... Der Mensch als Schöpfer, das haben wir eingeleitet, der Mensch nicht bloß Diener und Anbeter.* Er sieht die Grauen der modernen Welt nicht und muß sie erst vor Augen geführt bekommen. Als er sie erkennt, hat er Loblieder auf die Liebe und das Ur-Ewige zu Ausflüchten, bis Twardowski ihn dazu bringt, die heutige Perversion der neuzeitlichen Impulse zu gestehen – und zu entschuldigen: *Was wir brachten, haben uns böse Geister aus den Händen gerissen. Die Gewaltigen, die Bösen, die auf der Erde regieren, haben sich unserer Gaben bemächtigt.* Für einen wie Bruno, der schon zu Lebzeiten die Unendlichkeit der Welt und die Gottesgegenwart in allem lehrte (und dafür verbrannt wurde), ist der Erfolg nur eine Frage der Zeit: *Ich brauche noch fünf Jahrhunderte.* Wenn die Menschwerdung der Menschen mißraten ist, dann muß das Ergebnis eben zerstört und muß neu angefangen werden: *Spiegel her! Neue Sänger, neue Dichter! Neue Kämpfer! Neue Märtyrer!* Solcherlei Utopisierung diesseitigen Glücks begegnet Twardowskis Grimm: *Du bist ein Schwätzer, ein Schönredner, ein frecher Süßholzraspler. Du bist eine Schande, nach dem, was du gesehen hast.* Denn: *So kannst du dich durch zehn Jahrhunderte, zwanzig Jahrhunderte lügen und immer klagen und immer schreien: noch fünf Jahrhunderte.* Der Streit bleibt unentschieden, wenn man nicht in der gegensätzlichen Schlußbewegung der auseinanderstiebenden Kontrahenten einen Sieg der von Bruno vertretenen Hoffnung sehen will. Denn Bruno *warf sich, jauchzte, wirbelte* in die Wolken; Twardowski dagegen *sank in sich ... Die steinerne Kirche stand in Nacht.*

Diese Szene (es sind die Abschnitte *Herr von Twardowski* und *Giordano Bruno* am Anfang des einst abgetrennten Romanteils) versteht man ohne jede Kenntnis der vorhergehenden 668 Seiten. In ihr hat Döblin den zivilisationskritischen Grundgedanken des Epos konzentriert. Die Jahrhunderte der Neuzeit waren ein Mißerfolg. Doch wie soll, wie kann es weitergehen? Twardowski, so muß man wissen, und Nachwort oder Brockhaus verhelfen dazu, war ein polnischer Gelehrter des 16. Jahrhunderts, dem die Legende andichtet, er müsse zur Strafe für eine nur halb gelungene Überlistung des Teufels bis zum Jüngsten Gericht zwischen Himmel und Erde schweben. Nicht auszuschließen, daß Döblin in ihm eine »figura« der eigenen quälenden Ungewißheit gefunden hat. Twardowski *stöhnt* angesichts des Grauenhaften, mal ist er müde, mal wütend – entsprach das Döblins Seelenlage? Dann wäre das Fazit aus der Diskussion die Feststellung: *Du denkst: es geschieht entsetzlich viel. Nein: in dieser Welt geschieht nichts. Alles bewegt sich bloß.*

Und welche Kräfte sind es, die diese Bewegung erzeugen? Antworten findet man auf einem zweiten Zugangswege, der nun freilich von außen an den Roman heranführt und seinen Anfang in der Geschichtsphilosophie Döblins nimmt. Wir sind es gewöhnt, Fortschritt und Rückschläge beispielsweise in Kategorien der Aufklärung (Emanzipation des Individuums) oder in solchen des historischen Materialismus (Arbeitsteilung, Produktionsmittel) zu denken, meinetwegen auch in christlicher Tradition (das Gute und das Böse im Himmel und auf Erden). Döblin hatte bis in die frühen dreißiger Jahre so viele Denkmodelle aufgenommen und eklektisch-zweifelnd verarbeitet (jüdische, naturphilosophische, fernöstliche, idealistische, nihilistische), daß es schwer würde, den »Stand« seines Denkens aus dem Romantext zu ermitteln, hätte er nicht 1938 den Essay *Prometheus und das Primitive* geschrieben, der sich, beinahe zu schlüssig, als Lesehilfe anbietet. Hier offenbart sich ein nach den großen, einfachen Linien suchender Denker – »der aus allen Bindungen entlassene Erbe, müde und seiner Intellektualität überdrüssig, sehnt sich nach gültigen Gesetzen, die er allein noch in der Vorwelt des Archaischen zu finden glaubt«. (Walter Jens)

Es ist alles so einfach und reicht so weit zurück: Die Geschichte des Menschen bewegt sich, weil zwei idealtypische Haltungen gegenüber der Natur in Konkurrenz zueinander stehen und nicht ins Gleichgewicht kommen. Die eine Haltung

ist die »primitive«: unmittelbare Hinwendung zum geahnten, geglaubten Urzustand. Erscheinungsformen dieser »Innentechnik« sind Mystik und Religion. Die andere Haltung ist die »prometheische«: praktisches Handeln in der Natur, mit ihr und gegen sie. Erscheinungsformen dieser »Außentechnik« sind Arbeit und Kampf. Wenn Döblin nun Etappen nachzeichnet, dann sind sie nicht als Vorherrschen oder gar Sieg der einen Haltung über die andere zu verstehen, sondern als immer neue Konfigurationen desselben Konflikts. Man lese über die *sonderbaren Prometheusgestalten* der biblischen Anfangszeit nach oder über die friedlich-fröhliche Primitivität des frühen Christentums als Reaktion auf das prometheische Staatswesen Roms.

Es soll hier nicht auf Vollständigkeit ankommen, sondern auf die Diagnose für die Neuzeit. Von der Renaissance bis über die Französische Revolution hinaus – so groß ist der Bogen, so einfach sein Tragwerk – verliert die religiöse Reihe an Bedeutung, ja es werden weltliche Tugenden und Begriffe an ihre Stelle gesetzt (Vernunft, Menschenrechte, Arbeit, Revolution). Die anscheinend unaufhaltsame Ausbreitung des Prometheischen bedeutet jedoch weder eine geradlinige noch eine wohltätige Entwicklung. Vom Heute her (Döblin schreibt angesichts des ungebrochenen Faschismus) lassen sich die Folgen zweier unheilvoller Entwicklungen beobachten: Zum einen haben sich immer wieder nur einzelne Gruppen der Segnungen des Prometheischen vergewissert. *Nicht ›der Mensch‹, oder ›das Menschengeschlecht‹, menschliche Art als Ganzes werden in dieser Weise an das edle, großartige Feuer des Promethismus geführt; sondern nur kleine geschlossene Aristokratien und Despotien; größere Gruppen werden an das Feuer gezwungen, um es zu bedienen; ganze Massen werden in Krieg und Frondienst geopfert und in das Feuer geworfen, um es mit ihrem Leben zu erhalten.* Und zum zweiten bleiben zwar Reste des mystischen Primitivismus erhalten, doch werden auch sie in den Dienst des allgewaltigen prometheischen Staates gestellt: die christliche Kirche als *religiös maskierte Polizei;* die *Scheinmystik* von der heiligen Nation, der Rasse usw. – : *Diese Masse der Hirnblüten, die sich mythisch gebärden.* Einen Ausweg weiß Döblin nicht. Er plädiert am Ende für *Einrenkung dieser Kraft* und *Ausgleich mit der mystischen Reihe.*

Nun mag man an solchen geschichtsphilosophischen Riesenrädern noch so skeptisch hinaufblicken: Für eine verständige Lektüre des Romans sind diese Bruchstücke an Menschheitsgeschichte ein hervorragendes Propädeutikum.

Die Entfernung des Menschen von der Natur und die Sehnsucht nach erneuerter Einheit sind von Anfang an Gegebenheiten der Romanwelt. Und so lese man nicht: Eine weitentwickelte Zivilisation begegnet ursprünglicher Natur, die »prometheischen« Europäer der Renaissance treten in Kontakt und Konkurrenz mit einer primitiven Welt. Alles bewegt sich ja bloß: Der Zwiespalt ist auch bei den anfangs geschilderten Urvölkern schon am Werk. Als Boten an den Amazonas kommen, um von der Vernichtung der Inkas zu künden, entspinnen sich (überaus staatsphilosophische) Diskussionen, deren Ergebnis lautet, daß das Inkareich an eigenen Widersprüchen zugrundegegangen sei: *Wir hassen die Weißen, ... aber sie haben nur zerstört, was wir auch nicht erhalten wollten.* Und da das meiste in diesem Roman Allegorie ist, steht das Inkareich als Beispiel für einen totalitären Staat da. Der geflohene Fürst Cuzumarra muß sich auf sein Lobpreis der Arbeitsorganisation, der Güterverteilung, der Fürsorge und des Wohlstands entgegnen lassen: *Was ihr mit dem Land getan habt, war nicht gut ... Haben wir ein Wort sprechen dürfen, das der Inka und ihr, die Fürsten und Führer, die eingesetzt waren, nicht vorher geprüft habt? Wir haben kein Kleid getragen, das ihr nicht berechnet habt. Ihr habt uns jeden Bissen in den Mund gezählt.* Als später das Reich Cundinamarca des überaus tragikomisch geschilderten Gottkönigs Zippa zum Opfer der Eroberer wird, zerfällt damit wiederum ein bestimmter Typ der Staatlichkeit. Dort war alles auf Raffinement der Kultur und Hypertrophierung des religiösen Kults gegründet – reich in Kunst und Handwerk, verfeinert in den Sitten und Ritualen, aber auch ängstlich und dekadent, bei der ersten Anfechtung bereit zum Selbstopfer.

Die dritte Geschichte (sie umrahmt den ersten Roman) bezeichnet die urtümlichste Variante in der Typologie jener Formen, die das Verhältnis von Mensch und Natur annehmen kann. Diese Amazonasindianer leben so nah an der Natur und mit ihr, daß sie ihrem Wirken verzweifelt kämpfend ausgeliefert sind. Die Nachricht von der kommenden Bedrohung durch Eroberer wirft sie in den uns schon bekannten Konflikt, der nur eine spezielle Form annimmt: Die Männer ziehen aus, um »das Land ohne Tod« zu suchen. Aus der Todesbedrohung ist ein Paradiesmythos entstanden, der ihr Handeln beherrscht. Die Frauen rebellieren; sie unterdrücken, bekämpfen und töten die Männer, wollen ganz Natur sein, also Leben und Tod selber bestimmen und Ausflüchte in den Mythos nicht zulassen. Doch der Impuls degeneriert seinerseits zum System, dessen widernatürliches Wirken an einer tragischen Liebesgeschichte (Tije und Guarikoto) anschaulich wird. Am Ende befindet die Urmutter der Amazonen: *Wir waren unterworfen von den Männern, da haben wir uns befreit ... Jetzt aber morden sie, zu jeder Zeit, es ist kein Opfertag, sie sind Verbrecherinnen, sie sind so schlecht wie die Männer geworden;* und sie beschließt, das Volk zu vernichten.

In solche Verhältnisse also brechen die europäischen Eroberer ein. Sie zerstören keine naturphilosophische Idylle, sondern Konstellationen des Primitiven und Prometheischen, die ihrer eigenen Konstellation unterlegen sind. Natürlich kommen sie mit unaufhaltsamer Gewalt: *Der Menschenvulkan Europa hatte begonnen seine Menschen auszuwerfen. Über alle Küsten fielen sie nieder. Sie waren auf der Suche nach Gold, Entdeckungen, sie wollten Krieg, Herrschaft, Ruhm.* Döblin hat vier überaus prominente Vertreter dieser Renaissance-Berserker in den Vordergrund gestellt: Alfinger (historisch Ambrosius Dalfinger, 1500-1532), den Eroberer und ersten Statthalter Venezuelas; Gonzalo Jiménez de Quesada (1509-1579),

Belalcazar (historisch Sebastián de Benalcázar) und Nikolaus Federmann (1505-1542), ein wie Alfinger von den Welsern ausgesandter Handelsmann und Eroberer, dessen »Indianische Historia« (1557) eine der realistischeren Chroniken der Eroberung der Neuen Welt ist (und eine der vielen Quellen Döblins wurde). Die drei Letztgenannten stießen auf der Suche nach dem Goldland Eldorado im Hochland des heutigen Kolumbien zusammen, wo sie Santa Fe, heute Bogotà, gründeten.

Daß Döblin mit den historischen Tatsachen recht frei umgeht, soll hier weniger interessieren als die Frage, warum er es tut. Die Konquistadoren werden kräftig individualisiert, damit am Ende das gemeinsame Typische um so deutlicher aufscheinen kann: Alfinger ist ein Wüstling, der plündert, foltert und mordet. Sein unbändiger Lebenswille triumphiert sogar über die Giftpfeile der Indianer – er brennt sich mit einem glühenden Eisen das vergiftete Fleisch vom Körper. Als er jäh und banal zu Tode gekommen ist, resümiert der Autor, nach all der Drastik überraschend gelassen: *Wer war Ambrosius Alfinger? Ein Weißer, ein Mann, ein Jäger, nicht schlechter als die anderen.* Einer von vielen eben, und ein typischer. Quesada ist der umsichtig planende, unter Qualen verbissen vorwärtsstrebende Logistiker; Belalcazar der prächtige, nonchalante Erfolgsmensch; Federmann der genießerische, unbeschwerte Luftikus. Ihre Antriebskräfte müssen enorm sein: Sie kämpfen sich gegen alle Widrigkeiten zum Eldorado durch, metzeln die Indios und hetzen die eigenen Truppen gegeneinander. Ihr Ende ist so banal wie das Alfingers: Der eine stirbt am Aussatz, der andere verhungert im Kerker, der dritte fällt betrunken ins Meer. Jedes dieser Schicksale könnte einen Roman für sich abgeben. Doch was bedeuten sie eigentlich alle zusammengenommen? Es geht wohl darum, die Geschichte der Eroberung und der Eroberer zugleich aus dem Individuellen und dem Faktisch-Historischen herauszuheben und sie verfügbar zu machen für eine Bedeutung im System der Döblinschen Groß-Allegorie. Dem Handeln der Eroberer wird ein mächtiger, unbewußter Trieb unterlegt. *Was ihn trieb, wußte er so wenig wie die anderen,* heißt es von Quesada. Doch der Autor benennt die tieferen Gründe: *Was sie wollten war: sterben oder verwandelt werden.* Und: *Sie wollten dasselbe wie die anderen: eine Fahrt in den seligen Untergang.* Europa nämlich, so liest man, war unerträglich geworden: *Die nördlichen Länder waren unbarmherzigen Königen, Fürsten und Söldnerführern verfallen. Viele Junge und Ältere mußten sterben und verderben. Da zogen sie lieber in den Krieg für die Herren. Halb Spanien war mit Stoppelfeldern bedeckt, Edle wanderten mit dem Bettelsack herum. Dafür saßen hunderttausend Mönche in herrlichen Klöstern.* Das in ein weiteres historisches Extrem getriebene Prometheische führt zu einer Explosion, die die leitmotivisch wiederkehrende Metapher vom »Vulkan Europa« (sie stammt wohl von Nietzsche) versinnbildlicht. Die Menschen Europas *waren Steine, die aus einem Feuerberg spritzten und in die Luft sprangen, hinfielen und zersplitterten.* So wird die Eroberung Südamerikas in Döblins Aneignung zum geschichtsphilosophischen Exempel für die Gewalt jener Kräfte, die der »Promethismus« erzeugt, benutzt und dann nicht mehr kontrollieren kann: Materialismus und Todestrieb.

Was kann, was tut bei alledem die christliche Religion? Dem Prometheus-Essay zufolge ist sie ja so etwas wie die kollektive Erinnerung des prometheischen Abendlands an die primitive Übereinstimmung mit der Natur. Der nicht zu lösende, weil in der europäischen Zivilisation notwendig angelegte, Konflikt heißt: Wie ist das prometheische Machen, Kämpfen, Erobern und Herrschen mit dem mystisch-religiösen Gleichgewicht zu vereinbaren? Wie wird Glück möglich, wenn man neuzeitlicher Europäer ist? Gegenüber diesem Problem scheinen die Urvölker des Amazonasgebiets denn doch in einem paradiesischen Zustand zu leben, denn ihre Mythen sind urkräftiger, weil sie der Naturanschauung entspringen: Gewalt und Vernichtung erklärt der Mythos vom blauen Tiger, der aus dem Himmel springt und wütet; Rettung verheißt ein großer Baum, der im Land ohne Tod steht und den es zu erklimmen gilt; die lebensspendende und todbringende Natur ist in Sukuruja, dem Wassergeist, personifiziert. Das Christentum hingegen, so wird an Las Casas und den Jesuiten deutlich, ist nicht nur naturfern, sondern trägt den Widerspruch in sich, Herrschaftsinstrument und Erlösungsversprechen zugleich zu sein.

Den Widerstreit entwickelt Döblin zunächst an der Figur des Indianerbischofs Bartolomé de Las Casas. In den Dominikaner, der schon als junger Priester die erste Kirche in Cundinamarca weiht, der zum Bischof von Chiapas aufsteigt und der im imaginären Lebenslauf dieser Romanwelt im Urwald stirbt, werden mehrere Konflikte projiziert. Er muß die Eroberung unterstützen und doch deren unchristlichen Umständen wehren; muß die Naturreligion der Indianer verstehen und die christliche Lehre dagegensetzen; muß Widersprüche zwischen dem Glauben und der Rolle als Kirchenmann ertragen.

Nichts gelingt ihm; stumme Wut, Alpträume und Visionen sind die Folge. Die unchristlichen Weißen seiner Umgebung gibt er am Ende verloren: *Wenn ich könnte und noch jung wäre, würde ich diese Länder hier verlassen und würde in die wilden Länder gehen, nach Europa, und versuchen, das Christentum zu predigen.* Gescheitert ist er auch an der Bekehrung des jungen Kapitäns Del Puerto. Er hat ihn gezwungen, von dem Gelübde abzulassen, jeden Tag zwölf Wilde zu töten, konnte ihm aber die dafür versprochene Seelenruhe nicht verschaffen. Im Sterben gibt Del Puerto dem missionierenden Christentum die Schuld für die Grausamkeiten in der Neuen Welt: *...wenn Ihr nicht da wart, hätten wir vielleicht gar nicht gemordet... Das Töten ist übrigens nicht das Schlimmste. Das Schlimmste – sind wir und das böse Leben mit den Wilden*

und mit der ganzen Welt hier. Das macht Ihr! Ihr! Ich hasse Euch! Ihr zwingt zum Mord, Ihr, Ihr. Wir wollen gar nicht. Was sie wollen, so enthüllt er, ist schon lange nicht mehr das christliche Jenseits, sondern das Land ohne Tod der Wilden.

Auch bei der Mission der Indios versagt Las Casas. Er kann sie vielleicht überreden, aber nicht bekehren. Beispielsweise können sie das Herrschaftsgebot der Genesis (1,28: »Herrschet über die Fische des Meeres und über die Vögel des Himmels und über alles Getier, das sich auf Erden regt«) nicht akzeptieren: *Denn die Tiere und die Menschen sind ein Blut. Wie könnte sonst das Tapir unser Ahne sein.* Und daß das Land ohne Tod der Christen, das Paradies, nicht auf der Erde liegen soll, läßt sie völlig unbefriedigt. Ein Häuptling bringt es auf den Punkt: *Entweder, Pater Las Casas, treibst du mit uns ein falsches Spiel oder du suchst bei uns Hilfe.*

Die Romanhandlung sorgt dafür, daß Las Casas, angefeindet und angewidert von den Weißen, tatsächlich Hilfe bei den Wilden und in der Natur suchen wird. Beiden fällt er schließlich zum Opfer. Die Wilden verstoßen ihn, die Natur schlägt ihn immer stärker in ihren Bann. Der Wassergeist Sukuruja wird ihn schließlich an sich ziehen: *Weißer Mann, warum hast du mit mir gestritten? Du hast es doch nicht gewollt.* Doch im Tode reißt er sich noch einmal von Sukuruja los und wirft sich mit dem Gesicht auf Kreuz und Rosenkranz. Las Casas hat sich der Ureinheit mit der Natur beinahe anheimgegeben, konnte aber den Christen nicht endgültig überwinden.

Und wenn man ganz von vorne anfinge? Die Geschichte des Jesuitenstaates am Paraná ist als ein solcher Versuch angelegt: *Wie nun die weißen Menschen so elend waren, gingen Brüderschaften mit sich zu Rat. Von den Menschen kann das Heil nicht kommen: dann kann Hilfe nur werden, wenn wir die Menschen fester an den ewigen Gott im fernen weiten Himmel binden. Es ist ein großer Umweg nötig, aber er ist nötig.*

Nahezu die Hälfte des Romanwerks, nämlich die ersten fünf Bücher von *Der Blaue Tiger,* sind diesem Experiment gewidmet. Die Jesuitenreduktionen in Paraguay, 1610 gegründet und 1788 von der spanischen Krone aufgelöst, sind schon oft vorher Gegenstand literarischer Gestaltung gewesen.6 Döblin nahm sich ihrer mit ungewöhnlicher Sympathie und Geduld an. »Vielleicht ist Döblin noch nie so Mildes gelungen«, schrieb ein früher Rezensent (Ferdinand Lion). Die da in die Neue Welt kommen, sind von anderem Schrot und Korn als der einsame und geplagte Las Casas. Die *Jesusoldaten* oder *Jesuväter* (weil »Jesuiten« auch abschätzig klingen kann) verlassen sich nicht auf Moral und gute Absichten, sondern auf pragmatisches Handeln im Bewußtsein menschlicher Verkommenheit: *Ein Kind stirbt, Menschen sterben, einige sind Verbrecher – ja, wie denkt ihr denn, ist die Welt? Sind wir im Himmel?* Nein, sie wissen, daß die Welt schlecht ist, und in diesem Bewußtsein sind sie *gekommen, ein neues Gesetz zu erfüllen, das des planenden Menschen, des Meisters über die Natur.* Von den Betrügern, Mördern und Sklavenhändlern in Sao Paolo wenden sie sich rasch ab, um ins Landesinnere zu ziehen. Unzählige Indianer schließen sich ihnen an und gründen bald, fast ohne Zutun der Missionare, die erste Siedlung.

Im Grunde wächst ein blühendes Staatswesen heran. Die Lebensformen der Indianer sind weitgehend geachtet, die Verhaltensregeln und die Handwerkskunst der Jesuiten ergänzen sie erfolgreich, es herrscht eine kollektive, gleichsam urkommunistische Eintracht. Nur zwei Bedrohungen richten sich gegen das religionsstaatliche Experiment: Die Faszination der Natur und die Gewalt der umgebenden Welt. Der ersten Bedrohung erliegt allein der junge Pater Mariana. Immer tiefer identifiziert er sich mit dem indianischen Denken und Fühlen, immer weiter nähert er sich der verlockenden Natur, bis er der Allgewalt Sukurujas verfällt. Der zweiten Bedrohung unterliegt das ganze Unternehmen: Ein verbrecherischer und wahnsinniger Kolonisator, der sich König Riubuni nennt, führt zehntausend Mestizen gegen die gewaltfrei lebenden, also wehrlosen Siedler und läßt sie in einem Blutbad untergehen. Das Fazit innerhalb der geschichtsphilosophischen Allegorie könnte lauten: Der Versuch, eine christliche *und* naturnahe Gemeinschaft zu verwirklichen, bedeutet die völlige Isolation von den Kräften, die die Welt beherrschen, und er ist denn auch ihrer Konkurrenz und ihrer Rache zum Opfer gefallen.

Die nachfolgenden Jesuiten bauen ihre Siedlungen konsequenterweise als Festungen, und sie sorgen dafür, daß die politische Souveränität ihrer Republik von Papst und Kaiser garantiert wird. Doch damit ist der Keim für ihr Scheitern schon gelegt: Im Innern vergessen sie über der Sicherung des Staatswesens die Mission der Indianer, sie verlernen, ihnen zuzuhören und schätzen sie bald nur noch wie das *liebe Vieh* ein. Nach außen wird das Gemeinwesen von jenenKräften zerstört, auf die es sich stützen wollte, denn die spanische Krone löst ihre Händel mit Portugal, indem sie eben das Land anbietet, auf dem die Jesuiten siedeln. Der christliche Urwaldstaat steht jetzt den imperialen und wirtschaftlichen Interessen des europäischen Machtzentrums im Wege und wird vernichtet. Er fällt der seit der frühen Neuzeit angelegten Dynamik von Aufklärung, Kapitalismus und Machtpolitik zum Opfer: *Die Weißen wollten die heilige Kirche, die sie früher nicht dicht genug an sich ziehen konnten, ganz von sich abstoßen. Die Saat der Galilei, Kopernikus, Bruno ging auf.*

Döblin hatte gute Gründe, Aufstieg und Fall der Jesuitenrepublik so ausführlich zu gestalten. In den frühen dreißiger Jahren war er in einer Gesellschaft aktiv gewesen, die sich für einen Judenstaat außerhalb Europas einsetzte. Das hatte in der Exilpresse eine böse Polemik entfacht (Ludwig Marcuse warf ihm vor, mit seinen nationaljüdischen Plänen arbeite er Hitler in die Hände), und Döblin gestand sich ein, daß er auf einen Holzweg geraten war.7 Kurz vor Beginn der Arbeiten am Amazonas-Roman legt er einem Kritiker des jüdischen Nationalismus unter anderem das Urteil in den Mund: »Wir

haben an den Jesuiten am Paraguay ein Beispiel. Es gibt keine Inseln mehr auf der Erde.«8 Der Roman entwickelt eine riesige imaginäre Amplifikation dieser politischen Festlegung.

Es ist aber keine Abrechnung geworden. Die oben zitierte »Milde«, das tiefe Verständnis für die Motive der Mission und das kalte Sezieren ihres Scheiterns mag man eher als eine große Klage über den historischen Beweis der Vergeblichkeit lesen. In einer späteren Selbstdeutung hat Döblin die Christentum-Kritik des Prometheus-Essays abgeschwächt und überhaupt versucht, die ausführliche und intensive Behandlung der religiösen Fragen als Zeichen der Ehrfurcht zu deuten. Ein Detail ist dabei aufschlußreich: Im Entwurf zu einem autobiographischen Epilog hatte er sich *eine scheue und tiefe Ehrfurcht vor dem Pathos der Religion* zugeschrieben. In der veröffentlichten Fassung verneigt er sich aber nicht mehr nur vor dem Pathos, denn da liest man: *...eine scheue und tiefe Ehrfurcht. Religion steht da und schweigt.* Zwischen der Fertigstellung des Romans und diesen Äußerungen hatte Alfred Döblin sich nach langer Unsicherheit dem Katholizismus zugewandt und war 1941 in Hollywood von Jesuiten getauft worden.

Der Roman wird zum Ende hin hoffnungsloser, weil die faszinierenden historischen Exempla fehlen und weil der altbekannte Antagonismus in gleich scharfer, aber quälend gegenwärtiger Weise wiederkehrt. Jetzt lassen sich kein Federmann, kein Las Casas, kein Mariana mehr neu entwerfen, analysieren, kritisieren und *ad absurdum* führen. Die Hauptfiguren des letzten Teils, der junge und reiche Pole Jagna, die Deutschen Erwin Posten und Heinrich Klinkert, sind statt historischer Personen *und* Ideenträger nurmehr fiktive Konstrukte zur Veranschaulichung des weiterwirkenden Konflikts. Dieser hat die Bedingungen des 20. Jahrhunderts angenommen, die nicht nur in dem von Twardowski heraufbeschworenen Gericht über die Neuzeit zur Sprache kommen, sondern auch in den Lebensgeschichten der Figuren veranschaulicht werden. Am vorläufigen End- und Höhepunkt der prometheischen Entwicklung stehen ichbezogene, materialistische und geistlose Individuen, die unter Sinnverlust und Desorientierung leiden. Die nun in Episoden aufgelöste Erzählstruktur entspricht der verzweifelten Suche und den unbefriedigten Erlösungshoffnungen. Der selbstbezogene, genußsüchtige, zynische und menschenverachtende Jagna ist zweifellos die poetischere unter diesen Gestalten. Er wird in brennendem Selbstzerstörungsdrang als ein reinkarnierter Eroberer nach Südamerika gehen und dort elend zugrundegehen.

Greifen wir aber jenen heraus, dessen Schicksal den Roman zu seinem intellektuellen Ende führt: Heinrich Klinkert ist ein maschinen- und technikbegeisterter Rationalist. Die moderne Welt, so doziert er im Freundeskreis, habe es nicht verstanden, sich eine Organisation zu geben, die ihren wissenschaftlichen Möglichkeiten entspreche. *Der Staat hat vor Forderungen des strengen technischen Denkens zurückzuweichen.* Zwei entscheidende Anfechtungen begegnen ihm. Die erste führt ihn in eine private Katastrophe: Als ganz der Objektwelt verhafteter Technokrat verfängt er sich in den Ansprüchen der Subjektivität und des Individuellen. Als das Liebesdrama um die Beziehung zu zwei Frauen im Selbstmord der einen gipfelt, spürt er die radikale Verlassenheit des modernen Individuums und Haß auf die Welt. In seinem Fluch kehrt das *Alles bewegt sich bloß* in neuer Formulierung wieder: *Höllische, satanische Welt! Dieser Hohn auf alles, was wir sind und sein möchten ... Kein Erbarmen, keiner greift ein ... Immer schüttet man neues Wasser auf und neues Feuer darunter und heizt seinen Ofen. Es ist der Tanz von Jahrmarktsbären auf dem heißen Rost.*

Die zweite Anfechtung begegnet ihm in der gesellschaftlichen Umgebung. Die Freunde hören ihm kaum zu und beginnen, ihn zu meiden. Der Grund: *Das mystische, das nationale Denken beherrschte den Plan.* Im Verlauf von Klinkerts Geschichte ergreift der (nicht beim Namen genannte, weil als Wiederkehr des ungezügelten Promethismus verstandene) Nationalsozialismus die Macht. Schon früh hatte Klinkert geahnt, was geschehen würde. Döblin läßt ihn den großen geschichtlichen Zusammenhang sehen und gibt ihm seine eigene Vorahnung des nächsten Krieges mit: *Welche Kriege, Vernichtungen hatten die Vorfahren dieser in die heißen, südlichen Länder getragen, welch unglücklicher, tobsüchtiger, sich selbst zerfleischender Menschenstamm hatte sich hier einen Ausweg gesucht. Und da saßen noch Erben der Härte und Versteinerung. In dem stillen Raum eines Hauses der deutschen Stadt Heidelberg, eine Handvoll von ihnen, junge Männer, junge Frauen. Und würde jetzt ein König oder ein Feldhauptmann das Zeichen geben, so würden sie wieder zusammenlaufen, zu Krieg, zu Abenteuer, Raub und Mord und sich in Schiffe werfen, um zu vernichten und vernichtet zu werden.*

Anders als sein Freund Posten widersteht Klinkert zwar dem nationalistischen Furor, doch eine Lösung wird ihm – der hier wohl weitgehend Sprecher Döblins ist – nicht zuteil. Er bleibt im Zustand einer luziden Verzweiflung: *Vielleicht muß die Gewalt und die Herrschaft über uns erst ungeheuer geworden sein, vielleicht muß man erst ganz verzweifeln, bis es besser wird.*

Keine Lösung also, sondern mehrere Vielleicht: Soll man glauben, daß die von Giordano Bruno gegenüber Twardowski geforderten weiteren fünfhundert Jahre ausreichen werden, um die Balance zwischen »Innentechnik« und »Außentechnik« zu verwirklichen? Kann man dem Roman einen christlichen Ausweg entnehmen, der darin bestünde, daß die letzte, verzweifelte Figur das Leiden als Grundbedingung der Existenz annimmt? Hat man dagegen doch eher das Dokument einer zwar klarsichtigen, aber am Ende ratlosen Auseinandersetzung mit ohnehin nie lösbaren, weil

vorgeschichtlich/anthropologisch angelegten Menschheitsproblemen vor sich? Oder soll man glauben, was im Klappentext suggeriert wird – daß es sich nämlich um einen Vorgriff auf die »Dialektik der Aufklärung« handle, daß Döblin also zeige, wie der fortschreitende Zivilisationsprozeß immer neue, ebenfalls fortschreitende Barbarei erzeugt?

Nun, der Roman ist nicht so dürr zerebral, wie diese Notizen argwöhnen lassen könnten; er führt mehr Gedankenfacetten und Problemzusammenhänge vor, als hier benannt wurden und als – mit Verlaub – die ja erst fünfzig Jahre mit ihm befaßte Forschung9 explizieren konnte. Und er ist phantasievoller, poetischer, suggestiver und moderner, als er in ein paar Seiten Referat erscheint. Was kann man also tun? – Lesen!

Anmerkungen

1 J. Hay (1938), zit. nach *Alfred Döblin im Spiegel der zeitgenössischen Kritik*, hrsg. v. I. Schuster u. I. Bode, Bern 1973, S. 352.

2 Hat noch niemand bemerkt, daß Döblin den Mythos vom Land ohne Tod nicht unbedingt in der Pariser Nationalbibliothek gefunden haben muß? Bei Brehm kommt er schon vor und gibt die Überschrift des zweiten Kapitels ab (*Die schrecklichen Pferde. Der Welserzug nach Eldorado, 1934*).

3 Die deutsche Literatur im Ausland, in: *Aufsätze zur Literatur*, Olten/Freiburg i.Br. 1963, S. 199.

4 Der historische Roman und wir, ebd., S. 169.

5 Alle der Ausgabe entnommenen Zitate sind kursiv gesetzt.

6 Vgl. z.B. die Beiträge in *Lateinamerikastudien* 14, München 1984.

7 Vgl. D. Schiller u.a.: *Exil in Frankreich*, Frankfurt a.M. 1981, S. 343.

8 Flucht und Sammlung des Judenvolks (1935), zit. nach *Schriften zur Politik und Gesellschaft*, hrsg. v. H. Graber, Freiburg/Olten 1972, S. 327.

9 Neben dem Nachwort greife man zu H. Brüggen (*Land ohne Tod*, Frankfurt a.M. 1987) und vor allem zu H. Kiesel (*Literarische Trauerarbeit. Das Exil- und Spätwerk Alfred Döblins*, Tübingen 1986).

Alfred Döblin: Das Land ohne Tod. Ausgabe in zwei Bänden, hrsg. v. Hans-Albert Walter, Textredaktion und Nachwort von Fritz Pohle, Büchergilde Gutenberg (Bibliothek Exilliteratur), Frankfurt a.M. 1991, 1048 Seiten, 78 Mark

Thomas M. Scheerer schrieb in KONKRET 6/92 über Karl Mays Dritte Welt

Konkret 10/92, S. 52

Otto Köhler

Prof. h.c. J. C. Fest

Während in Deutsch-Ost die eingeborenen Professoren reihenweise geköpft werden, wo immer sie beim großen Beutezug den Lehrstuhlwünschen westdeutscher Dozenten im Weg stehen, verhält es sich in der Altbundesrepublik ganz anders. Hier können die wunderlichsten einheimischen Akademiker gedeihen

Da ist die Universität Bayreuth, die für ein Stiftungskapital von 100.000 Mark (jährlicher Zins-Ertrag fünf- bis zehntausend Mark) dem 84jährigen rassistischen Nazi- und Porno-Regisseur Arthur Maria Rabenalt (»... reitet für Deutschland«) zur Versüßung seiner ältesten Tage einen Honorarprofessor nachgeworfen hat. Anstoß an solchem Ehrenhandel nahm nur der sicherlich unterentwickelte afrikanische Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka, der daraufhin einen ihm zugedachten Bayreuther Ehrendoktor strikt ablehnte – die Bayreuther Ehrenspender mußten bis in die tiefe Tschechoslowakei reisen, um den insoweit unbenutzten Ehrentitel doch noch an Vaclav Havel loszuwerden.

Da ist in Würzburg der nicht endende Skandal um den Professor Lothar Bossle, der einst von Franz Josef Strauß auf einen zufällig leerstehenden Soziologielehrstuhl der dortigen Universität zwangseingesetzt wurde, eine Doktorfabrik für vornehmlich Betuchte eröffnete, aber entfernen könne man ihn nur, sagte der Kultusminister, wenn die Voraussetzungen für eine Entmündigung gegeben wären.

Und da gibt es nun – vom Wintersemester 1992 an – als Produkt einer überlegenen Rezensionspolitik in Heidelberg den funkelnagelneuen Honorarprofessor Joachim Fest.

Dieser neueste Fall ist einer der besonders delikaten Art. Gewiß, zusätzlichen Schaden kann die deutsche Universität durch Fest nun auch nicht mehr erleiden, schon gar nicht die in Heidelberg: In der Weimarer Republik zeigte sich die Ruperto Carola immer mal wieder als deutschnationale Skandaluniversität. Und dabei tat sich auch damals schon die Philosophische Fakultät hervor, aus der jene Neuphilologische Fakultät hervorgegangen ist, die Fest nunmehr zum Professor machte.

Schon neun Jahre vor der Machtübergabe an die Nazis gab es dort den sogenannten »Fall Gumbel«, der in Wirklichkeit ein Fall der Fakultät war. Emil Gumbel, Jude, Kriegsfreiwilliger von 1914, Privatdozent seit 1923, hatte am 26. Juni 1924 auf einer Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft wahrheitsgemäß über die Kriegstoten gesprochen, die, »ich will nicht sagen, auf dem Feld der Unehre gefallen sind, aber die doch auf gräßliche Weise ums Leben kamen«. Gegen die eine Stimme von Karl Jaspers tobte der Professorenmob der Fakultät, Gumbel habe »die nationale Empfindung tief gekränkt, der Idee der nationalen Würde, die die Universität auch zu vertreten hat, ins Gesicht geschlagen«, seine Zugehörigkeit zu ihr erscheine der Fakultät »als durchaus unerfreulich«, ja sie ließ – »ein ungewöhnliches Mittel der Diffamierung«, so der konservative Historiker Helmut Heiber – ihren Boykottaufruf gegen den Fakultätskollegen drucken und an den deutschen Hochschulen verteilen. Die feste Haltung des liberalen Karlsruher Kultusministeriums verhinderte, daß Gumbel entlassen wurde, wie es die Fakultät über Jahre forderte.

Doch als er 1932 in einem Vortrag über »Krieg und Arbeiterbewegung« vor der Sozialistischen Studentengruppe in Erinnerung an den Steckrüben-Hungerwinter 1917/18 erläuterte, ein angemessenes Kriegerdenkmal sei für ihn nicht »eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern ein Stein mit einer Kohlrübe«, da schrie die Fakultät auf und entzog Gumbel die Venia legendi. Denn mit der 1917 als Heldenvolksfütterungsmittel unbeanstandet gebliebenen Steckrübe habe Gumbel wiederum über Heldentum und Opfertod ohne den nach Auffassung der Fakultät erforderlichen Ernst gesprochen. Er habe damit »ein Zeichen mangelnder Ehrfurcht vor wesentlichen Gütern der Nation« offenbart »und eines mangelnden Vermögens, auf die Wertordnungen in Denken und Fühlen anderer Rücksicht zu nehmen«.

Alle wesentlichen Güter der Nation werden jetzt von der Nachfolgefakultät durch die Berufung des »FAZ«-Herausgebers Joachim Fest nachhaltig gefördert: Er ist der Mann, der genau das Programm durchzieht, das sein Kampfgefährte Michael Stürmer in einem »FAZ«-Leitartikel am 25. April 1986 formuliert hat: »Die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.« Sechs Wochen nach dieser Vorgabe trat Fest durch den Abdruck von Ernst Noltes »Vergangenheit, die nicht vergehen will« den Historikerstreit los. Noltes zentrale These zur Schuldminderung für Auschwitz (»War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ›Klassenmord der Bolschewiki‹ das logische und faktische Prius des ›Rassenmords‹ der Nationalsozialisten?«), diese Dispenserklärung für Hitler und seine Deutschen hatte Joachim Fest mit anderen Worten schon längst vorweggenommen, als er am 9. Januar 1974 lobte, was Solschenyzin angeblich enthüllt habe: »Die Judenvernichtung Hitlers sei die Wiederholung jenes von der Sowjetunion erstmals angewandten Terrorprinzips gewesen, das nicht nach Schuld oder Unschuld fragt, sondern eine Gruppenzugehörigkeit mit Deportation und Ausrottung bestrafte.«

Schon da bewährte sich Fests vielgepriesene Kunst des Differenzierens: hier die Judenvernichtung Hitlers (also nicht Deutschlands!), dort das von der gesamten Sowjetunion (also nicht von Stalin allein!) angewandte Terrorprinzip. Die Deutschen wurden von der Schuld am Stalin-Replikat Auschwitz befreit.

Eben diesen Joachim Fest mit einer Professur für Literatur und Öffentlichkeit zu beehren, das war das Herzensanliegen des Anführers der Heidelberger Neuphilologischen Fakultät, des Dekans Dieter Borchmeyer, der zugleich nach eigenem Eingeständnis »ständiger Programmheftautor der Bayreuther Festspiele« ist. Trotzdem hieße es, die ihm eigene Tugend der Dankbarkeit unterschätzen, wollte man seinen rückhaltlosen Einsatz für die Honorarprofessur Fests einfach mit ideologischen Gemeinsamkeiten erklären. Borchmeyer will ihn, weil Fest eine »Persönlichkeit mit Ausstrahlung weit über den Bereich der Publizistik hinaus« sei. Richtig ist, daß Borchmeyer schon seit einiger Zeit im Genuß der Fest-Strahlen lebt – er ist häufiger Mitarbeiter des »FAZ«-Feuilletons, für das Fest als Herausgeber zuständig ist.

Doch damit wird die Ehrenprofessur nicht einfach zum Geschäft auf Gegenseitigkeit. Schließlich ist ein Dekan kein Alleinherrscher, er muß, bevor er seine Fakultät beschließen läßt, das unabhängige Gutachten unabhängiger Gutachter einholen. Zwei wurden bestellt. Der eine – mit dem Briefkopf »Institut für Deutsche Sprache und Literatur der Universität zu Köln« – kam zu dem Ergebnis, daß Joachim Fest als für den Kulturteil verantwortlicher Mitherausgeber der»FAZ« eine »verantwortliche, umsichtige Tätigkeit in einer Kulturberichterstattung mit großer Öffentlichkeitsresonanz« ausübe, die ihn darum auch »in besonderer Weise« qualifiziere, »eine Honorarprofessur ›für Literatur und Öffentlichkeit‹ wahrzunehmen«.

Da ist ohne jeden Zweifel Sachkunde aus erster Hand im Spiel. Denn dieser unabhängige Gutachter heißt Prof. Dr. Walter Hinck und ist zugleich eifriger Mitarbeiter eben des Kulturteils, dessen – umsichtige – Leitung durch Joachim Fest er rühmt.

Gefragt, ob er ein Gutchten über Fest geliefert habe, wundert sich Hinck erst einmal, »daß das allgemein bekannt wird, denn an sich ist so etwas vertraulich in der Fakultät, na gut.« Hat es ihm als ständigem »FAZ«-Mitarbeiter Schwierigkeiten gemacht, ein unvoreingenommenes Gutachten über Fest abzugeben? Da kann Hinck nur lachen: »Wissen Sie, ich habe so viele Gutachten abgegeben, auch über befreundete Kollegen, das läßt sich gar nicht vermeiden, wenn man einen ganz großen Bekanntenkreis hat.« Er habe darin »kein scharfes Problem« gesehen. Und er verstehe auch nicht, warum er in seinem Gutachten hätte vermerken sollen, daß er ständiger Mitarbeiter – seit 1974, Fest kam 1973 – des »FAZ«-Feuilletons ist. »Ich schreibe ja in einem Universitätsgutachten bei Berufungen auch nicht, daß ich mit jemandem befreundet bin, das schreibt man nie rein.« Fand er es nicht problematisch, daß der Auftrag für das unabhängige Gutachten von einem Dekan kam, der ebenfalls »FAZ«-Mitarbeiter ist? Da weiß Hinck genau Bescheid: »Ja, Herr Borchmeyer hat gelegentlich in der ›FAZ‹ geschrieben, ist aber kein fester Mitarbeiter.«

Das allerdings weiß Borchmeyer besser. Im Nachschlagewerk »Wer ist Wer« vermerkt er ausdrücklich, auch »FAZ«-Rezensent zu sein. Und so hat ein »FAZ«-Mitarbeiter einem »FAZ«-Mitarbeiter den Auftrag gegeben, über eine Professur des für beide zuständigen »FAZ«-Herausgebers zu gutachten. Problematisch? Ach wo! Hinck: »Für mich sind diese Dinge in meiner Gutachtenpraxis etwas Alltägliches.«

Kein Problem also mit Walter Hinck. Er tat, was er immer tut. Und schließlich hat er – so stand es im »FAZ«-Feuilleton vom 11. August – nicht zuletzt »als ständiger Mitarbeiter des Literaturblatts dieser Zeitung« den Kasseler Literaturpreis 1992 für grotesken Humor bekommen. Wer wollte da widersprechen?

Es gab aber noch ein zweites »Gutachten über das uvre von Dr. h.c. Joachim Fest«, das der Münchner Germanist Wolfgang Frühwald verfaßte. Als er im letzten Jahr zum Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft gewählt wurde, bestätigte ihm die »FAZ« »breite Personenkenntnis«, das »beste Rüstzeug« für eine Tätigkeit als Wissenschaftsmanager und vermerkte: »Als besonders dringlich sieht er die Entwicklung einer ›Folge-Ethik‹ an.« Trotzdem versichert er glaubwürdig und »mit bestem Wissen und Gewissen«,daß er kein Mitarbeiter der »FAZ« sei. Wohl aber habe für seine Empfehlung Fests Hitler-Buch eine große und positive Rolle gespielt. »Ich empfehle der Fakultät« – schrieb Professor Frühwald deshalb, und vergaß nicht das Beflissenheitsadverb des gehobenen Kaufhaus-Kommis: – »gerne, Joachim Fest zum Honorarprofessor zu ernennen.«

Diese freudige Bereitwilligkeit begründete Frühwald in seinem Gutachten zunächst mit Fests »uvre«. Es weise ihn nämlich als »große geistige Kraft aus, die der deutschen Universität gewonnen werden sollte«. Demgegenüber meinte zunächst der Professor Hinck: »Ich habe auf das Hitler-Buch überhaupt nicht besonders hingewiesen, dafür bin ich ja weniger zuständig.« Auf Nachfrage erinnert er sich dann doch: »Sicherlich hat es eine Rolle gespielt«, aber da müsse er jetzt sagen, weitere Auskünfte wolle er nicht geben über ein Gutachten, das an sich vertraulich zu behandeln sei. Verständlich, wenn schon die Heidelberger Fakultät das ungeniert schluckte – die Öffentlichkeit würde es komisch finden, daß Joachim Fest ausgerechnet sein Hitler-Buch »gegen den aller Poesie und aller Geschichte abholden Zeitgeist« schrieb. So allen Ernstes der Gutachter Hinck.

Und welch ein Zufall: Beide Gutachter berufen sich als Nichthistoriker auf das Urteil Theodor Schieders – für Hinck einer der »geachtetsten deutschen Historiker« und für Frühwald der »Grand old man« der deutschen Geschichtswissenschaft. Tatsächlich ist der verstorbene Theodor Schieder ein guter Kronzeuge für Fest. Der Verfasser des grundlegenden Werks »Faschismus, Imperium« (1940) hatte sich »am Eingang des letzten Befreiungskrieges, in den Italien am 10. Januar 1940

an der Seite seines deutschen Verbündeten eingetreten ist«, ebenso bewährt wie als Autor des ersten Entwurfs für den »Generalplan Ost«, in dem er zur »Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens« schon 1939 »Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes« und selbstverständlich eine »Herauslösung des Judentums« aus den verbliebenen polnischen Städten verlangte. Nach 1945 bewährte Schieder sich abermals, als es galt, den ersten deutschen Weltkrieg gegen Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« zu verteidigen. Auch Gustav Heinemann, den mißratenen Bundespräsidenten, rief er zur Ordnung, weil er durch die »Beschwörung einer revolutionären Tradition« allzuleicht »den demokratischen Staat in Gefahr brachte«.

So kann es nicht erstaunen, daß Schieder seine Freude an Fest hatte, der schon zu Beginn seiner Führer-Biographie schrieb: »Wenn Hitler Ende 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte, zu nennen.«

Das paßt sicherlich in die große Tradition der Universität Heidelberg. Weniger schön allerdings ist für Joachim Fest, daß der Ehrenprofessor, der ihn so kooperativ ereilte, nicht viel wert ist – wenigstens unter Kennern. Die wissen, mit wieviel Peinlichkeit gerade Ehrensprechungen aus Heidelberg verbunden sind, aus einer Universität, die in der Nazizeit ihre Ehren als »Paket« (Helmut Heiber) an alles verteilte, was braun war – oder auch nur Braunes geboren hatte. So war nicht nur des Führers Waffenmeister Albert Speer für einen Ehrendoktor vorgesehen, auch seine Eltern wurden von dieser tüchtigen Universität noch kurz vor dem Ende des Nazireiches zu akademischen »Ehrenbürgern« ernannt, weil sie diesen »Herrn Sohn durch seelisches Erbe und geistige Formung zu dem werden ließen, was er heute ist«.

Herzlichen Glückwunsch, Joachim Fest, zu der wahrlich verdienten Ehre vom Neckarstrand.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 8/92 über Goebbels im »Spiegel«

: dpa

Konkret 10/92, S. 54

Klaus Holz

Die Weisen von Zion. Neue Folge

»Eine russische Jüdin bricht ein Tabu«, verspricht der Klappentext des jüngst im W. J. Siedler-Verlag erschienenen Buches »Das Ende derLügen. Die russischen Juden – Täter und Opfer zugleich – sind in die Geschichte ihres Landes auf tragische Weise verwickelt« von Sonja Margolina. Verlag und Autorin haben Wort gehalten

Bereits der erste Blick auf Margolinas Buch löst ein gewisses Befremden aus. Der Klappentext, die Kombination der Worte »Jüdin« und »Tabubruch« sowie der reißerische Titel machen mißtrauisch. Schließlich ist man vom Siedler-Verlag einiges gewohnt, allerdings nicht gerade eine »Selbstbefragung des jüdischen Schicksals in der Tradition von Hannah Arendt«. Darum handelt es sich auch nicht. Zunächst jedoch beschwichtigt die Einleitung den ersten Verdacht. Margolina distanziert sich entschieden vom Antisemitismus und von antisemitischen Deutungen der russischen/sowjetischen Geschichte. Doch auch mit den anti-antisemitischen Klischees sei nichts anzufangen, da in ihnen die Juden nur als Opfer erschienen. Angesichts der Taten der jüdischen Bolschewiki aber – man erinnert sich an die Widmung: »Meinem Vater, der Kommunist und Jude war« – entpuppten die Klagen der Juden und ihrer philosemitischen Freunde sich als Lügen. Ihnen ein Ende zu setzen, sei nun an der Zeit, da sich die russische Nation anschicke, ihre »künstliche« Unterdrückung abzuwerfen. Nur die Juden wollten noch nicht einsehen, daß sich damit auch ihre Geschichte normalisiere.

Wäre dies alles, lohnte die Lektüre nicht. Denn Margolinas (scheinbar) zentrale These ist ein alter Hut. Auch steht in ihrem Buch kein einziges neues Wort über die Geschichte der Juden in Rußland. Dafür bietet sie eine Fülle historischer Fehlleistungen, logischer Ungereimtheiten und krasser Widersprüche, gepaart mit schlichtem Unsinn. So schreibt sie, um für letzteres nur ein Beispiel zu nennen, in einer Erläuterung ihrer Thesen für die Zeitschrift »Kommune«, daß sie gar nicht in den Kategorien Täter und Opfer, Schuld und Vergeltung argumentiere, da die Oktoberrevolution »ein Naturereignis, ein historischer Super-GAU« gewesen sei. Tatsächlich schreibt sie der Natur keine Schuld zu, sondern den Juden. Margolina liefert auf 150 Seiten ein modisch-unreflektiertes Täter-Opfer-Gebrabbel, das sich bei aller Ambivalenz seiner Sache sicher ist: Die Juden sind die Täter am russischen Volk und deshalb selbst schuld, daß die Nazis die Russen an ihnen rächten.

Selbstredend kennt die jüdische Geschichte Täter. Margolina allerdings behandelt die Juden als Kollektiv, und als solches waren sie nicht Täter, sondern das vom Nationalsozialismus auserwählte kollektive Opfer. Der hintergründige Reiz dieses Buches, der Tabubruch, liegt nun darin, daß sie zum Zwecke einer Rettung, einer *Heil*ung der russischen Nation die Juden für den Bolschewismus und durch diesen für den Nationalsozialismus verantwortlich macht. In Margolinas Resultat sind die Juden nicht nur die Opfer, sondern auch der kollektive Täter dieser Geschichte. Diese altbekannte antisemitische Entsorgung der deutschen Vergangenheit verhilft, weil sie nicht mit der kruden Arroganz eines Nolte vorgetragen wird, der jüdischen Russin zu so freundlicher Aufnahme im deutsch-liberalen Feuilleton.

Denn der Trick, auf dem Umweg über die russischen Nation die deutsche gleich mit zu normalisieren, macht »Das Ende der Lügen« für Zeitungen wie die »Frankfurter Rundschau« oder die »Kommune« diskutabel. Selbst eine so liberale Einrichtung wie die Evangelische Akademie Arnoldshain lud die Autorin zu einer Tagung über Antisemitismus in Osteuropa – ein Thema, für das die Autorin sich bislang nur durch ihre Herkunft qualifizieren konnte. Die »Kommune« meinte gar, daß außer einer miserablen Rezension (Nr. 6/92) der Autorin ein eigener Artikel zustünde, in der »sie ihre Thesen in vielleicht weniger mißverständlicher Form zur Diskussion« stellen sollte (Nr. 7/92). Das »Mißverständnis« liegt ganz auf Seiten der Redaktion. Sie scheint die entschieden nationalistische Grundüberzeugung Margolinas nicht zu stören und hält offensichtlich für einen diskutablen Beitrag, was schnurstracks vom (russischen) Nationalismus in den Antisemitismus und von diesem zur Entsorgung der deutschen Geschichte führt. Gerade aber durch diesen Schlenker, der in Wahrheit der logischen, konstitutiven Komplementarität von Nationalismus und Antisemitismus folgt, bricht Margolina dem Deutschen sein Tabu.

W.J. Siedler, der den Propyläen-Verlag u.a. wegen seines Engagements für Helmut Diwalds Bemühungen um das »Problem ›Auschwitz‹« verlassen mußte, setzt mit der Veröffentlichung von Margolinas Buch sein längst bemerkenswertes chauvinistisches Lebenswerk fort. Nach Goebbels Werken und Speers Erinnerungen, J.C. Fests Hitlerbuch und Hillgrubers »Zweierlei Untergang« darf nun eine russische Jüdin beanspruchen, zum rechten Zeitpunkt den rechten Ton gefunden zu haben. Zumindest findet die »FR« nun »sehr spannend«, was sie bei Hillgruber noch für kritikwürdig hielt. Der war einfach zu deutsch und zu direkt. Margolina dagegen entführt den Rezensenten in die Welt der Zwiebeltürme, des Zaren und der Bolschewiki, sucht nach der russischen Nation und kommt dabei den Juden auf die Schliche.

Zersetzung

Das »transnationale, feudale Imperium« des Zaren hätte sich nach Margolinas Überzeugung noch 1913 »friedlich und zivil« zu einem normalen bürgerlichen Nationalstaat mausern können, wären nicht Lenin und vor allem Trotzki mit ihrer »internationalistischen Revolution« dazwischengekommen. Auf den ersten Blick beschuldigt sie das schwache russische

Unternehmertum, den Bolschewiki diese Chance eröffnet zu haben. Denn das russische Kapital habe es um 1900 vorgezogen, dekadent und intellektuell zu werden, anstatt seine historische Mission zu erfüllen. Deshalb habe ausländisches Kapital unter »starker Beteiligung europäischen jüdischen Kapitals« in das zaristische Rußland eindringen können. Der obligatorische Schluß von »jüdischem Kapital« auf gesellschaftliche Schlüsselfunktionen und Bankhäuser folgt noch im gleichen Abschnitt. Natürlich fällt auch der Name Rothschild. Im Jahre 1916 waren, so weiß die Autorin zu berichten, in Sankt Petersburg 40 Prozent der Bänker jüdischer Herkunft. Diesem »internationalen Finanzkapital« seien die »einheimischen Unternehmer« kaum gewachsen gewesen. »Besonders allergisch reagierten die Russen auf die Vorherrschaft der Juden im Getreideexport.« Das ausländisch-jüdische Kapital habe dem Zarenreich »ein fremdes Entwicklungsmodell« aufgezwungen. Anstatt eines russisch-nationalen Kapitalismus sei so ein »quasi-koloniales Land«, kurz: »eine Treibhauszüchtung« entstanden. Wann wäre es den Juden auch jemals gelungen, etwas Echtes zu schaffen.

Auf der einen Seite habe also das »internationale Kapital« Rußland modernisiert, auf der anderen Seite die Entwicklung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse gerade verhindert. Aus diesem Widerspruch erklärt Margolina die Chance der Bolschewiki. Allerdings bedurfte es auch zu ihrer Nutzung an allen Ecken und Enden der Juden. Zunächst finanzierten sie im Bund mit dem dekadenten und intellektuellen russischen Kapital die Revolutionäre. Diejenigen Juden, denen das nötige Kleingeld abging, weil sie vom ausländischen Kapital ausgebeutet wurden, seien gleich selbst zur Linken gegangen. In diesem Zangengriff des Jüdischen und Fremden sei dann das Zarenreich verendet.

Die so ermöglichte Revolution stellt sich Margolina als jüdisch-bolschewistische Machtergreifung vor. Keinesfalls war die russische Revolution russisch. Verhindern konnten die Russen die Okkupation nicht, da sie zwar »ein Volk, aber noch keine Nation« waren. Was ein anationales Volk ist, darf man eine Nationalistin genausowenig fragen wie, worin das Nationale denn bestehe. Nation definiert sich notwendig über die Abgrenzung nach außen, d.h. über Antisemitismus und Rassismus. Deshalb fließen der russischen Jüdin, die doch nur eine Nationalistin sein will, auf ihrer Suche nach der russischen Nation antisemitische Stereotypen aus der Feder. Denn in der Logik des Nationalismus darf die bolschewistische Revolution nicht russisch gewesen sein. Den gleichen Wahn kann man gegenwärtig in all den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern verfolgen. Sie entsorgen allesamt ihre nationale Geschichte, indem sie den Bolschewismus der russischen Nation allein anhängen. Sie waren alle vom Großen Bruder Rußland bloß besetzt. Dieser schlichte Ausweg ist den russischen Nationalisten versperrt. Deshalb erfreut sich der Antisemitismus unter ihnen gegenwärtig besonderer Beliebtheit. Denn der Inbegriff des Juden, wie er sich aus dem Nationalismus für den Antisemiten ergibt, ist das Anationale, das Fremde und Heimatlose, das Internationale und Verantwortungslose. Die bolschewistische Revolution wird so zur jüdisch-internationalen, womit die russische Nation selbstredend nichts zu schaffen (gehabt) hat.

Internationalismus

Margolinas Kampf gegen die Lüge vom Juden als ewigem Opfer findet im Juden allerwärts den Täter wider das russische Volk. »Wenn im Endergebnis Rußland der Sozialismus widerfahren ist, dann waren die Juden diejenigen, welche die erste Welle der Zersetzung angeführt hatten.« In der Folge der jüdischen Revolution auf russischem Boden wurde die Vorherrschaft des jüdisch-internationalen Kapitals von einer »fast zwanzig Jahre dauernden jüdischen ›Hegemonie‹« nach 1917 abgelöst. Für das »Erscheinungsbild der revolutionären Macht (ist) der nicht selten gebrochen russisch sprechende jüdische (lettische) Kommissar mit Lederjacke und Mauserpistole typisch«. Außerdem ersetzte die jüdische Intelligenz, auf die es Margolina neben den »moralisch zweifelhaften« und »kulturell zurückgebliebenen« unteren Schichten ganz besonders abgesehen hat, die bürokratische Führungsschicht. Kurz: »Die Juden waren die Elite der Revolution, und sie waren ihre Gewinner. Dies ist eine besondere Seite der russischen international-sozialen Revolution.« Das Wortspiel mit »national-sozialistisch« hat einen tieferen Sinn, wie noch zu zeigen sein wird.

Margolina konstruiert eine jüdische Revolution, um die russische Nation von ihr zu befreien. Kein historisches Faktum vermag diese Suche nach nationaler Identität zu irritieren. Die Geschichte vor und in der bolschewistischen Revolution kennt keine jüdische Hegemonie, auch nicht in der Partei Lenins. Die Mehrzahl der Juden war zionistisch orientiert. Man erinnere sich etwa an die Auswanderungen osteuropäischer, traditional oder zionistisch-sozialistisch orientierter Juden nach Palästina oder Westeuropa. Isaac B. Singer hat, um nicht allein auf die einschlägige historische Literatur von Dubnov über Poliakov bis Zvi zu verweisen, dieser ostjüdischen Entwicklung zwischen Tradition, Zionismus und Sozialismus ein literarisches Denkmal gesetzt. Seine Romantrilogie (»Die Familie Moschkat«, »Das Landgut« und »Das Erbe«), deren Lektüre hiermit empfohlen sei, kennt übrigens die Juden nicht nur, nicht einmal vorrangig, als Opfer.

Vergegenwärtigt man sich die Geschichte der sozialistischen Organisation der Juden, des »Bundes«, so kann keine Rede von einer jüdischen Hegemonie in der bolschewistischen Partei oder der frühen Sowjetunion sein. 1903 überwarf sich beispielsweise der »Bund« mit Lenin und trennte sich (zeitweilig) von der internationalen Vereinigung der Sozialdemokratie. Der Grund war die Forderung, die Juden als eigenständige ›Nation‹ anzuerkennen und ihnen eine kulturelle Autonomie nach dem Sieg der Revolution zuzusagen. Damit versuchte der »Bund«, der starken zionistischen Bewegung sozialistische Konkurrenz zu machen. Lenin, ein entschiedener Anti-Antisemit, widersprach dieser

»reaktionären zionistischen Idee« (Lenin, Werke, Bd. 7, S. 89), weil die erwartete Revolution die Nationalismen gerade auflösen sollte. Da die Juden bislang keine Nation gewesen seien, so Lenin, sei es unsinnig und reaktionär, daß sie nationale Forderungen in einer historischen Situation erheben, in der die internationale Revolution und damit das Ende des Nationalismus anstünden. Der »Bund« hat seine Forderung nicht aufgegeben und sich der Sache nach in der frühen UdSSR auch durchgesetzt. Im Oktober 1918 wurde eine jüdische Sektion der KPdSU, die »Jevsekzii«, gegründet, was einer Anerkennung der Juden als nationaler Minderheit gleichkam.

Margolina nimmt diese jüdisch-sozialistische Geschichte vor und in der frühen Sowjetunion nur selektiv zur Kenntnis, um mit ihr typisch jüdische Charakterzüge zu belegen. Ihr Thema ist schließlich auch nicht die Geschichte, sondern der Jude einer-, der Russe andererseits. Von den Rezensenten ihres Buches hätte man allerdings wenigstens den einen oder anderen empirischen Einwand erwarten dürfen. Es ist weder »anregend kontrovers« (»FR«), noch »im wesentlichen längst Bekanntes« (»Das Parlament«), wenn Margolina z. B. dem Juden Trotzki umstandslos die Millionen Toten Stalins auf die Rechnung setzt. So aber wird dieses Machwerk goutiert und hinterläßt folglich schlimmstenfalls einen »merkwürdigen Beigeschmack« (»Das Parlament«). Ganz hat man sich an den Tabu-Bruch scheint's doch noch nicht gewöhnt.

Von der Nation zum Juden

Margolina selbst ist natürlich mit historischen Fakten nicht beizukommen. Der Jude, das ist ihrer ganzen Rede Sinn, ist Täter gewesen und deshalb selbst Schuld, Opfer geworden zu sein. Trotzki hat sich selbst erschlagen. Nur, warum tut der Jude so etwas? Mit dieser Frage ist man bei Margolina an der richtigen Adresse. Trotzkis Internationalismus ist die dem Juden typische Art, nicht-jüdisch zu sein. Die Leugnung der Identität, die nach nationalistischer Gesinnung natürlich nicht gelingen kann, führt zu einer Persönlichkeitsspaltung, die den Juden ausmacht. »Jude zu sein bedeutet, Gespaltenheit und Ambivalenz in sich zu vereinigen.« In der Folge halluziniert sich der Jude als Opfer, das er aufgrund seiner eigenen verantwortungslosen Taten erst wird. So verwandelt sich das antisemitische Vorurteil, demzufolge der Jude der anationale, heimatlose und alles auflösende Kosmopolit ist, in ein Grundübel des Judentums: keine Nation zu sein. Schon der Jude Jesus hat »den Juden Gott enteignet und ihn (oder sich) (sic!) auf alle Menschen, unabhängig von Rasse und Blut, verteilt. Diese Internationalisierung Gottes wurde ... in säkularisierter Form (von Marx) wiederholt« und vom »treuesten Apostel« Trotzki in der internationalistischen Revolution in die Tat umgesetzt.

Durch dieses Treiben verschuldet der in seiner nationalen Identitätsbildung gescheiterte Jude den Antisemitismus. Für Margolina ist der Antisemitismus der »ideologische Gegenreflex« auf die Judenfrage. Diese stelle sich, weil dem ältesten Volk der Welt die nationale und personale Identitätsbildung nicht gelinge. Seit Jesus läßt es deshalb seine internationalistisch-messianische Berufung an der ganzen Welt aus. Diese dankt es ihm zuweilen mit Pogromen. »Es läßt sich nicht bestreiten, daß das jüdische Volk nicht nur unter den Deutschen, sondern auch unter einfachen Menschen anderer Nationalitäten – Esten, Litauer, Letten, Ukrainer, Polen – gelitten hat, die sich an schutzlosen Frauen und Kindern, an Greisen und Behinderten für das von jüdischen Kommunisten Getane rächen wollten.«

Im Versuch, die russische Nation zu retten, wird die Nationalistin antisemitisch. Sie konstruiert sich ihren ›nichtidentischen‹, internationalistischen Juden, um den sich jeder moderne Antisemitismus zentriert. Dieses zentrale Element des modernen Antisemitismus findet sich bei Margolina in all den Modifikationen, die nach Auschwitz notwendig wurden. Die Juden müssen nun insbesondere für den Antisemitismus selbst die Verantwortung tragen. Die auch in antiimperialistischen Kreisen beliebte These von der Zusammenarbeit der Juden (Zionisten) mit den Nazis kehrt bei Margolina in russischer Variation wieder. Israel, »eine Art Naturschutzgebiet oder Reservat für den Sozialismus«, löse seine Probleme mit Hilfe des »wirkungsvollen ideologischen Zusammenspiels von Rechtsextremisten und Zionisten« in Rußland. »Die sowjetischen Juden, zwischen zionistischen Hammer und rechtsextremistischen Amboß geraten, ... verfallen in eine Art Massenhysterie«, obwohl sie nur »unter den gleichen Problemen wie andere leiden«. Diese Chance nützen die Zionisten, um »Israel ›judenvoll‹« zu machen.

Selbstredend distanziert sich Margolina von russischen Rechtsextremisten, findet aber doch auch Worte des Dankes. Immerhin sei durch »die Bemühungen von Rechtsextremisten die wahre Identität« eines (getarnten?) jüdischen Volkskommissars »aufgeklärt« worden. Dabei hätte sie doch solche vorsichtigen Annäherungsversuche an völkisch-nationalistische Bewegungen wie »Pamjat« gar nicht nötig. Denn in der Substanz sind sie sich einig. Für ihre weitere Karriere in Deutschland mag es immerhin klüger sein, sie plaudert das nicht aus. »Pamjat – das ist die Erweckung und Wiederherstellung des nationalen Selbstbewußtseins des russischen Volkes, das durch einen Genozid beinahe vernichtet worden ist. Das Land muß aus der Sackgasse herausgeführt werden, in die es durch den aus dem Westen importierten Marxismus, d.h. die Ideen des deutschen Juden Marx, gebracht worden ist. ... Dann kam die sogenannte Große Oktoberrevolution, die fast ausschließlich von Leuten jüdischer Herkunft angeführt wurde. Mit ihr ergriff der Zionismus die Macht, vertreten durch Trotzki, Sinowjew, Kamenjew, Swerdlow und andere, die Konzentrationslager errichteten und eine Politik des Genozids des russischen Volkes betrieben« – so definiert der Führer des »Pamjat« sein Geschichtsbild in voller Übereinstimmung mit Margolina. Merkwürdigerweise hat die »Kommune« ein »Pamjat«-Flugblatt dokumentiert

und von Gerd Koenen kritisch kommentieren lassen (Nr. 4/90), während doch Margolina Artikel schreiben darf. Wollte man diese ungerechtfertigte Ungleichbehandlung freundlich bewerten, so wäre die unterschiedliche Verpackung des gleichen russischen Nationalismus und Antisemitismus zu berücksichtigen. Auf ihr nämlich steht geschrieben, daß eine russische Jüdin ein Tabu breche. Philosemitisch wie wir sind, darf da ein deutscher Redakteur nicht widersprechen. Wer mutig ist, was man der »Kommune« wirklich nicht nachsagen kann, wird immerhin zu bedenken geben: »An der Argumentation von Margolina ist manches Wahre, auch vieles, was man als Deutscher und Nicht-Jude nicht aussprechen würde. Die Frage ist allerdings, ob man es überhaupt sollte, ob Margolina nicht Beifall von der falschen Seite erhalten wird« (»Das Parlament«). Der Rezensent kann beruhigt sein. Margolina bekommt schon von der rechten Seite Beifall. Die Neonazis und selbstbewußten Antisemiten brauchen sie am wenigsten. Ganzdeutschland bedarf Margolinas Normalisierung der Geschichte, um seiner gewachsenen Verantwortung hemmungslos nachkommen zu können.

Tabubruch

Ihr Buch ist sozialliberalen Zeitungen wie der »FR« gerade deshalb akzeptabel, weil es das Tabu des deutschen Nationalismus nach Auschwitz bricht, ohne sich doch unmittelbar mit ihm zu befassen. Normalisierung auf Schleichwegen. Dies gilt allgemein, indem Margolina den Nationalismus in den Antisemitismus führt und nicht nur für die »FR« diskutabel macht. Sie entsorgt selbst den »dunkelsten Fleck« der deutschen Geschichte, indem sie von der russischen handelt. Ihre Auschwitzlüge ist gerade so antisemitisch, wie es der Deutsche braucht, um ohne Glatze und Bomberjacke ganz normal auf sein Land stolz sein zu können. Denn Margolina bestreitet natürlich nicht das historische Faktum der Judenvernichtung. Diese Fassung der Auschwitzlüge war im Grunde nie für den Bürger gedacht. Für ihn galt das Tabu, das nun zu brechen ist. Dank Margolina kann man jetzt von per Abstammung autorisierter Hand geschrieben finden, was man heimlich schon immer meinte: daß es die Juden selbst waren, die Auschwitz zu verantworten haben. Eben: Das Ende der Lügen – Juden, Täter und Opfer zugleich.

Das große Verdienst Margolinas an der Gesundung des deutschen Bewußtseins liegt darin, eine dem Tabu adäquate Form der Enttabuisierung gefunden zu haben. Denn die Schwierigkeiten, die die liberale Öffentlichkeit noch mit Irving, Diwald, Fest, Hillgruber, Baring und Stürmer hatte – allesamt Autoren, die unter Siedlers Regie verlegt wurden – , waren deren deutscher Direktheit geschuldet. Sie plapperten wie Jenninger unverblümt aus, auf was es auch bei Margolina hinausläuft: daß es die Deutschen, recht bedacht, gar nicht gewesen seien. Wer sich das Tabu ernsthaft, d.h. liberal und philosemitisch, zu eigen gemacht hat, wird derlei plumpen Frontalangriffen nicht gleich nachgeben wollen. Denn die Pointe eines Tabus besteht gerade darin, das Tabuisierte nicht nur vor rationaler Reflexion, sondern vor jedweder Auseinandersetzung zu schützen. Es darf nur indirekt, hinter vorgehaltener Hand, etwa anhand des »guten Juden«, zur Sprache kommen. Diesen guten Ton läßt sich der entschieden nicht-nazistische Deutsche nicht mehr nehmen.

Allerdings handelt es sich nur mehr um den Ton, um die Verpackung. Im Resultat, das schreibt die Logik des Antisemitismus bzw. Nationalismus zwingend vor, bleibt auch Margolina nichts anderes übrig, als die Judenvernichtung auf das Schuldkonto der Juden zu buchen. Ihr guter Ton rührt allerdings daher, daß sie die Entsorgung von Auschwitz durch Zitation einer innerjüdischen Auseinandersetzung von 1924 vornimmt. Gleichzeitig verzichtet sie weitgehend auf jede Bezeichnung dessen, was sie zu entsorgen gedenkt. Trotz der Kapitelüberschrift »Warnungen vor dem Holocaust« scheint es gar nicht um die Judenvernichtung zu gehen. Sie bezeichnet sie lieber als »Vergeltung«. Und doch ist die Botschaft die gleiche wie bei Nolte, Hillgruber und Konsorten: Die bolschewistische Revolution war in Wirklichkeit eine jüdisch-international-sozialistische, auf die der Nationalsozialismus die historische Antwort gewesen ist.

Schon 1924 haben in einem Sammelband, so Margolina, russische Juden im Exil damit gedroht, daß das schändliche Treiben der Trotzkis nicht unbestraft bleiben werde. Margolina vermerkt, ohne daß sie dies im mindesten nachdenklich macht, über einige der Autoren, daß diese »nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges als Freiwillige zur Weißen Armee gegangen seien – zu der Armee also, die mit ihren als Racheakten an der ›jüdischen Macht‹ inszenierten furchtbaren Pogromen binnen drei Jahren das Leben von hunderttausend Juden auf dem Gewissen hatte«. So bedauerlich solche Vorkommnisse auch gewesen sein mögen, Margolina will sie doch nicht den Weißen und den beteiligten bzw. sympathisierenden Autoren anlasten. Denn »die jüdischen (?) Pogrome im Bürgerkrieg waren die Folge der von den Bolschewiki entfesselten Jagd auf die alten Klassen und des Kampfes um die Aufrechterhaltung der eigenen Macht um jeden Preis«. Den so entsorgten Juden der Weißen Armee attestiert Margolina »einen scharfen und unverstellten Blick auf die vor ihren Augen sich abspielenden Prozesse. Ihre tiefgehende Analyse der jüdischen Frage ist bis heute hoch aktuell.«

Diese tatsächlich heute zeitgemäße Analyse liest sich so: »Die übertrieben eifrige Teilnahme der jüdischen Bolschewiki an der Unterjochung und Zerstörung Rußlands ist eine Sünde, die die Vergeltung schon in sich trägt. Denn welch größeres Unglück könnte einem Volk widerfahren als das, die eigenen Söhne ausschweifend zu sehen. Man wird uns dies nicht nur als Schuld anrechnen, sondern auch als Ausdruck unserer Kraft, als Streben nach jüdischer Hegemonie vorhalten. Die Sowjetmacht wird mit jüdischer Macht gleichgesetzt, und der grimmige Haß auf die Bolschewiki wird sich in Judenhaß

verwandeln. ... Alle Länder und Völker werden von Wellen der Judophobie überflutet werden. Noch nie zuvor haben sich solche Gewitterwolken über dem Haupt des jüdischen Volkes zusammengeballt.«

Das »Gewitter«, dessen genauere Kennzeichnung unterbleibt, haben die Juden also selbst heraufbeschworen. Für Margolina – und darin besteht der geheime Reiz ihres Machwerks – enthalten die 1924 formulierten »Warnungen vor dem Holocaust« die Bezeichnung des Schuldigen für Auschwitz. Juden – Täter und Opfer zugleich. Am Ende des Kapitels, nach zehn Seiten Zitaten und Paraphrasen, darf Margolina meinen, was einem Nolte noch Scherereien einbrachte. »Die Tragödie des Judentums bestand darin, daß es keine politische Option gab, um der Rache für die geschichtliche Sünde der Juden – ihre exponierte Mitwirkung am kommunistischen Regime – zu entgehen. Der Sieg des Sowjetregimes hat sie zeitweilig gerettet, die Vergeltung stand ihnen noch bevor.«

Sonja Margolina hat nicht nur »Tabus entscheidend angekratzt« (»FR«), sondern im Unterschied zu den deutschen revisionistischen Historikern eine Form gefunden, die beispielsweise die »FR« spannend findet. Denn sie befriedigt in akzeptabler Form ein Bedürfnis, das die Nation um-treibt. Eine jüdische Kronzeugin, durch die der liberale Nationalist und selbstverständ-liche Philosemit zu lesen bekommt, was ersich als heimlicher Antisemit nicht offen zu sagen traut. Gerade die biographische Authentizität der Autorin, deren Vater Kommunist und Jude war, ihre Suche nach der russischen, nicht nach der deutschen Nation macht sie für Deutsche so interessant. Ohne diese Umwege wäre, so wage ich trotz allem zu hoffen, ihr Buch in der »FR« verrissen worden (– von der »Kommune« darf man wohl nicht mal mehr das erwarten). Allerdings gibt es auch keinen Grund, sich diese Umwege zu ersparen. Denn wer die Nationzu retten gedenkt, muß die Judenfrage stellen. Dies gilt auch für die jüdische Russin, weshalb sie dem deutschen Deutschen so wertvoll ist.

Klaus Holz schrieb in KONKRET 10/91 über die defizitäre Kritik an der antizionistischen Propaganda

et 10/92, S. 58

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten III

Das römische Papsttum – durch Kriege und Betrug groß geworden, durch Kriege und Betrug groß geblieben – hatte durch Pius X. den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gefördert und förderte nun durch Pius XI. entscheidend die Heraufkunft des Faschismus. Dankbar nahm Mussolini nicht nur sechs Geistliche in sein erstes Kabinett auf, sondern rettete auch sogleich den »Banco di Roma«, dem der Vatikan und mehrere seiner Hierarchen hohe Summen anvertraut hatten, vor dem Bankrott, indem er mit etwa 1,5 Milliarden Lire aus der Staatskasse einsprang, worauf der Dekan des »Heiligen Kollegiums«, Kardinal Vanutelli, erklärte, Mussolini sei »auserwählt zur Rettung der Nation und zur Wiederherstellung ihres Glücks... Wir sind ihm alle dankbar«.

Papst Pius XI. schränkte den Einfluß des antifaschistischen Partito Popolare Italiano, 1919 von dem sizilianischen Geistlichen Luigi Sturzo gegründet, immer mehr ein. Denn Sturzo, Generalsekretär der Katholischen Aktion, stand theologisch zwar rechts, politisch verwarf er aber das bisherige Bündnis der Katholiken mit den Konservativen. Er propagierte eine gewisse soziale Orientierung, Agrarreform, Zerstückelung des Großgrundbesitzes, Förderung des Kleineigentums, wobei er mit den gemäßigten Gewerkschaften kooperierte, ja gemeinsam mit den Sozialisten für den Achtstundentag eintrat. Das alles paßte dem »Heiligen Vater« viel weniger ins Konzept als der Faschismus. Und da man dem Partito Popolare, der dem deutschen Zentrum nachgebildeten katholischen Volkspartei, durchaus zutraute, im Bündnis mit den Sozialisten den Faschismus zu liquidieren, wie im August 1924 die vatikanische Jesuitenzeitschrift, das Sprachrohr des Papstes, einräumte, mußte Sturzo fallen.

Schon 1923 erzwang deshalb die Kurie Sturzos Rücktritt als Parteisekretär, im Mai 1924 seinen Rücktritt aus dem Vorstand. Im September verurteilte der Papst persönlich und öffentlich eine Koalition der Volkspartei mit den verfassungstreuen Sozialisten. Im Oktober mußte Sturzo, mit anderen Gesinnungsgenossen, ins Exil, womit der gefährlichste Gegenspieler des Faschismus im Kampf um die Macht eliminiert war.

Wie der Vatikan zehn Jahre später in Deutschland den katholischen Reichskanzler Brüning und das Zentrum preisgab, so damals den Katholiken Sturzo und bald auch dessen Partei. Ein Priester, der ein soziales Ethos vertrat, das zumindest den Landbesitzern als »schwarzer Bolschewismus« erschien, der entschieden die Emanzipation der Laien vom Klerus in der Politik erstrebte, konnte bei einem Papst, der nichts mehr als Linke fürchtete, unermüdlich aber auch den liberalen Laizismus bekämpfte, keine Gnade finden. Um so weniger, als Sturzos Partei auch die Lösung der »Römischen Frage« nicht wesentlich genug erschien, einer Frage, die für das Papsttum 1870 entstanden war, als Italien den Kirchenstaat beseitigte, Rom besetzt und zur Hauptstadt gemacht hatte. Zum argen Mißfallen von Pius XI. weigerte sich nun die Volkspartei, die Versöhnung von Staat und Kirche im Sinne des »Heiligen Stuhls« in ihr Programm aufzunehmen.

So drang Pius XI. nach Sturzos Sturz auch auf das Ausscheiden aller Priester aus der katholischen Partei, was deren Auflösung gleichkam. Der »Stellvertreter Christi« protestierte nicht einmal, als mehrere ihrer Mitglieder, auch Geistliche, von Faschisten getötet wurden. Er protestierte erst recht nicht gegen die Liquidierung einiger tausend Kommunisten und Sozialisten, darunter Mussolinis erbittertster Gegner, der junge Strafrechtslehrer und Sozialistenführer Giacomo Matteotti, der sein ganzes Vermögen armen Bauern seiner Provinz geschenkt hatte.

Der Mord an Matteotti führte zur schwersten inneren Erschütterung des Faschismus zwischen 1922 und 1943. Mussolini schien am Ende, jäh vereinsamt, fast ganz Italien stand gegen ihn. Man forderte seine Absetzung vom König. Da aber ergriff die Kurie Partei für ihn, rühmte ihn, das päpstliche Hofblatt »Osservatore Romano« ebenso wie die vatikanische Jesuitenzeitung oder der langjährige Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri. Und natürlich der Papst selbst, der es ablehnte, die Witwe Matteottis auch nur zu empfangen.

Am 20. Dezember 1926 verkündete der »Heilige Vater« wieder einmal: »Mussolini wurde uns von der Vorsehung gesandt.« Der Duce hatte kurz zuvor die Mandate der nicht faschistischen Kammer- und Senatsmitglieder für ungültig erklärt, ihre Parteien aufgelöst und mit der faschistischen Umgestaltung des Staates begonnen.

Drei Jahre später, am 11. Februar 1929, unterzeichneten im Lateran, dem päpstlichen Palast, Benito Mussolini und Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri die Lateranverträge. Es war das bedeutendste kirchenpolitische Ereignis im Pontifikat Pius XI., die wichtigste außenpolitische Entscheidung des Papsttums seit 1870. Das Vertragswerk umfaßte einen Staatsvertrag, ein Finanzabkommen, ein Konkordat, Verträge, die das Ansehen der Faschisten enorm steigerten, vor allem aber der Kurie gewaltige Vorteile brachten.

Zwar verzichtete Pius XI. damit definitiv auf den Kirchenstaat, der im 8. Jahrhundert durch Betrug und Krieg gewonnen und 1870 von Italien besetzt worden war. Dafür bekam der Papst aber uneingeschränkte Souveränität auf dem Gebiet der Vatikanstadt und als Abfindung »das Kapital einer Weltbank«, die (nach damaliger Währung) ungeheure Summe von einer

Milliarde Lire in Staatspapieren und 750 Millionen Lire in bar, bei fünfprozentiger Verzinsung eine Jahresrente von fast 90 Millionen. Der Katholizismus wurde Staatsreligion, die kirchliche Ehe der bürgerlichen ebenbürtig, die Scheidung unmöglich, der Religionsunterricht obligatorisch. Antikirchliche Bücher, Zeitungen, Filme wurden unter Zensur gestellt, die Kritik des Katholizismus unter Strafe. Der Staat verpflichtete sich, seine ganze Gesetzgebung mit dem kirchlichen Recht abzustimmen.

Was gab die Kirche dafür? Sie sah, im eigenen Interesse wohl, eine Verringerung der 279 italienischen Bistümer vor, sie erlaubte der Regierung, bei der Ernennung von Bischöfen und Pfarrern politische »Bedenken« zu äußern. Und sie untersagte – das schönste Geschenk für Mussolini – allen Geistlichen die parteipolitische Betätigung. »Ist Konkordat und Kirchenplan nicht glücklich durchgeführt. Ja, fangt einmal mit Rom nur an, da seid ihr angeführt.« (Goethe)

Die geistige Unabhängigkeit Italiens war damit zu Ende. Was der Protest von vier Vorgängern beim liberalen Italien nicht erreicht hatte, erreichte Pius XI. durch die Faschisten. Es »waren Dinge« geschehen, »wie man sie seit über einem Jahrhundert in der Kirchenpolitik Italiens nicht mehr erlebt hatte«, erklärte Rechtsanwalt Francesco Pacelli, der jahrelang, meist geheim, mit Mussolini selbst die Verträge ausgehandelt hatte, nach ihrer Ratifizierung den Titel eines Markgrafen bekam und nach Krönung seines Bruders zum Papst Pius XII. in den erblichen Fürstenstand erhoben wurde.

Rom triumphierte. Und mit ihm jubelte die ganze katholische Welt. In München pries Adolf Hitler die klerofaschistische Verbrüderung kaum minder als sein späterer Gefolgsmann Kardinal Faulhaber, der sie »nicht Menschenwerk«, nein »eine Gottestat« nannte. Und der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der im Winter 1932/33 auch erklärte, daß »eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse«, der Katholik Adenauer prophezeite dem Faschisten Mussolini in einem Glückwunschtelegramm, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen werden.

Diesen Text hat Karlheinz Deschner am 20. September im Rahmen seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Diese Sendereihe wird von Kanal 4 auf der Frequenz von RTLplus vierwöchentlich ausgestrahlt. Nächste Folge: 11. Oktober, 24 Uhr

Konkret 10/92, S. 59

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Der Dreck heißt »Chronik von Allershausen und seiner zugehörigen Orte«, Band I, von Wolfgang H.Koob (»Allen Menschen meines Heimatbereiches Freising und Allershausen gewidmet«). Herausgeber: Gemeinde Allershausen und der Autor, 541 S., DM 70, – .

Darin die folgenden Passagen:

Der zweite Weltkrieg von 1939 bis 1945

Das nach dem ersten Weltkrieg errichtete Versailler Diktat, trennte Teile (auch die Deutschen Kolonien) von Deutschland ab und tat alles, um die Republiken zu unterdrücken und zu versklaven.

Nach der 1933 erfolgten Machtergreifung versuchte die Reichsregierung des III. Reiches, Teile dieser Abtrennungen zurückzugewinnen, trat aus dem sogenannten Völkerbund aus; löste sich aus dem menschenverachtenden Versailler Diktat und errichtete wieder die Wehrhoheit.

Der wirtschaftliche Aufschwung und die dem Deutschen Volk innewohnende Kraft, machte das Deutsche Reich automatisch wieder zu Konkurrenten der Westmächte...

Durch die polnischen Maßnahmen gegen die Volksdeutschen und die ungeheuren Greueltaten gegen die Deutsche Bevölkerung, erreichten die Spannungen einen Siedepunkt...

Als... Polen am 30. August nachmittags die Mobilmachung anordnete, gab Hitler am 31. August 1939 mit »...seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen« den Befehl zum Angriff...

Bis hierher sind dies geschichtliche Fakten, doch hinter den Kulissen wurde ein noch ganz anderes, mörderisches und heimtückisches Spiel getrieben, das – verdeckt – noch heute gegen Deutschland – besonders wegen seiner erneuten wirtschaftlichen Fähigkeiten und Kraft – geführt wird...

Und wiederum erklärten die siegreichen Allierten Deutschland – mit unerhörtem Zynismus – zu den Alleinschuldigen an diesem Kriege!

Nach diesem Kriege wurde das Deutsche Reich von vielen feindlichen Truppen besetzt, wirtschaftlich ausgeplündert und demontiert. In der nachfolgenden Staatsform wurde Deutschland zu einem politisch, wirtschaftlich und militärisch gefügigen und willfährigen Verband der westlich und östlich dominierenden, aber auch gegensätzlichen Machtblöcke degradiert. (353f.)

Die Kriegsgefangenen

»Unsere« Kriegsgefangenen waren meist Franzosen... Nach kurzer Zeit lösten sie sich von den gräßlichen Hetzgeschichten, Hetzbildern und dem eingebleuten Haß und den Lügen gegen alles Deutsche...

Freilich mußten sie sich umstellen: früh aufstehen, pünktlich und arbeitsam sein – Eigenschaften, die nicht bei allen zum französischen Lebensstil gehörten...

Auch im II. Weltkrieg befanden sich französische Kriegsgefangene bei uns im landwirtschaftlichen Einsatz...

Zu ihnen stießen als landwirtschaftliche Arbeiter viele Polen. Sie alle – die Bürgermeister und Bauern bestätigten dies immer wieder – waren freiwillig zur Arbeitsleistung nach Deutschland gegangen. Sie bewegten sich frei, aßen am Tisch der Bauernsleute, bekamen Lohn, Kleidung, konnten mit Landsleuten zusammen kommen und ihre Freizeit selbst gestalten.

Während der Kapitulations- und Nachkriegszeit benahmen sie sich unter dem Schutze der amerikanischen Armee jedoch wie üble Räuber und als Herren über Leben und Tod. Monatelang bestand ein wahres Chaos. (357ff.)

Katastrophen, Ereignisse, Vorkommnisse

Im Hochsommer des Jahres 1281 erfror alles Getreide...

In ihrer Not und Verblendung, oft auch durch religiöse Aufstachelung, suchten die verzweifelten Menschen nach Schuldigen für dieses Elend – und kamen fast ganz automatisch auf die Juden, die durch Reichtum und Wucher (besonders in Notzeiten), den Neid und Haß des Volkes erweckten. Derartige unsinnige Schuldzuweisungen erfolgten Jahrhunderte

hindurch in allen Ländern der Welt (besonders in Frankreich und Rußland), nicht nur in Deutschland. (233)

Medizinische Versorgung

Viele Bauern brannten ihren eigenen Fusel, andere wurden Stammkunden in den Wirtschaften. Und mancher verlor dadurch Haus und Hof und es ergab sich ein breites Feld für die »Betätigung« – meist jüdischer – Gutszertrümmerer. (242)

Krieger- und Veteranenverein

Da (nur) den linken politischen Kräften im heutigen Zeitgeist breite, meist unrichtige und z. T. verleumderische Betätigungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten gegeben werden, soll versucht werden, kurz die Gründe und Inhalte für die Gründung gerade des sogenannten »Kriegervereins« zu erklären. (366)

Es stellt sich die Frage, ob wir heute noch bereit sind, diese Werte gegen fremde Willkür, uns überfremdende Kulturen, moralzersetzende Beeinflussung, vaterlandsfeindliche Ideologien und Verdummung zu verteidigen oder schon zu selbstzerstörerisch verseucht sind. (368)

Die immer wieder von sogenannten Linken neu, schon in den Schulen, einsetzende Hetze gegen alles Soldatische, Ordentliche und einer Gemeinschaft Dienende, trägt hier seine unguten Früchte.

Dazu kommt noch, das sich die nachkommende Generation nur noch hemmungslos ausleben will, und keine Zeit mehr für die wahre Geschichte ihrer Väter, ihres Opferganges und ihres Volkes hat. Die seit über 40 Jahren erfolgende politisch gesteuerte Selbstbeschmutzung und ideologische Verdummung zusammen mit einer verlogenen Darstellung unserer Vergangenheit und den Menschen der Vorgeneration, wird bald ihr Ziel der völkischen Zerstörung Deutschlands zusammen mit dem Import allen westlichen Unrats erreicht haben.

Das wird dann auch das Ende unseres Traditionsvereins sein! (374)

Die politischen Parteien in unserer Gemeinde

Nach dem verlorenen I. Weltkrieg fanden vereinzelt Parteien den Weg auch zu uns, doch gewannen sie kaum Anhänger...

Anders wurde es, als die Nationalsozialisten 1933 die Regierungsgewalt übernahmen. Eines ihrer Hauptziele war, die deutsche Landwirtschaft als lebenswichtigen Kern der deutschen Nation zu erhalten und aus dem zerstörten Zustand herauszuführen...

In dieser wirtschaftlichen Gesamtentwicklung stand der Bauer unter einem besonderen Schutz, aus dem er alle Vorteile genoß. Zudem erhielt er eine hohe soziale Aufwertung, wurde seiner Schulden entledigt und erhielt für seine harte Arbeit einen gerechten, wertbeständigen Lohn.

Aus dieser positiven Einwirkung erfolgte eine fast völlige Sympathie und Hinwendung zum 3. Reich, was sich bei den Wahlen in unserem Bereich bis zur hundertprozentigen Zustimmung bemerkbar machte. (131)

Das Dorfleben

Die sich in den ersten 30er-Jahren anbahnende ruhige Aufwärtsentwicklung, die Überwindung der großen Arbeitslosigkeit, die gesellschaftliche Höhereinordnung des Bauern, verbunden mit seiner Schuldenentlastung, wirkten sich in einem starken landwirtschaftlichen Auftrieb an Leistung, Kapazität und Frohsinn aus. (150)

Allershausener Blasmusik

Nach dem II. Weltkrieg wurde im Jahre 1946 unter dem Namen »Allershausener Blasmusik« eine Neu- oder Wiedergründung vorgenommen. Das war nicht so einfach, denn die Bläser mußten erst einmal von einer Spruchkammer entnazifiziert werden. Schließlich mußten die Besatzer und die »neuen politischen Kräfte« sicher sein, daß kein Bläser einen Ton aus dem Deutschlandlied oder gar dem »Horst-Wessel-Lied« verwendete...

Die von den Siegermächten des II. Weltkrieges diktierte zwangsweise geistig-politische und völkisch-geschichtliche Umerziehung des Deutschen Volkes (die noch heute von unseren Politikern wider besseres Wissen untertänig befolgt wird), wirkt sich in der 2. Umerziehungsgeneration auch auf unsere Musikgeschichte aus.

Neben jedem amerikanischen Schmutz, der zu uns kommt, und in schandbarem Nachäffen freudig unter dem Schlagwort »Freiheit« aufgenommen wird, wirkt das Eindringen amerikanischer minderwertigster »Musik« zerstörend auch auf unsere Musikkultur ein.

Der Tanz und seine Musik

Nach dem II. Weltkrieg erzwangen die Siegermächte neben der zwangsweisen Umerziehung (= Gehirnwäsche zu der von ihnen gewünschten Denkweise und -richtung) aller Deutschen auch eine Haltungsänderung gegenüber der Musik und dem Tanz.

Heute bereits scheinen diejenigen, die deutsches Volkstum, deutsche Überlieferung und gerade, deutsche Art ausrotten wollen, gesiegt zu haben: Im Vordergrund, besonders auf dem Unterhaltungssektor, stehen negride Musik mit ekstatischen Körperzuckungen und der totalen Amerikanisierung (und damit der Zerstörung deutschen Kulturgutes und Verrottung moralischer und sittlicher Werte).

Und unsere Jugend wurde nicht nur in den Schulen schon so erzogen, daß sie inzwischen glaubt, daß uns die Schwarzen aus Afrika und Amerika eine höherwertige Kultur und »Freiheit« bringen. (172f.)

Unsere Schulen

Nach dem II. Weltkrieg wurde (die Sütterlinschrift) von den Schulen und dem öffentlichen Leben verbannt. Es war der Beginn der Zerstörung deutscher kultureller Substanz – durch Deutsche! (292)

Fast das Gleiche ist zu dem »Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht« zu sagen, der Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache (Griechisch, Italienisch, Portugisisch, Serbokroatisch, Spanisch und Türkisch) angeboten wird. Allein die Vielzahl fremdländischer Lehrkräfte, die z.T. aus völlig anderen Kulturkreisen kommen und hier auch unbeirrt ihren Islam usw. einpauken, kosten dem Steuerzahler – für Unterhöhlung oder Zerstörung seiner eigenen Kultur – Millionen von DM. (304)

Gebirgstrachten-Erhaltungsverein Immergrün Allershausen

Mit dem stillschweigenden Ende dieses Vereins (1960) starb nicht nur ein liebenswertes Stück Allershausener Kultur, nein, auch eine Epoche bayerischer Genügsamkeit und Gemütlichkeit!

Spätere – wohl amerikanisierte, volkstumentfremdete und multikulturierte Bewohner Allershausens – sollen hierbei erfahren, daß es eine schöne Zeit des Zusammenhaltens und der echten menschlich-wärmenden Zuneigung in Allershausen gab. (439)

Heutzutage ist es notwendig, dazu noch zu sagen, daß alle Personen hygienischen Erfordernissen huldigten, die Männer rasiert waren und einen kurzen, sauber wirkenden Haarschnitt hatten. Die Frauen waren kaum geschminkt und besaßen zusammengehaltenes, gepflegtes Haar. Natürlichkeit war eine Selbstverständlichkeit. (438)

Heute ist das natürlich alles viel besser: Man hat genug Geld und könnte sich mit dem Besten an Qualität und Schnitt kleiden. Da aber alles, was früher gemacht und getan wurde falsch und unamerikanisch ist, kleidet man sich heute mehr in Lumpen, künstlich altertem und verwaschenem Gewand, in das sogar Risse, Löcher und Fransen gemacht werden. (167)

Unsere Hebammen

Der heutige Kampf emanzipierender, dominierenwollender und die Männerwelt (fast) hassenden Frauen, ist sehr eigenartig. (254)

Die Bevölkerungsentwicklung

Kurz vor einer neuen Zuwanderung von Ausländern befanden sich im Jahre 1988 im Gemeindebereich von Allershausen folgende – erfaßte – Ausländer: 44 Jugoslawen, 38 Österreicher, 22 Italiener, 21 Sonstige (dazu zählten zu dieser Zeit Angehörige der DDR, die 1990 in den Staatsbereich der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wurden), 4 Franzosen, 5 Polen, 79 Türken, 3 Ungarn, 4 Staatenlose, 8 Niederländer, 13 Briten, 3 Afghaner, 5 Amerikaner, je 2 Mexikaner, Philippinos und Griechen, je 1 Thailänder, Luxemburger, Sri Lankaer, Spanier, Mongole, Schweizer, Russe und Peruaner. Zusammen waren dies 267 Ausländer. In der Zwischenzeit hat sich die Anzahl der Ausländer auf etwa 550 erhöht, (einschließlich der 84 Asylanten). 1992 soll sich der Ausländeranteil noch weiter erhöhen.

Wie wird unser Ort aussehen, wenn immer mehr Geldhaie das Land aufkaufen, sie und Ortsfremde entscheidenden Einfluß auf unsere Heimat und Gemeinde nehmen? (69 f.)

Die Gemeinde Allershausen

Die Frage, warum die ungeheure (Fremd-) Menschenkonzentration, (die nicht nur kultur-, luft- und umweltzerstörend und damit selbstvernichtend wirkt) erzwungen wird, darf nicht gestellt werden, denn unsere Politiker wollen das so. (74)

I

In meiner Praxis erscheint der 66jährige Allershausener Dorfchronist Wolfgang H. Koob, klagt über Kopfschmerzen und gibt ein um Frührente, hervorgerufen durch Gehirnwä-sche seitens Alliierter plusminus 8. Mai 45. Eingehende Untersuchung ergibt: Patient besitzt normales verdrecktes deutsches Hirn von circa drei Pfund. Anzeichen von Waschschäden seitens Besatzungsmacht negativ. Hirn völlig intakt und vermag Patient normal deutsch zu denken. Hirnherrenrassezentrum in gutem Zustand, Nazi-, Führerliebe- und Antisemitismuslappen bestdurchblutet, Mitläuferanhangdrüse ohne Befund. Patient ist weder wehleidigkeits- noch tobsuchtsbeeinträchtigt. Fremden- sowie verfolgende Unschuldreflexe positiv. Abschließende Beurteilung: Patient simuliert Gehirnwäscheschaden. Patient ist zu 100% herrenmensch-, ns-, antisemitismus- sowie blut- und bodentauglich. Frührente daher zu gegenwärtigem Zeitpunkt abzulehnen.

gez.: Horst Tomayer, historischer Arzt.

II

Nun zu dir, Heinrich Winkler, Bürgermeister von Allershausen. Weißt du, was für luzide literarische Sächelchen du da hättest einkaufen können in die Allershausener Schulbibliothek, für die 135.000 Mark, die du (!poff!) aus Gemeindemitteln (!poff!) in diesen Dreck gesteckt? Weißt du (nein, weißt du natürlich nicht), daß es Sonette gibt, wo dir die Ohren wegflögen, läsetest du sie denn und welche die Allershausener Schuljugend braucht dringender als wie Wixen, Nintendo und Perspektive? Und du, Landrat Ludwig Schrittenloher zu Freising, der du dem Koob dankst »für seine geleistete Arbeit, die weiteres Licht in die Geschichte unseres Landkreises bringt« und der du wünschest, »daß möglichst viele Leser die Chronik von Allershausen zur Hand nehmen, um sich daran zu erfreuen«: Schmeckt dir, Landrat, sBier noch, restlos wissend dadrum, daß der von dir gefietscherte Koob a feige Sau is, a feige Sau, weil er in seinen Allershausener Misthaufenabschweifungen in die Welt nicht e-i-n-mal Dachau erwähnt und k-e-i-n-mal Auschwitz, ha? Restlos wissend, daß dieses zum Fliegenbeinausreißen neigende Früchtchen zwar schon sich traut zum Ja zur Sütterlin und zum Nein zur kultur-, luft- und umweltzerstörenden Klammerauffremdklammerzumenschenkonzentration aber keine schriftliche Kraft hat zum Nachtrags-Okay für Dachau und zum öffentlichen Kopfschütteln über die Zahl der Vergasten, ha? Schmeckt dirs Bier noch, Landrat, da hernach? Ha?

Ein Geschlecht seid ihr, du Landrat, du Bürgermeister und du Dorfschreiber von Allershausen, das der HERR nicht in den Mund nimmt, geschweige daß er es ausschpeibt.

Konkret 10/92, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In einem seiner wöchentlichen Kommentare, die allesamt ohne Schmeichelei als hochprozentig bezeichnet werden können, tastet sich der Rudolf Augstein zu der Formulierung vor:

Der Stabilitätsanker des Flickenteppichs Europa liegt nun einmal in Deutschland.

Was aber der Stabilitätsanker des Flickenteppichs dort macht, könnte nur Theo uns sagen: Er legt die Krisenlunte an die Zugbrücken.

Eine Klatschkolumnistin der »Bild«-Zeitung meldet am 28. August neben »Depardieu liebt Cäsar Noten fürs Bett« in einer In- und Out-Rubrik:

IN: Buch des Hamburger 500-Mio.-Erben Jan Philipp Reemtsma: Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels (29,80 Mark).

Um tags drauf neben »Hasselhoff: Zweite Tochter da« und »Johnny Hallyday auf dem Geständnistrip« nachzutragen:

IN: Folter-Bücher. Nach dem Folter-Buch von Jan Philipp Reemtsma, »Bild« gestern: Edward Peters »Folter. Geschichte der peinlichen Befragung.« 44 Mark.

OUT: »Beaujolais Nouveau«.

Wer behaupten wollte, daß vergleichbar Schweinisches ihm selbst in der »Welt« oder der »Frankfurter Allgemeinen« noch nicht untergekommen sei, dem ließe sich immerhin antworten, daß die Möglichkeit, ein Buch über die Folter vorzustellen, wie die Klatschkolumnistin der »Bild«-Zeitung es getan hat, die Möglichkeit der Folter selbst leichter begreifen läßt.

Rita Süßmuth verdankt ihr Amt einer Partei, die seit Jahren die Wut des deutschen Mobs auf »Scheinasylanten« und »Ausländerflut« anheizt. Über die Folgen, welche die Politik ihrer Partei hat, sagt Frau Süßmuth in der Nachfolge ihres Bruders in Christo, des bekannten Bergpredigers Franz Alt, dessen seel-sorgerischer Bibber auch Sehnsucht nach plumperen Lügen weckt:

Jeder Schlag in das Gesicht eines Ausländers ist auch ein Schlag in unser Gesicht, jeder Stein, der durch das Fenster eines Heimes fliegt, fliegt auch durch unser Fenster, jeder Brandsatz, der geschleudert wird, droht auch unser Heim anzuzünden.

Ich habe Frau Süßmuth, nachdem sie das erzählt hatte, aufgekratzt und frisch frisiert beim Verlassen ihres Hauses gesehen und kann deshalb versichern: Es ist kein Wort wahr von dem, was sie sagt. Tut mir echt leid.

Wenn ich einen Literaturpreis zu verleihen hätte, bekäme ihn jener Redakteur, der fürs Inhaltsverzeichnis der Illustrierten »Stern«die Nachriegsgeschichte Deutsch-lands in einen einzigen Satz zusammengefaßt hat:

Vergangenheitsbewältigung: Der von den Alliierten 1945 aufgelöste Chemie-Gigant IG Farben fordert sein Ost-Vermögen zurück.

Noch übrigens meinen die IG Farben nur das Konzernvermögen in der ehemaligen DDR. Auf die Rückgabe des Betriebsgeländes in Birkenau wird der 1945 von den Alliierten aufgelöste Chemie-Gigant warten müssen, bis Oswiecim wieder seinen alten Namen Auschwitz tragen darf.

In Zeiten, da Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratie in fliederfarbenen Sakkos ausgehen, blühen einem auch andere Freuden:

Die moderne Demokratie braucht mehr Sex-Appeal. So der Gießener Politologe Claus Leggewie. Er fordert eine Wende hin zu mehr Erotik in der Politik.

Soll der Björn die Rita oder der Helmut die Hertha? Wer an solche Karo einfach-Nummern denkt, hat nicht die geringste Vorstellung von den Perversitäten, die in den feuchten Träumen eines Gießener Politologen reifen:

Beim Kongreß »Die Aktualität des Ästhetischen« forderte Leggewie einen »verführenden Staat«.

Bis zu Fuck Germany gehe ich mit. Aber seid umschlungen, siebzig Millionen, einen Kuß der BRD, überbracht von einer ihrer öffentlich-ästhetischen Lehrstuhlschwalben? Pfui Teufel.

Auch Theo versucht, je weiter er dem zeugungsfähigen Alter entrückt, desto häufiger nur noch an das Eine sich zu erinnern:

Wie lange können wir uns noch eine Eunuchen-Diplomatie leisten, die andere zum Handeln auffordert, sich selber aber hinter Vollzugsunfähigkeit versteckt.

Es ist doch schon zu lange her, als daß er noch wüßte, wie das im einzelnen war, daß nämlich beispielsweise der Eunuch keineswegs dazu angestellt war, andere zum Handeln aufzufordern, sondern im Gegenteil ein ganzes Serail voll anderer vom Han-deln anzuhalten hatte, und daßer sich hinter Vollzugsunfähigkeit nie zu verstecken brauchte, weil doch jeder wußte, daß es ihm mit den Frauen ging wie Theo mit den Metaphern: Sie lagen haufenweis um ihn herum und keine kam durch ihn zu ihrem Recht.

Enno von Loewenstern hat einen Abonnenten verloren:

Der Patriarch unserer Familie

Senator e.h.

Fritz L. Brune

**27.4.1895+23.2.1992*

Korvettenkapitän d.R.

Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, des Fürstlich Hohenzollernschen Hausordens sowie weiterer hoher Auszeichnungen des 1. und 2. Weltkrieges

entschlief nach einem erfüllten Leben...

Er hat allen gedient, der Patriarch, grand-père, père und fils: den Hohenzollern beim Griff nach der Weltmacht und dem Ersäufen möglichst vieler Engländer im Skagerrak, den Nazis bei der Arisierung der Welt und der Bundesrepublik bei der Bewältigung, das heißt: dem Vergessen dessen, wofür der Senator die anderen hohen Auszeichnungen erhalten hatte. Der Dank des Vaterlands war ihm gewiß, jede seiner Versionen, die schwarzweißrote, die braune und die schwarzrotgoldne, wußte, was sie an ihrem alten Fritz L. Brune hatte. So wird man in Deutschland 97 Jahre.

Weil sich auf dem Pausenhof auch Heroinsüchtige und Dealer treffen, wollen Bremer Eltern ihre Kinder nicht mehr in eine Grundschule im Steintorviertel schicken. Damit ihre Aktion aber auf gar keinen Fall Beifall von der falschen Seite, nämlich der meinen, findet, schicken sie ihre Kinder vor, denen sie Plakate mit Texten wie diesen umgebunden haben:

Mißbraucht die Kinder nicht zu Dealern oder Kurieren!

Die Kleinen sollen nämlichlernen, was die Großen gelernt haben: Betroffenheit statt Deutsch.

Die »Berliner Zeitung« berichtet, was ein beliebter Arbeiterführer zu hören kriegte, als er von seinen ideellen Gönnern etwas Knete wollte:

Nur drei Ratschläge bekam Walesa mit auf den Weg. Erstens: Investitionen kommen, wenn die Wirtschaftsreformen greifen. Polen aber kann sich nicht am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen, weil Startkapital fehlt. Zweitens: Kapital fließt, wenn das Land für seine Schulden aufkomme. Wie soll das gehen, wenn die Industrie gerade ersatzlos zusammenbricht? Drittens. Neue Industrie siedle sich an, wenn auf Dauer ein extrem niedriges Lohnniveau gehalten werde. Die Vorstellung, sich ewig die Nase an den Schaufenstern plattdrücken zu müssen, ist für die Polen wohl kaum leistungsmotivierend. Die Katze beißt sich in den Schwanz.

Der Kater aber, dem sie Waggonladungen feinsten Futters dafür versprochen hatten, daß er Kohl und Reagan um die Füße schnurrte, kann sich immer noch in den Sack beißen.